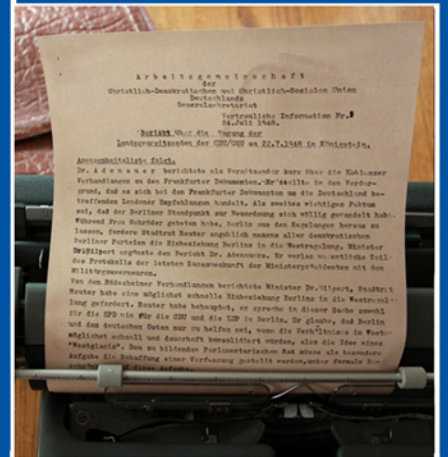


Michael F. Feldkamp

Adenauer in Königstein und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Königsteiner Museumsheft 5 - 2023



Königsteiner Museumsheft 5/2023

Herausgegeben von
Frauke Heckmann, Rudolf Krönke und Andrea Schmitt

im Auftrag von
Verein für Heimatkunde e.V. Königstein

Königsteiner Museumsheft 5/2023
Michael F. Feldkamp:
Adenauer in Königstein und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Herausgegeben von Frauke Heckmann, Rudolf Krönke und Andrea Schmitt
im Auftrag des Vereins für Heimatkunde e.V. Königstein

Gestaltung und Bilder: Christoph Schlott, Redaktion: Frauke Heckmann, Christoph Schlott
© 2023 chronicon-verlag, Limburg an der Lahn - ISBN 978-3-944213-56-9

Diese Broschüre steht als kostenloser Download auch zur Verfügung auf den Internetseiten
www.koenigstein-museum.de - www.koenigstein-kulturelles-erbe.de

Königstein
Im Zentrum der Länder
III

Michael F. Feldkamp

Adenauer in Königstein
und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Zum Geleit

Königstein als ein hervorgehobener Ort der Tagungen aus der Frühzeit der CDU Deutschlands: Diese Tatsache ist der historischen Forschung nicht unbekannt, vor Ort ist dazu bisher nichts verlautet. Während an die Gründung der Jungen Union der CDU im Jahr 1947 im damaligen Kurhaus mit einer Plakette erinnert wird, bzw. seit 1957 durch regelmäßige Jubiläumsveranstaltungen der Jungen Union selbst, zuletzt im Jahr 2022, sind die Treffen der westdeutschen CDU in Königstein zwischen 1946 und 1948 bisher in Königstein unerwähnt geblieben.

Natürlich ist der Heimatforschung bekannt, dass Konrad Adenauer des öfteren bei seinem Parteifreund Bürgermeister Hubert Fassbender übernachtete, doch der Zusammenhang wurde nicht publik.

Das Gemälde in der Villa Rothschild, dem ehemaligen "Haus der Länder" der Jahre 1948 folgende, das an die Zeit der politischen Treffen in der Villa erinnern möchte, bildet auch Konrad Adenauer ab. Doch der suggerierte Zusammenhang täuscht: Adenauers Anwesenheit in Königstein hatte nichts mit der Villa Rothschild zu tun, sondern mit dem Kurhaus, der heutigen Villa Borgnis. Sicherlich wird er auch politischer Gast im "Victory Guest House" Villa Gans gewesen sein, vielleicht war er auch das eine oder andere Mal in der Klinik Walther Amelung: In Königstein waren gerade im Sommer 1948, der vermehrten Anwesenheit Adenauers in der Stadt, einige - sagen wir einmal, interessante Zeitgenossen anwesend, die vielleicht Adenauers Aufmerksamkeit nicht entgangen sind. Allein die Tatsache, dass auf der gleichen Zeitungsseite vom CDU-Treffen und vom Thyssen-Prozess in Königstein berichtet wird, spricht Bände. Der "Spiegel" erging sich in einem Artikel zu den "Königsteiner Generalen" und meinte damit Protagonisten wie die Generäle Halder und Toppe, die nur wenige hundert Meter vom Tagungsort der CDU entfernt mit ihren Familien wohnten ... Es war eine spannende Melange an neuen Demokraten, alten Nazis, an Verfolgern und Verfolgten, an Prominenten und verdeckt Lebenden, eine Melange, die sich im Zeitungsalltag zwischen Entnazifizierungsnachrichten und Nachrichten zum Grundgesetz niederschlug. ... Und über die in Königstein selbst bis heute so gut wie nichts bekannt ist, ... und auch ein Mantel des Schweigens gebreitet wird.

Nur noch ganz Wenige können sich an Adenauer in Königstein 1948 erinnern. Es sind die Gleichen, die sich vielleicht auch andere Dinge erinnern können oder könnten.

Königsteins Sonderstellung hing natürlich auch einfach mit der Tatsache zusammen, dass im zerbombten Frankfurt es an Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten fehlte. Da sah es in Königstein mit seinen Kliniken, Hotels und Pensionen schon sehr viel besser aus ...

Das Phänomen der äußerst beliebten Tagungsstadt Königstein ließ dann freilich im Verlauf der fünfziger Jahre allmählich nach, sozusagen reziprok zum Wiederaufbau der Tagungskapazitäten in Frankfurt eben. Der wohl kontinuierlichste Gast in Königstein über Jahre war der "Königsteiner Kreis" mit seinen personenstarken Tagungen, der ab Dezember 1949 an verschiedenen Stellen in Königstein zusammenkam.

Von all diesen Aktivitäten "zwischen der Organisation Gehlen, den Besuchern des Victory-Guest-Houses, des Hauses der Länder und des Kurhauses, den deutschen und US-amerikanischen Politikern und ehemaligen Militärs des OKW" ist nur wenig bekannt, bisher.

An einer Stelle ändert sich dies mit dieser Broschüre: Das Kurhaus der Stadt Königstein wurde wiederholte Male zum Schauplatz deutscher CDU-Politik, besonders im Sommer 1948.

Darüber berichtet Michael F. Feldkamp, eingebettet in das große Szenario der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland.

Christoph Schlott, für die Herausgeber



Königstein um 1950, oben: Blick über die Kasernen an der heutigen Bischof-Kaller-Straße Richtung Innenstadt, 1953, und heute, unten: Blick auf die Villa Borgnis 2021. Die damaligen Tagungsstätten lagen zum Teil so weit außerhalb der Innenstadt, dass viele Treffen nicht unbedingt bemerkt wurden (Villa Gans, Villa Rothschild, Tausenheim).

Rechte Seite: Die Teilnehmer der CDU-Tagungen im Sommer 1948 sahen sich einem Königstein gegenüber, zu dessen zeitweiligen und oft langjährigen Bewohnern eine Riege von Ex-Generälen der Wehrmacht gehörte (hier: Generalmajor Alfred Toppe, rechts, und Generaloberst Franz Halder, unten links) und wegen des Victory-Guest-House in der Villa Gans auch US-amerikanische Größen wie General Lucius Clay gehörten. Hatte Adenauer (rechts unten) zu ihnen persönlichen Kontakt?







1

5

3

2

4

6

7



Linke Seite: Luftbild Königsteins aus dem Jahr 1953. Eingetragen sind Orte des Jahres 1948: (1) Gericht = Gerichtsort der Spruchkammer zur Entnazifizierung, (2) Kurhaus Königstein = Tagungsort der CDU, (3) Rathaus, (4) Parkhotel Bender = Gerichtsort im Verfahren Fritz Thyssen, (5) Villa Rothschild = Haus der Länder, (6) Häuser Wiesbadener Straße = Wohnge-

der Ex-Wehrmachtsoffiziere der Historical Division, (7) Villa Gans = Victory Guest House.

Oben: Hauptstraße Königstein um 1948;

Unten: Parkhotel Bender 1949.

Folgende Seiten: Hauptstraße/Frankfurter Straße nach 1950.





Königstein i. Taunus,
Hauptstraße mit Rathaus u. Parkhotel



(61089) (F)
(Z.H.)

WEGWEISER

Frankfurt

Königstein / Ta., Partie im Tierpark mit Blau

Königstein i. Taunus

<ul style="list-style-type: none"> 40 Finanzamt 41 Landratsamt für Main-Taunus-Kreis (Höchst) 42 Bolongaro, Stadtverw., Verwaltungst. 43 Höchst, Polizei-Revier 17 44 Schwimmbad, Sportamt 45 Bau-polizei 46 Bibliothek, Städt- und Universitäts- 47 Fahrbereitschaft Ffm. 48 Fahrbereitschaft Höchst 49 Finanzverwaltung 48 Forstamt 	<ul style="list-style-type: none"> A = Römer B = Börse, Industrie- und Handelskammer, Wirtschaftsrat, Verwaltungsrat und Landerrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Städt. Bühnen C = Goethe-Haus D = Frankfurter Kunstverein 	<ul style="list-style-type: none"> 13 Hotel Hamburger Hof 14 Hotel Nürnberg 15 Hotel Deutsches Haus 16 Hotel Stadt München 17 Hotel Prinz Olla 18 Hotel Weser-Eck
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bad Soden

Sulzbach

Main-Taunus

hofheim

nebst Königstein 30km nach Limburg 80

Schwalba



Erst mit dem Jahr 1948, vor allem gefördert durch die am 20. Juni stattfindende Währungsreform, begann wieder eine Art Tourismus in Königstein: Neue Straßenkarten, neue Postkarten, mehr Freizügigkeit innerhalb der alliierten Besatzungszonen: Motive aus Königstein um 1948.





Die Straßenkarte Königsteins zeigt es deutlich: Der innerstädtische Autoverkehr war entgegen dem Uhrzeigersinn organisiert und führt natürlich durch die Hauptstraße zwischen Kirchstraße und Georg-Pingler-Straße: Motive aus Königstein um 1948.

Name: *Walter*
 Ständige Adresse: Falkenstein/Ts.
 Permanent Address: Falkenstein/Ts.
 Jetzige Adresse: Falkenstein/Ts., Kronberger Weg 5a
 Present Address: Falkenstein/Ts., Kronberger Weg 5a
 Alter: 19
 Age: 19
 Beruf: Schüler
 Occupation: Schüler
 Geschlecht: männl.
 Sex: male

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY.

TEMPORARY REGISTRATION.

Zeitweilige Registrierungskarte.

Name: Krönke Wilhelmine, geb. Weissheimer Alter: 39 Geschlecht: weiblich
 Name: Krönke Wilhelmine Age: 39 Sex: female
 Ständige Adresse: Königstein/Ts. Beruf: Hausfrau
 Permanent Address: Königstein/Ts. Occupation: Housewife
 Jetzige Adresse: Königstein/Ts. Hauptstrasse 18
 Present Address: Königstein/Ts. Hauptstrasse 18

CIVILIAN PASS
 to certify that the following named
 civilian has permission to be on the
 streets of Königstein after curfew to return
 after working hours:
Alfred Krönke
 Alfred Krönke, Hauptstrasse 18, Königstein
 employee of Schöngarten Theatre
Charles S. Parker
 CHARLES S. PARKER
 1st Lt., Air Corps.

Die Inhaberin ist als Einwohnerin von der Stadt Königstein/Ts. vorschrifts-
 gemäß es ihm oder ihr strengstens verboten, sich von diesem Platz zu entfernen. Zuwider-
 gegenhandlung führt zu sofortigem Arrest. Der Inhaber dieses Scheines muß diesen Ausweis stets
 bei sich haben.
 The holder is duly registered as a resident of the town of Königstein/Ts. and is
 forbidden to leave the place designated. Violation of this restriction will lead to immediate arrest.
 The holder must have this paper on his person.

Number: 11
 Card Number: 11
 Unterschrift des Inhabers: *W. Krönke*
 Signature of Holder: *W. Krönke*
 Datum der Ausstellung: 11. Mai 1945
 Date of Issue: 11. Mai 1945



Charles A. Weaver
 Name and Rank: Charles A. Weaver
 Mil Gov Officer, U. S. Army

(Dies ist kein Personal-Ausweis und erlaubt keine Vorrechte.)
 (This is not an identity document and allows no privileges.)
 Dr. L. C. Zeuner & Co., Bad Homburg

War die Bewegungsfreiheit in der amerikanischen Besatzungszone in den ersten Wochen nach dem Ende des Krieges noch extrem eingeschränkt (s.o.), so begannen bereits im Sommer 1945 die Vorbereitungen für die Schaffung von „Ländern“, denen sukzessive eigene Verwaltungs- und Gestaltungskompetenzen zugestanden wurden. Bild unten: R. Newman, Militärgouverneur in „Groß-Hessen“ (ganz links) und Lucius D. Clay (2.v.l.) 1945 bei einer Sitzung des 'Länderrates' der amerikanischen Besatzungszone.





Königsteiner Impressionen: Blick von der Frankfurter Straße in die Hauptstraße 1949 (oben); Ankunft der Regionallbahn von Frankfurt in Königstein, Szene im Woogtal 1948 (unten).



Inhaltsverzeichnis

Der Weg zu einer
staatlichen Ordnung
im Nachkriegsdeutschland
Seite 19

Alliierte Pläne für Westdeutschland
Seite 34

Die drei „Frankfurter Dokumente“
Seite 47

Der Parlamentarische Rat
Seite 66

Königstein
Seite 80

Maschinenschriftliches Protokoll
der CDU-Sitzung in Königstein
vom 22. Juli 1948
Seite 91

Maschinenschriftliches Protokoll
der CDU-Sitzung in Königstein
vom 20. August 1948
Seite 97

Der Weg zu einer
staatlichen Ordnung
im Nachkriegsdeutschland

Demokratischer Staat in einem geeinten Europa

Ideen und Konzepte zu einer neuen deutschen Verfassung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es schon, als noch in ganz Europa der Krieg tobte.

Es waren nicht nur die Widerstandsbewegungen um Karl Goerdeler oder der "Kreisauer Kreis", die für die Zeit nach dem von ihnen ersehnten Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes erste Verfassungskonzepte schon während des Zweiten Weltkrieges ausgearbeitet hatten.

Auch im Exil lebende Deutsche, insbesondere sozialistische und sozialdemokratische Kreise beschäftigten sich mit der Frage, in welcher Form nach dem Zweiten Weltkrieg die staatliche demokratische Ordnung in Deutschland wieder hergestellt werden könnte, wenn der "Führer und Reichskanzler" Adolf Hitler abgelöst wäre und der Krieg beendet war.

Bei allen Verfassungsideen stand die Schaffung eines föderalistischen und demokratischen Rechtsstaates in einem geeinten Europa an erster Stelle, in dem eine stärkere Mitwirkung der Länder an politischen Entscheidungen vorgesehen war. Die politische Macht sollte nicht mehr einem Staatsoberhaupt allein zufallen, sondern dezentralisiert werden; durch ein ausgeklügeltes Ernennungs- und Zustimmungssystem sollten gegenseitige Kontrollmechanismen geschaffen werden.

Doch es kam zunächst anders: Nachdem das Deutsche Reich weitgehend von alliierten Truppen besetzt worden war, kapitulierte am 8./9. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht bedingungslos. Die von den vier Siegermächten Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion (UdSSR) und Vereinigte Staaten von Amerika (USA) eingesetzten Militärgouverneure leiteten politisch und verwaltungstechnisch das in die amerikanische, britische, französische und sowjetische Besatzungszone eingeteilte Deutschland. Dazu gehörten nicht mehr die an Polen abgetretenen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße. Die alliierten Militärverwaltungen begannen in der sowjetischen Besatzungszone bereits 1945, in den übrigen drei Zonen erst im Herbst 1945 und 1946 damit, Länder einzurichten sowie Ministerpräsidenten zu bestellen und diese an der Verwaltung des durch den Krieg auch wirtschaftlich zerstörten Deutschlands zu beteiligen.

Neubeginn des politischen Lebens

Allmählich entwickelte sich also ein politisches Leben in Deutschland. Seit 1945 wurden zuerst in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dann auch in den anderen drei Zonen von den Alliierten Besatzungsmächten Parteien zugelassen, die sich zunächst nur innerhalb eines Landes mit einem jeweiligen Landesverband organisierten und dann ab 1946 auch über die einzelnen Besatzungszonen bzw. Ländergrenzen hinweg ihre Arbeit koordinierten.

Die CDU - Eine Neugründung wird auf Kurs gebracht

Die CDU, der sich erst nach ihrer Gründung auch Konrad Adenauer anschloss, verstand sich als christliche, bi-konfessionelle pluralistische Sammlungsbewegung. Sie war die einzige innovative Parteigründung der Nachkriegszeit. Alle anderen Parteien begründeten sich auf ihre Traditionen aus der Zeit der Weimarer Republik.

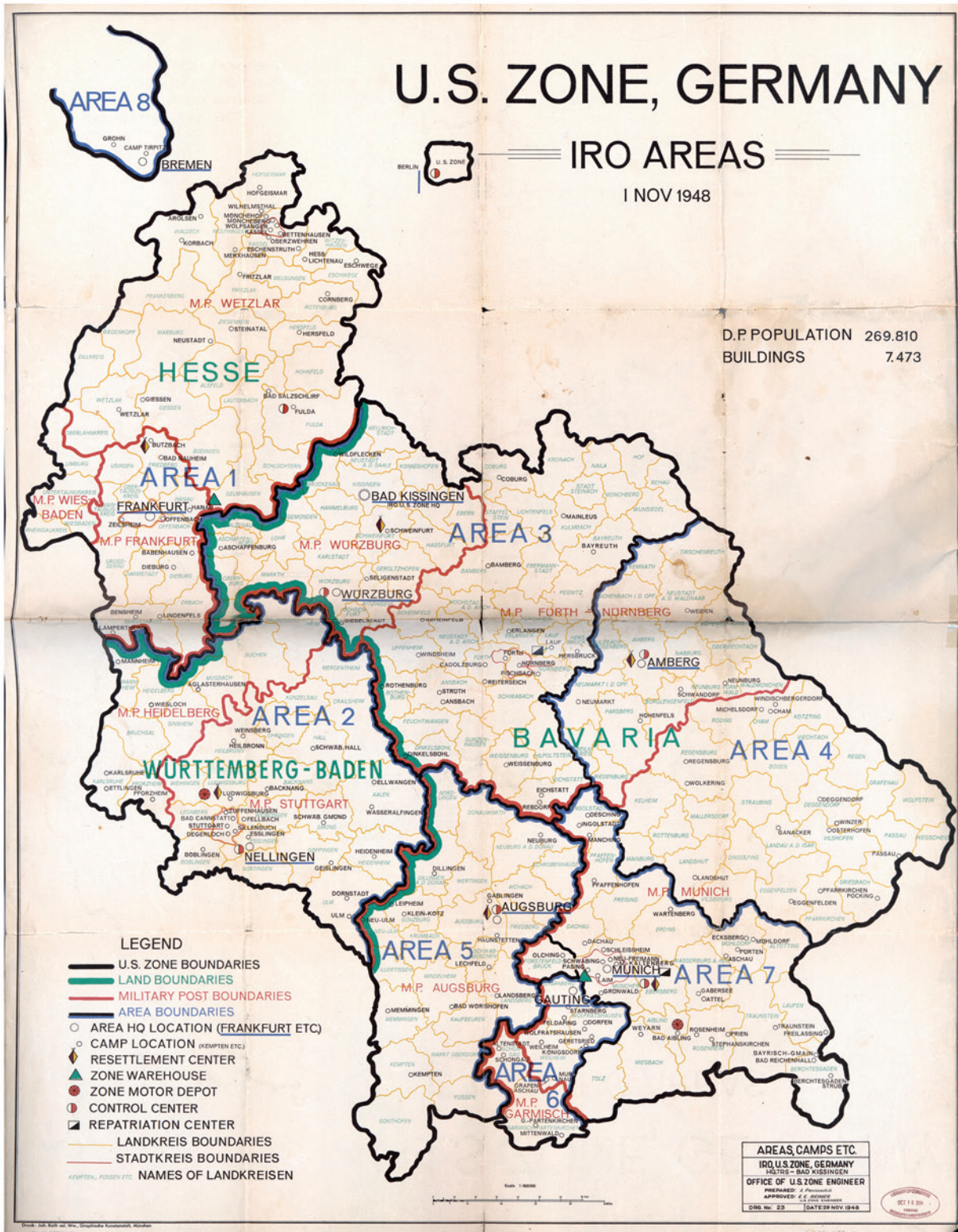
Die CDU hingegen distanzierte sich bewusst von der katholischen Zentrumsparterie, die im Münsterland wiedergründet worden war. Weil die CDU eben eine wirkliche Neugründung war, schloss sie sich erst im Mai 1950 als Bundespartei zusammen und wählte auf ihrem Parteitag in Goslar am 21. Oktober 1950 ihren ersten Bundesvorstand mit Konrad Adenauer als Bundesparteivorsitzenden, allerdings ohne einen Landesverband in Bayern. Nach dem Vorbild in der Wei-



Die Verbindung zwischen „großer“ und „kleiner“ Geschichte wird buchstäblich durch die Bilder sichtbar:

Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 (oben), Schild der US-amerikanischen Besatzer in Königstein.





Kartierung der US-amerikanischen Besatzungszone in Westdeutschland im Jahr 1945: Königstein zählte zur militärischen Verwaltungsregion „Frankfurt“.
Die US-amerikanischen Besatzer waren die ersten, die bereits Anfang 1946 auf freie demokratische Kommunal-, dann Kreis- und im Winter Landtagswahlen setzten.



In seiner Ausgabe vom 20. Dezember 1947 befasste sich „Der Spiegel“ mit den Verfassungen der 17 deutschen Länder:
Aufgrund des Sozialisierungsartikel 41 der Hessischen Verfassung und einer ähnlichen Bestimmung in der Bremer Verfassung wurden Bremen und Hesse den Ländern „mit vorwiegend sozialistischem“ Gedankengut zugerechnet.

ARCHIV-AKTEN

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
FOR GREATER HESSE

Wiesbaden
12 Oct 45

ORGANIZATIONAL DIRECTION
NO 1

1. Establishment of Land Civil Government. The establishment of the Land Civil Government for Greater Hesse as of 1200 hours 12 October 1945, with headquarters at Wiesbaden, is announced.

2. Head of the Civil Government. The Head of the Land Civil Government for Greater Hesse is designated as Minister President.

3. Territorial Jurisdiction. The territorial jurisdiction of the Land Civil Government for Greater Hesse includes the Regierungsbezirk Kassel, the Regierungsbezirk Wiesbaden exclusive of the Landkreise Sankt Goar, Unterlahn, Unterwesterwald and Oberwesterwald, and those portions of the former Land Hesse lying east of the Rhine.

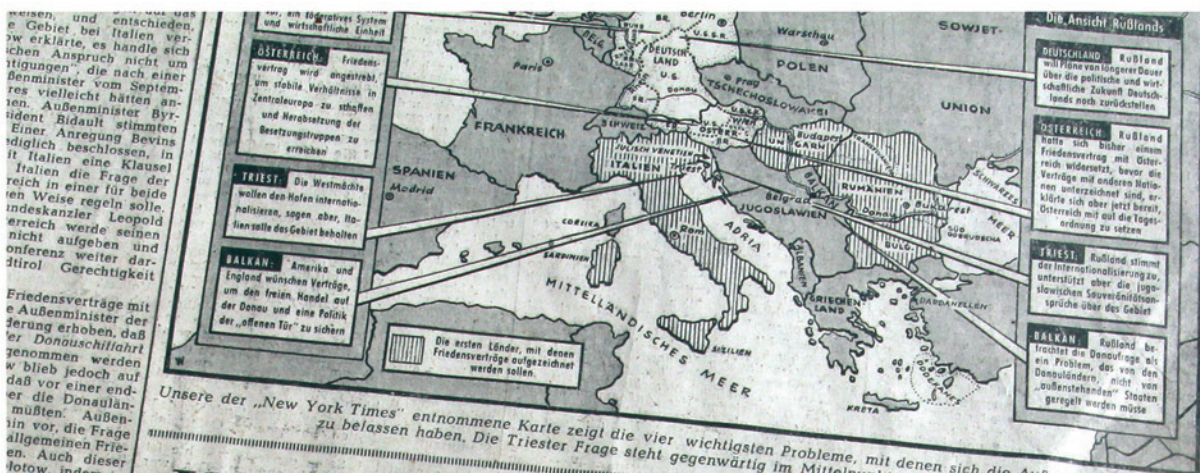
including Bad Wimpfen? / vide 17. XII 1945 Hgu. W. Baden
30. XI 1945
26. XI. Wiedergemacht

BY ORDER OF COLONEL NEWMAN:

ROBERT WALLACH
Capt AGD
Adm O

R. 312

Organisationsverfügung Nr. 1 der Amerikanischen Militärregierung für 'Groß-Hessen' vom 12. Oktober 1945:
Kurz und knapp formuliert werden hier Wiesbaden als Hauptstadt, die Bezeichnung des Regierungschefs und die territoriale Zusammensetzung Hessens bestimmt. - Ein Schlüsseldokument hessischer Landesgeschichte und staatlicher Neuorganisation.



Unsere der „New York Times“ entnommene Karte zeigt die vier wichtigsten Probleme, mit denen sich die Außenminister in Paris zu befassen haben. Die Triester Frage steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterungen.

Um die kommenden Verfassungen

US-Zone wählt Verfassungsgebende Landesversammlungen

Friedensverträge mit e Außenminister der erung erhoben, daß er „Donauschiffahrt genommen werden w blieb jedoch auf daß vor einer ender in den Donaulän- müßten. Außen- in vor, die Frage allgemeinen Frie- en. Auch dieser otow, indem er z auch Staaten sühnen würd t völlig unte- darauf, alle teresse hätten, Frage interes- n wurde ver- ten die stell- fordert, eine n, in denen g, erwin- diesen Kri- den, daß Ge- n Kontroll- nminister über die n entw- und ita- gung der liberale wird ge- gemeine ann. Je in der erscht, it. Was herheit, s Han- nen.“ Wahlteil- mit regem hin- siche, Tat- ach- fei- en- le, sei- io- e- e- ausschließ- auf die nationalsozialistische Füh- ickzuführen war, die nicht bereit waren, die- ssen zu ziehen und zu kapitulieren. Der General zählt in seinem Bericht eine- the schwerer, strategischer Fehler auf, die die- tische militärische Führung in jenen entschei- den Sommermonaten des Jahres 1945 be- kommenen Versam-

Am 30. Juni werden in den drei Ländern der amerikanischen Zone die Verfassungsgebenden Landesversammlungen gewählt werden. Die Aufgabe besteht in der Beratung und endgültigen Formulierung der von den vorbereiteten Verfassungskommissionen ausgearbeiteten Verfassungsentwürfe. Sie bilden gleichzeitig die ersten gewählten politischen Vertretungen der gesamten Bevölkerung der drei Länder, stehen also zwischen den Beratenden Landesversammlungen, deren Aufgaben teilweise auf sie übergehen, und dem am 3. November zu wählenden Länderparlamenten, für deren Zusammensetzung die wichtige Hinweise gegeben werden. Über die von den Landesversammlungen ausgearbeitete Verfassung wird in einem gleichfalls für den 3. November vorgesehenen Volksentscheid abgestimmt.

Die Verfassungsgebenden Landesversammlungen sind nicht so populäre politische Institutionen wie etwa eine Gemeindevertretung oder das Parlament. Die Parteien haben deshalb alle Anstrengungen unternommen, um die Wahlbeteiligung auf eine Höhe zu bringen, die der wichtigen Aufgabe der Verfassungsbildung entspricht. Die Verfassung eines Landes hat für jeden Einzelnen seiner Bürger eine von wesentlicher Bedeutung, daß Gleichgültigkeit ihr gegenüber kaum zu verstehen wäre. Dazu kommt, daß die Ablehnung des französischen Entwurfes sehr dazu beigetragen hat, den Blick für die Möglichkeiten und Gefahren einer Verfassung zu schärfen. Die „Neue Staatsmänner und Fachwissenschaftlern Bayerns und Württemberg-Badens ausgearbeiteten Länderverfassungen“ sind veröffentlicht für diese Länder veröffentlicht (siehe „Neue Zeitung“ Nr. 43 vom 31. Mai, Nr. 45 vom 7. Juni und Nr. 47 vom 14. Juni) und läßt auf Seite 3 der heutigen Ausgabe heute abschließend einen Beitrag von Ministerpräsident Professor Dr. Karl Geiler über den großhessischen Entwurf folgen.

Die Vorbereitungen in den drei Ländern sind fast abgeschlossen. In Bayern werden bei einer Bevölkerung von etwa 8,1 Millionen rund 2 Millionen wahlberechtigt sein. Die Wahl der 180 Abgeordneten für die von den zugehörigen Parteien (CSU, SPD, KPD, WAV, FDP) bisher 333 Kandidaten aufgestellt wurden, erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht. In Württemberg-Baden (Bevölkerung etwa 3 Millionen, wahlberechtigt rund 1,8 Millionen) werden 15 von der Landesliste gewählt werden. Dieses System, das von der Regierung in enger Zusammenarbeit mit der vorläufigen Volksvertretung und dem Verfassungsausschuß geschaffener Wahlsysteme dar; damit wurde dasjenige Verfahren der vergangenen Wahlen beseitigt. Das Land wird in 26 Wahlkreise aufgeteilt. Die Kandidaten der vier zu DVP) wurden in Parteiversammlungen oder Abteil der Anwesenden bestätigt. So wurde verfunktioniert von sich aus Kandidaten auf- 90 Mitglieder haben soll, wird in 64 Wahl- treter stellen wird. Die restlichen 26 Abge- ordneten sollen von den vier anerkannten politischen Parteien (CDU, SPD, KPD, LDP) vorgeschlagen werden.

Die Bedingungen für die Wahlberechtigung weichen in den drei Ländern zum Teil voneinander ab: Großhessen verlangt einen sechsmonatigen, Württemberg-Baden und Bayern dagegen einen einjährigen Aufenthalt im Lande. Dagegen bestehen einheitliche Richtlinien für die Wahlbeteiligung politisch Be- regierung können Personen, die nach dem „Ge- Militarismus“ rehabilitiert wurden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wahlberechtigte, Wahllisten aufgenommen zu werden, sollen Säuberungsgesetz als Mitläufer gelten und sonst den Anforderungen zur Wahlberechtigung üben ihres Wahlrechts, wenn sie ihre Geld- strafe bezahlt haben.

Wahlberechtigungsbescheinigung sind. Gewählt werden können alle Stimmberechtigten, die zur Zeit der Wahl das 23. Lebensjahr erreicht haben und mindestens ein halbes Jahr im Gebiet der Gemeinde ansässig sind. Dazu mel- det der Berliner Korrespondent der „Times“, daß in der russischen Zone Listen und nicht ein- zeln Kandidaten gewählt werden. Ehemaligen Mitgliedern von Organisationen der NSDAP werde ungefähr nach ähnlichen Grundsätzen wie in der britischen Zone das Stimmrecht ent- zogen. Doch hätten die Behörden das Recht, Faschisten“ bezeichnet würde, als „andere aktive auszuschließen. Ehemalige Mitglieder der NSDAP könnten auch in der russischen Zone nicht als Kandidaten aufgestellt werden. Da- gegen scheine nicht die Absicht zu bestehen, alle ehemaligen Offiziere der Wehrmacht von der Kandidatur auszuschließen.

Die Gemeindevahlen in der britischen Zone sind, wie bereits gemeldet, für den 15. Sep- tember, die Kreiswahlen und die Wahlen des Landes Bremen und der Hansestadt Ham- burg für den 13. Oktober festgelegt worden. Wahlberechtigt sind grundsätzlich alle Perso- nen über 21 Jahre, die im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind, mit Ausnahme der Mitglieder gewisser nationalsozialistischer Or- ganisationen und der Mitglieder des Generals- stabs oder des Oberkommandos der Wehr- macht. Gewählt werden können Personen, die geschlossen sind jedoch ehemalige aktive An- tionalsozialistischer und gewisser vernational- Charakters. Alle örtlichen Wahlen werden, wie es in der Verlautbarung der britischen Militär- änderter Form stattfinden. Jede Partei sichert der auf ihre Kandidaten entfallenden Stimmen. Ein Mindestanteil von etwas mehr als einem Siebentel aller abgegebenen Stimmen ist nach die Partei einen Sitz im Gemeinderat erhält. Der Überschuss an Stimmen eines gewählten Kandidaten und die Stimmen von nicht gewähl- ten Kandidaten werden der entsprechenden Partei für eine Sammelliste gutgeschrieben.

Das Ende des Krieges

Der Tätigkeitsbericht

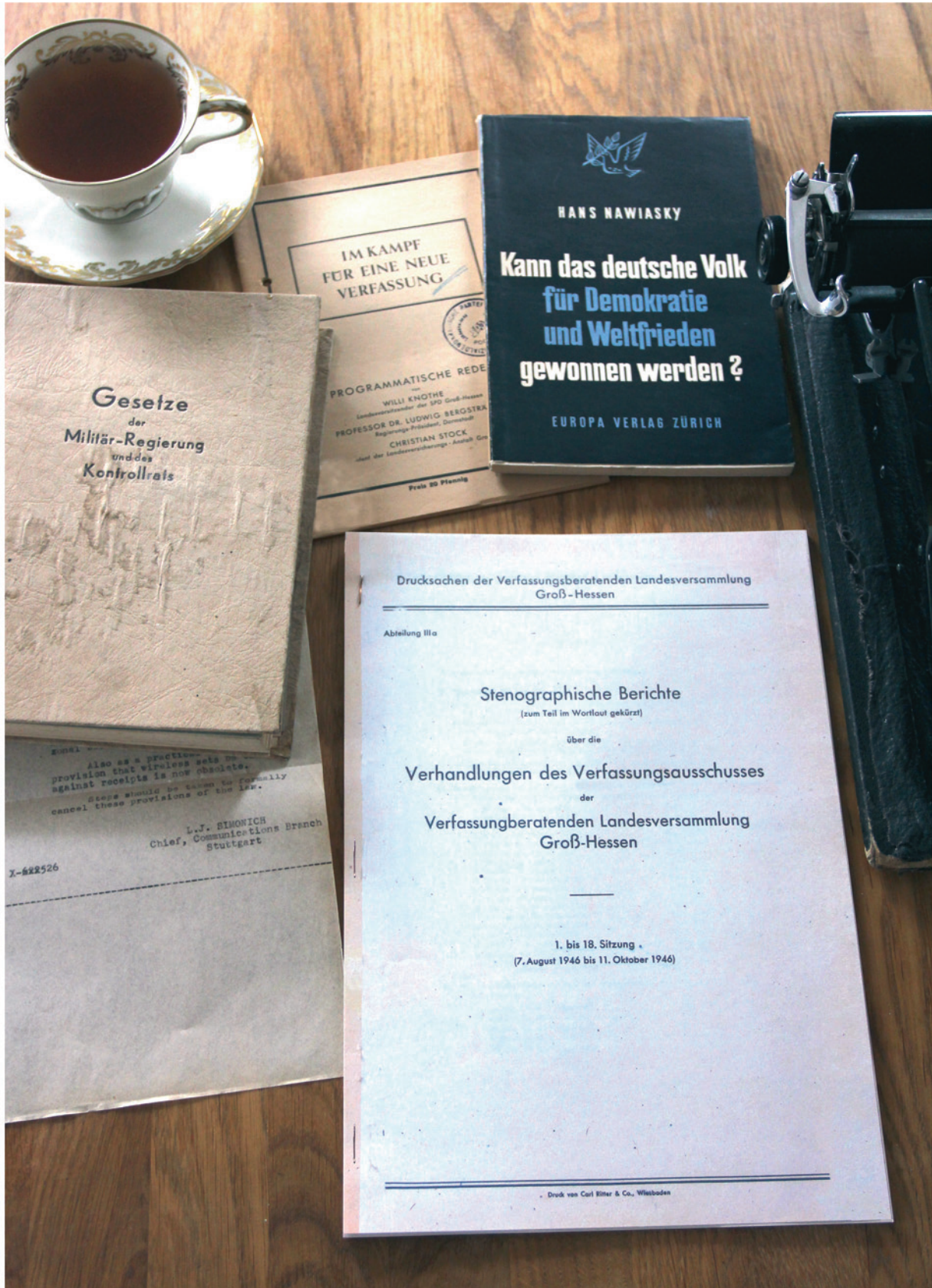
Ausschließ- auf die nationalsozialistische Füh- ickzuführen war, die nicht bereit waren, die- ssen zu ziehen und zu kapitulieren. Der General zählt in seinem Bericht eine- the schwerer, strategischer Fehler auf, die- tische militärische Führung in jenen entschei- den Sommermonaten des Jahres 1945 be- kommenen Versam-

Auch in den anderen Zonen werden gegen- wärtig Wahlen vorbereitet. Die französische Regierung hat die Berechtigung zur Teil- nahme an den im Herbst dieses Jahres stattfin- denden Kommunalwahlen durch eine Verord- nung geregelt. Verschleppte, Emigranten und den sonst notwendigen Nachweis des einjähri- gen Aufenthaltes.

Indien zum britischen Plan

NEW DELHI, 27. Juni (DANA, BBC)
 Der Arbeitsausschuß der indischen Kongreßpartei hat am 24. Juni die britischen Vorschläge für die zukünftige Verfassung Indiens für die Verrech-

Die demokratischen Wahlen in den US-Zonen wurden von ausführlichen Berichten in zahlreichen Tageszeitungen begleitet: Juni 1946.



Fiktive Objekt-Collage zum 'Hessischen Verfassungssommer 1946'.

marer Republik hatte sich dort die CSU als ideologisch gleich ausgerichtete Schwesterpartei begründet.

Als erster Zusammenschluss der sehr unterschiedlichen regionalen christlichen Parteigründungen über die jeweiligen Besatzungszonen hinaus, wurde schon am 28. und 29. August 1946 die "Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union" gegründet, und zwar in Königstein im Taunus. Bis dahin war die CDU von ihrem alltäglichen Erscheinungsbild her nach kein wirklicher Zusammenschluss und verfügte nicht einmal über eine einheitliche Leitung.

Eigentlich wollte man sich bereits im November des gleichen Jahres ein zweites Mal treffen, dann in Frankfurt, verzichtete aber wegen des laufenden Wahlkampfes in den Ländern der US-amerikanischen Zone darauf und peilte als neuen Termin Mitte Dezember an, dann in Wiesbaden.

Doch auch dieser Termin kam nicht zustande, dieses Mal wegen der gerade zu organisierenden Landesregierungen, so dass vor allem auf Wunsch der CSU in Bayern ein neuer Termin Anfang 1947 ins Auge gefasst wurde.

Der dritte Anlauf klappte, und so traf man sich in größerer Runde am 5. und 6. Februar 1947 erneut, wiederum in Königstein: Die Themenfülle war bereits beachtlich, die Organisation schritt voran, so dass für die nächste Tagung, für die Berlin vorgesehen war, bereits vom "Sekretariat der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands" in der Hans-Thoma-Straße in Frankfurt aus geplant wurde.

Von dort gingen maßgebliche Impulse für die spätere Gründung der CDU als Gesamtpartei aus. Die Landesverbände und die Arbeitskreise wählten Königstein zum bevorzugten Tagungsort, und bereits auf der Tagung am 5. und 6. Februar 1947 wählten die Arbeitskreise Konrad Adenauer zum Vorsitzenden.

Nur wenige Tage zuvor hatten sich die Vertreter der Jugendorganisationen, der "Jungen Union", zwischen dem 17. und 21. Januar 1947 ebenfalls in Königstein getroffen, um ihren Zusammenschluss zu organisieren, ein politischer Akt, der bis 2022 immer wieder in Königstein als Jubiläumereignis begangen wurde, zuerst in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer anlässlich des 10jährigen Jubiläums 1957 im Kurhaus Königstein, der heutigen Villa Borgnis

So steht der Tagungsort Königstein in der Geschichte der CDU symbolisch für den Versuch, die christdemokratische Politik der vier westlichen Besatzungszonen auf einen "gemeinsamen Kurs" zu bringen, wie es schon in einem internen CDU-Papier vom 26. Februar 1947 geheißen hatte. Auch aus der sowjetischen Besatzungszone kamen Vertreter. Hier zeichnete sich aber schon bald ab, dass unter dem Gleichschaltungsdruck eine freiheitliche Parteiarbeit dauerhaft nicht möglich sein würde. Ende 1947 hatte dann tatsächlich auch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) Jakob Kaiser und Ernst Lemmer als Vorsitzende der Ost-CDU abgesetzt.

Die CDU auf einen "gemeinsamen Kurs" zu bringen, war kein leichtes Unterfangen: Die alliierten Besatzungsmächte hatten durch die Lizenzierungen der Parteien und Vereine dazu beigetragen, dass durchweg die in der Weimarer Republik bereits bestehenden Vorgänger-Parteien einfach neu gegründet wurden.

Die "Gründung" der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) war so gesehen die einzige wirkliche Innovation in der deutschen Parteienlandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg: Eine katholische Zentrums Partei, wie sie in der Weimarer Republik bestanden hatte und als kleine Partei im westfälischen Münster sogar wiederbegründet worden war, wollten viele ehemalige und vor allem prominente Zentrumsleute nicht mehr. Auch Konrad Adenauer, der selbst kein



Das Kurhaus in Königstein, heute Villa Borgnis:
Innenraum Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts (oben),
Ansicht heute.
Nur in einem Protokoll ist bei den CDU-Tagungen explizit vom
Kurhaus als Tagungsort die Rede. Man muss aber davon aus-
gehen, dass dies auch für die anderen Treffen gilt.



Die junge Union in der Union.

Wir haben uns eine Partei hervorwa hns en gesehen, ohne dass a n den verschiedenen Orten ein Wissen um das gemeinsame Ets-tehen und Geschehen vorha-aden war. Gena-u s-o entstand die junge Union, unabhngig voneinander und doch im gleichen Geiste. Die kleinen noch bestehenden Unterschiede wollen wir hier, soweit das ntig ist, ausgleichen.

Das Genera-tionsproblem.

Die ltere Generation.

Die Genera-tion, die den 1. Weltkrieg mitgemacht hat und die die Weimarer Zeit bewusst miterlebt hat.

- 1. Die wilhelminische Zeit
- 2. Der 1. Weltkrieg
- 3. Die Zeit der Weimarer Republik.

Das sind die Merkmale der lteren Generation. Sie ist bestimmt vom Militär her. Das Militr war etwas selb-verstndliches, der Ma-an wuchs in diesen Apparat hinein. Diese Genera-tion war dadurch geformt und war stolz darauf. Das -ind nicht nur kussertliche Dinge, s-ie hngen der lteren Genera-tion auch innerlich noch sehr stark nach. Es war eine Erziehung zum Katzbuokela, wir sehen darin das dem Deutschen Gang und Gebe gewordene sich unterordnen unter eine Autoritt.

Die ltere Generation hat noch das Erleben eines deutschen Glanzes. Da-rum stimmte sie auch dem Nationalsozialismus zu, denn s-ie gla ubte, Deutschland kbase unter Hitler einer neuen Gla-azzeit entgegenzugehen.

Kirche und Konfessionen.

Die ltere Genera-tion ist noch sehr stark durch den Kultur-kampf beeindruckt. Sie hat den Kampf, das Verteidigenmssen der Religion, miterlebt. Ihre heutige Einstellung zu solchen Problemen ist historisch zu verstehen.

Die Demokratie wurde von der lteren Generation nur rein kussertlich und Formal betrachtet. Sie merkte nicht, dass Demokra-tie etwas viel tieferes ist.

Die ltere Genera-tion hat wohl die Schwchen des Nationalsozialismus gesehen, glaubte aber, sie knnen berunden werden. Der Nationalsozialismus kam durch die Landsknechte hoch, die den Weg nach Hause nicht finden konnten. Diese Dinge mggen nicht bewusst gewesen sein, aber sie haben unbewusst bedeutend mitgespielt. Das Brgertum hat die Dynamik nicht richtig erkannt und verstanden. Es hat sich gefangen nehmen lassen. Als Hitler an der Macht war, er werde nicht lange an der Regierung bleiben. Der Nationalsozialismus lag auf dem einen Teil des Volkes als Last, auf dem anderen als unabwendbare Tatsache. Nun versucht diese Generation, das zusammengebrochene Haus notdrftig zu pflicken. Viele knpfen an 1933 an, haben aber bereits gemerkt, dass sie nicht in der Lage sind, die Situation zu meistern. Dennoch mssen sie ihre Erfahrung einsetzen zum Neuaufbau.

Die junge Generation.

Sie begreift nicht die Gedanken der lteren, da sie nicht deren Erleben hat. Das Erlebnis des dritten Reiches ist ihr Vergleichsmasstab. Sie kennt nur das Befehlen von oben her und ist bestimmt durch die NF., den RAD. und die nationalsozialistische Propaganda. Geistige Fragen standen im Hintergrund. Die Entpersnlichkeit des Menschen ist vollzogen, der Ueberschm geachtet worden.

Einfluss auf die neue soziale Ordnung lehnt sie ab.

Die abendlndische Kultur soll von der Union verteidigt werden, die in der Vergangenheit, besonders in der Zeit des 3. Reiches, stark vernachlssigt worden ist. Die Union will ein gegliedertes neues Deutschland. Sie will keinen neuen Nationalismus.

Wir wollen auch mit der Jugend der anderen Parteien konnex bekommen, auch wenn es die lten nicht wnschen. Die junge Union in ganz Deutschland muss sich einig sein. Und sie muss eine Brcke sein zur Jugend der anderen Vlker. Wir wollen uns einig sein und dann einen Faktor im politischen Leben der Vlker bilden. Wenn wir das erreichen, knnen wir vielleicht eine neue Epoche in der Welt anbahnen.

(Das Referat ist nur in den hauptschlichsten Gedanken ohne Uebersetzung zwischen denselben wiedergegeben.)

Maschinenschriftliches Manuskript der Rede des ersten Vorsitzenden der „Jungen Union“ der CDU Bruno Six vom 18. Januar 1947, gehalten in Kngstein.



Dienstag, den 22. Januar 1957

Kronberg Heimatbote TAUNUS-ZEITUNG

Die Geburtstagsfeier der Jungen U

Bundeskanzler und Bundesaußenminister sprachen zur L

Durch die Festveranstaltungen, mit denen am letzten Wochenende in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesaußenminister Dr. von Brentano im Kurhaus Königstein das zehnjährige Bestehen der Jungen Union Deutschlands in dem gleichen Raum begangen wurde, in dem im Januar 1947 der Zusammenschluß der jungen politischen Mannschaft der Christlich-Demokratischen Union erfolgte, war Königstein in den Mittelpunkt der hohen Bundespolitik gerückt. Außer den beiden Staatsmännern, die in längeren Reden zur gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Lage sowie zum Standort der sozialdemokratischen Opposition Stellung nahmen und über die Aufgaben und Ziele der Bundespolitik sprachen, waren noch weitere Gäste aus der Partei sowie aus dem öffentlichen und kirchlichen Leben zur Teilnahme an der Geburtstagsfeier der Jungen Union erschienen.

Altes und neues Rathaus trugen Flaggen- schmuck in den Bundes- und Landesfarben, am Kurhauseingang grüßte die Flagge der Union die Teilnehmer der in internem Rahmen gehaltenen Festveranstaltungen. Auf dem Kurhausvorplatz hatte sich im Laufe der vierten Nachmittagsstunde eine große Zahl von Schaulustigen eingefunden und harrete der für 16 Uhr angesagten Ankunft des Bundeskanzlers, dessen Wagen beim Bekanntwerden einer von Frankfurt aus gestarteten Propagandafahrt einer Gruppe von Kriegsdienstverweigerern in Camberg den Kurs geändert hatte und Königstein über die Wandersmannroute um 16.20 Uhr erreichte.

Der Kanzler und Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Union wurde am Kurhauseingang vom Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Dr. Gerhard Stoltenberg, sowie Bürgermeister Faßbender begrüßt und beim Erscheinen im Saal von den Teilnehmern der Festversammlung mit stürmischem Beifall empfangen, der sich noch steigerte, als der Bundesvorsitzende der Jungen Union in seiner Begrüßungsansprache dem Bundeskanzler dafür dankte, daß er trotz der großen Arbeitslast seine Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung der jungen Generation möglich gemacht habe. Er dankte auch allen, die in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch den Mut besaßen, einen neuen Anfang zu machen, der insbesondere für die junge Generation politisch und persönlich ein großes Wagnis gewesen sei.

Bürgermeister Faßbender bezeichnete

Fay, der dem Regierungs- und Parteichef das Vorhandensein von Kampfeswille und Selbstbewußtsein innerhalb der Partei für das Wahljahr 1957 versicherte.

Der erste Bundesvorsitzende der Jungen Union, Dr. Bruno Six, gab in markanten Worten einen kurzen Rückblick auf den vor zehn Jahren erfolgten Zusammenschluß von jungen Menschen, die damals 25 bis 35 Jahre alt waren und zu der Schicht gehörten, die noch nicht im politischen Leben gestanden und in schwerer Zeit mit einer echten und tiefen Vaterlandsliebe ohne Pathos im Herzen sich bereit gefunden hätten, am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau mitzuwirken. Die junge Mannschaft wollte sich auf dem Fundament des Christentums eine neue Heimat schaffen, wie sie die Altvorderen hatten, und aus einem sozialen Gefühl und Gewissen eine Volksgemeinschaft, die man nicht organisieren könne, sondern die innerlich wachsen müsse. Die junge Generation innerhalb der Partei habe schon bei ihrer Gründung ihren Willen zur inneren und äußeren Freiheit und zur Schaffung einer freien Gemeinschaft freier Menschen bekundet sowie den Wert der Persönlichkeit unter Ausschaltung allen Lakaientums erkannt. Die Junge Union, die Motor im politischen Leben der Partei sein wolle, sei für die Partei nicht immer bequem gewesen, es habe auch manchen Widerspruch gegeben. Dr. Six sagte weiter, ein Staat sei so stark, wie seine Persönlichkeiten stark seien. In diesem Zusammenhang dankte er dem Bundeskanzler, der sich als Herr im Staate erwiesen habe. Die Junge Union wün-

Bericht der „Taunus-Zeitung“ anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der „Jungen Union“ der CDU 1957: Gefeierte wurde im Gründungsgebäude Kurhaus, anwesend war zahlreiche Prominenz der CDU, allen voran Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Union Deutschlands in Königstein

ur Lage und über Aufgaben und Ziele der Bundesrepublik



Interessiert studiert der Bundeskanzler die anlässlich des Jubiläums der jungen Generation seiner Partei herausgegebene Festschrift. Ein breiter Raum ist in dieser Schrift in Wort und Bild Königstein gewidmet. Auf dem Bild rechts der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Dr. Gerhard Stoltenberg, links der Landesvorsitzende der CDU in Hessen, Dr. Fay. Hinter dem Kanzler auch ein Königsteiner Gesicht, Pfarrer Dr. Gerber.

(Aufnahme: Foto-Kehrer.)

Die Schlußkundgebung mit dem Außenminister

Am Sonntagmorgen war ein weiterer prominenter Gast zur Teilnahme an den Festveranstaltungen der Jungen Union Deutschlands eingetroffen: Außenminister Dr. von Brentano, der um 10.30 Uhr bei der Schlußkundgebung im Kurhaus zu den annähernd 200 Delegierten der Jungen Union sprach.

hen Preis zu zahlen haben, jedoch niemals zu einem Verzicht der Freiheit bereit sein. Der CSU-Vorsitzende nahm dann zur Wehrpolitik Stellung und erklärte, man solle damit keine politischen Geschäfte betreiben. Die Rentenreform bezeichnete Seidel als eine soziale Tat allerersten Ranges. Durch ein

Gründungsmitglied der CDU war, hatte nach der Auflösung der politischen Parteien durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 sich wiederholt in die Richtung geäußert, dass eine katholische Partei nicht mehr zukunftsfähig sei.

So war also diese bi-konfessionelle CDU gegründet worden, deren Mitglieder dennoch zu weit über 70 Prozent katholisch waren. Entsprechend sah die Partei auch aus. Die CDU war zwar vielfach einer klassischen konservativ-christlichen Partei ähnlich, aber sie hatte auch liberale, soziale und sogar sozialistische Elemente, denkt man etwa an das Ahlener Programm vom 3. Februar 1947.

Der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

In der britischen Besatzungszone war Konrad Adenauer Vorsitzender der CDU, und in dieser Eigenschaft kam er nicht nur wiederholt nach Frankfurt, sondern eben auch nach Königstein, wo er bei seinem Parteifreund Bürgermeister Hubert Fassbender in dessen Privatwohnung Quartier fand.

Als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone hat Adenauer schon im April 1946 Einspruch erhoben, wenn es darum ging, Beschlüsse des Zonen-Verbindungsausschusses der Partei für verbindlich anzuerkennen. Adenauer war so gesehen einer der Ziehväter des Gedankens, sich über die Besatzungszonen hinweg zusammenzukommen, um eine gemeinsame Linie in der sehr disparaten CDU zu finden.

Zur Entwicklung einer gemeinsamen Parteilinie versandte Adenauer sowohl das Programm von Neheim-Hüsten wie auch die sogenannten "Essener Leitsätze" an die Landesverbände. Damit waren wenigstens zunächst einmal die Themen gesetzt, mit denen man beginnen konnte, für die zukünftige Ausrichtung parteiintern zu streiten.

In der zweiten Königsteiner Sitzung vom Februar 1947 wurden faktisch die Arbeitsgemeinschaften begründet sowie eine Geschäftsordnung, derzufolge jetzt jede der Zonen-Parteien fünf Vertreter und Stellvertreter entsenden konnte, und man wählte einen sechsköpfigen Vorstand. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sollten nur dann verbindlich sein, wenn sie einstimmig gefasst worden wären. Die Tagungen sollten abwechselnd in jeder Zone stattfinden, so dass Königstein als ständiger Tagungsort zugunsten der geographischen Ausgewogenheit geopfert wurde.

Ein erster großer Konflikt zwischen Adenauer und Jakob Kaiser, einem der Berliner Vertreter, fand im Ergebnisprotokoll der Februar-Sitzung keinen Niederschlag, dafür jedoch in den zeitgenössischen Presseberichten.

Aus diesen Tagen stammt auch jener bemerkenswerte Spruch, der das heterogene und pluralistische Erscheinungsbild der CDU/CSU etwas überspitzt darstellt und zugleich die regionale Unterschiede innerhalb der Partei deutlich macht:

Diese Partei "sei sozialistisch und radikal in Berlin, klerikal und konservativ in Köln, kapitalistisch und reaktionär in Hamburg und gegenrevolutionär und partikularistisch in München."

Umso wichtiger war die inhaltliche Positionierung dieser christlichen Sammlungsbewegung, die ja nicht einmal das Wort "Partei" in ihrem Namen führte. Es war eine große Aufgabe, die die CDU-Landesvorsitzenden in Königstein auf sich genommen hatten.

Ebenfalls in Königstein wurde ein Arbeitsausschuss eingerichtet, der sich mit einer zukünftigen Staatsordnung und Verfassung für ein vereinigtes Deutschland beschäftigen sollte. Die Grundsätze waren klar: Es bedurfte eines föderalistischen Staates mit Zuständigkeitsabgrenzungen zwi-

schen dem neuen Staat und den Ländern, sowie einer verfassungsrechtlich garantierten Trennung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Zu einer echten Verfassungsarbeit ist es in der CDU aber nicht gekommen, anders als bei der SPD, die bereits im April 1948 ihren ersten Verfassungsentwurf vorlegte.

So notwendig die Richtung der Arbeitsgemeinschaft war für die Formulierung politischer Ziele und Aufgaben der CDU in einem Gesamtdeutschland, so wenig zeitigte die Arbeitsgemeinschaft konkrete Ergebnisse. Zu lose waren die Kontakte über die Zonengrenzen hinaus. Die Versammlungen bedurften immer der Genehmigung der Alliierten, angesichts von Reisebeschränkungen zwischen den Zonen also auch organisatorisch nicht einfach zu handhaben. Darüber hinaus wurde offenbar, dass die französische Militärregierung Vorstandsmitgliedern der CDU wiederholt die Reisegenehmigung verweigerte. Der französische Militärgouverneur General Pierre Koenig erteilte auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Koblenz im September 1947 sogar ein Redeverbot für Jakob Kaiser aus Berlin, eben jenen Kaiser, den Ende des gleichen Jahres die sowjetische Militäradministration des Amtes als CDU-Vorsitzender in der sowjetischen Besatzungszone enthob. Koblenz lag in der französischen Besatzungszone. Einmal mehr erwies sich Königstein als attraktive Begegnungsstätte für die CDU-Arbeitsgemeinschaft, weil eben nicht nur in der US-amerikanischen Besatzungszone gelegen, sondern auch in der Nähe des zentralen Verkehrsknotenpunktes Frankfurt. Im übrigen war es auch besagter General Pierre Koenig, der einen Zusammenschluss der CDU über diese Besatzungszonen hinaus im Jahre 1947 und auch noch Anfang 1948 torpediert hatte.

Alliierte Pläne für Westdeutschland

zweifellos die
ß ernsthafte
vorden sind.

Legenschaft in
t zwei Jahre
politisch Be-
sternehmens
monstranten
rupp-Beleg-
f, um gegen
tschland zu
Politiker wie
chlange-
tschnationa-
us hessische
iung stellte
nalen Post-
dlung nach
vor einer
t. Die Eisen-
aß die Säu-
ng auf dem
ng und den
wurden; bis
sich in die
en konnten.
bgeordneter
wählen, der
ll, die 1933
mten — bis
dnete selbst

le aus den
e stark die
och in Ent-
st sind Es
Dachstuben
wollen. Sie
den Direk-
emokraten“
e“ Jede Sa-
des Bahn-
n oder der
Behauptung
Notwendigen
Säuberung
argument für
en, die als
willenlose
len Bankrott
a sind. Die
en aber, die
in durchge-
der Steige-
stehen jener
er sich die
rekrutieren

reß an Haupt
ausgezögert
de chauvi-
er Politiker
nevorstehen-
r — als ob
eutsche Na-
le gerichtet
ich nicht auf
ahmen be-
des öffent-
beschritten
ir fest, daß
e noch häu-
lie vor dem
mal hilflos
Rechtferti-
daß jemals
Es will uns



(Zeichnung von Harald Brönnie)

Wiedersheim. „General Clay beauftragte mich“ führte Kamm aus. „die Entnazifizierung bis zum 31. März 1948 durchzuführen und entsprechende Vorschläge einzureichen. Ich habe diese Vorschläge unterbreitet.“ Das Befreiungsgesetz sei gut, bedürfe

CDU-CSU Tagung in Königstein

Arbeitsgemeinschaft beschlossen

Aus dem Frankfurter Landessekretariat der CDU wird uns folgender Bericht übermittelt:

Die Vertreter der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union aus allen Zonen Deutschlands versammelten sich am 5. und 6. Februar in Königstein im Taunus zu einer Tagung, bei der eine Arbeitsgemeinschaft für ganz Deutschland konstituiert wurde. Diese Arbeitsgemeinschaft wird die ständige Zusammenarbeit der einzelnen Parteiorganisationen und ihre politische Übereinstimmung sichern.

Einstimmig wurde die Wahl des folgenden vorläufigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft beschlossen: Dr. Konrad Adenauer (Köln), Dr. Friedrich Holzappel (Herford), Prof. Dr. Hugo Hickmann (Dresden), Jakob Kaiser (Berlin), Dr. Erich Köhler (Wiesbaden), Ernst Lemmer (Berlin), Dr. Josef Müller (München), Ulrich Steiner (Laubheim/Württemberg). Zur außenpolitischen Lage wurde mit allen Stimmen folgende Erklärung beschlossen:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Sozialen Union Deutschlands begrüßt es, daß die Mächte den Übergang von der Waffenruhe zu einem Friedenszustand vorbereiten. Sie bekennen sich zur Unteilbarkeit des Friedens, und sie hoffen auf die Schaffung einer dauerhaften Weltordnung, in der ein freies und friedliches Zusammenleben aller Völker gewährleistet ist. Die Union betrachtet die von der Organisation der Vereinten Nationen verkörperten Grundsätze als die sittliche Norm des künftigen Weltfriedens. Nur in ihrem Rahmen kann sich jene echte Gemeinschaft der Europäischen Völker entfalten, die Deutschland in seiner Lage zwischen Ost und West erstrebt. Die Union wird alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen als Grundlage der endgültigen Abkehr von militaristischen und nationalistischen Traditionen. Von dem Inhalt der kommenden Friedensregelung wird in hohem Maße der Erfolg der notwendigen geistigen Erneuerung des deutschen Volkes abhängen. Mit erster Sorge sehen wir, daß weite Kreise unseres Volkes die Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz aufgeben und der Verzweiflung preisgegeben werden. Gerade in diesem Zusammenhang weisen wir auf das Problem der deutschen Grenzen hin, das mit den Massenausweitungen von Millionen Deutschen so unheilvoll verbunden ist. Wir nehmen die Pflicht zur Wiedergutmachung auf uns, aber das deutsche Volk braucht eine gesicherte Ernährungsgrundlage und eine ausreichende industrielle Betätigungsmöglichkeit für seine Selbstversorgung und seinen Export, der ihm die Bezahlung der notwendigen Einfuhren ermöglicht. Nur dann wird das deutsche Volk, das nicht zum ständigen Kostgänger der Welt absinken will, von seiner Hände Arbeit leben können. Bei der Veränderung geschichtlich gewordener und natürlicher Grenzen muß zugleich der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gewissenhaft beachtet werden, wenn die Spannungen unter den Völkern endgültig beseitigt werden sollen. Im selbstverständlichen Bekenntnis zur organisch geordneten Einheit Deutschlands lehnen wir jede separatistische Tendenz ab. Wir appellieren an die Weisheit der Siegermächte, durch eine weitschauende Politik das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes und den Frieden unseres Erdteils inmitten der neuen Gemeinschaft der Völker zu sichern.“

ter
erscheinung —
eine recht er-
das heute so
die Züge, wie

Shaws, nicht einformig — auch er hat seine Gründe und Hintergründe. Mit seinem Auftritt wird die in jeder Komödie steckende Tragödie sichtbar. Und siehe: es ist die Tragödie unserer Zeit. Wenn auch die Stammutter die Größe des Menschen ahnt, unsere Schuld bleibt. Wir haben Abel erschlagen.

Idealen
Parteien
diese m
gerade d
Punkt des
davor, die
Zwecken zu
staatspolitisch denken
gang gewie
Behauptung eingehend, er
der Stuttgarter Spruchkammer
und ähnliches nachgesagt wurde
ausgestellt, daß sie ordnungsgemä
seien, erklärte Kamm: „Ich stehe auf dem
wer nicht sauber ist, muß raus, es wird
geschützt. Wenn einer sich etwas zuschulden
läßt, darf man nicht auf alle schließen.“

Zur künftigen Verfassung Deutschlands brachten die Delegierten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sobald wie möglich wiederhergestellt werden muß, und daß hierzu eine gesamtdeutsche Verfassung notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde ein Verfassungs-Ausschuß eingesetzt, der mit der Ausarbeitung der Grundlagen einer deutschen Verfassung beauftragt wurde. Nachdem bereits früher grundsätzliche Einmütigkeit über eine föderalistische Gliederung Deutschlands erzielt worden war, soll jetzt das Verhältnis Deutschlands zu seinen Gliedern festgelegt und die gegenseitige Zuständigkeit abgegrenzt werden. Der Grundsatz der Trennung der Gewalten in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung müsse klar durchgeführt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft nahm ferner Stellung zu den Fragen der Entlastung der Kriegsgefangenen und zur Entnazifizierung.

In der Abberufung von Dr. Müller als Vorsitzenden des Bizonalen Hauptausschusses der Wirtschaft durch die ausschließlich der SPD angehörigen Wirtschaftsminister erblickt die Arbeitsgemeinschaft einen bedenklichen Versuch, die Herrschaft einer Partei über den Staat zunächst auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wieder aufzurichten, zumal ein solches Vorgehen die Gefahr in sich birgt, daß auch auf staatspolitischem Gebiet ähnliche Bestrebungen folgen konnten.

Eine Anfrage der LDP

WIESBADEN, 7. Februar (Eig. Bericht). Die Fraktion der LDP hat an den Ministerpräsidenten eine Anfrage gerichtet, ob Wirtschaftsminister Dr. Koch in dem Fall Dr. Müller auf Weisung des Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, oder nach Direktiven der hessischen Regierung gehandelt hat.

Außerdem interessiert sich die Anfrage dafür, wie es kommt, daß das Kabinett einen Beschluß gefaßt hat, wonach kein Anlaß besteht, das Verhalten des Wirtschaftsministers zu mißbilligen und daß dieser Beschluß als „einstimmig“ ausgegeben wurde, obwohl nach der Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Köhler, anzunehmen war, daß die der CDU angehörenden Minister die Auffassung des Kabinetts nicht teilen.

WIESBADEN, 7. Februar (Dena). Die Ablehnung des Fraktionszwanges bei der Abstimmung im Landtag ist, wie am Freitag der Vorsitzende der LDP-Fraktion im hessischen Landtag, August Martin Euler, bekanntgab, in der soeben fertiggestellten Geschäftsordnung enthalten, die sich die Fraktion der LDP im hessischen Landtag gegeben hat. Die Regelung bedeute eine Konsequenz des von der LDP vertretenen Grundsatzes, daß jeder Abgeordnete persönlich die Verantwortung vor seinen Wählern zu tragen habe, und nur seinem Gewissen unterworfen sei.

WIESBADEN, 7. Februar (Dena). Ein Mittlungsblatt „Freie Jugend“ wird, wie die amerikanische Militärregierung mitteilt, in Kürze monatlich in 2500 Exemplaren an Jugendleiter in Hessen zur Verteilung gelangen.

der im
lich

Wahlver
des Parteistimm
damit unterstreichen
Erklärung, die M
geführt wurde.“
heimer

die zu
last
mer veran
Erklärung, die
renz von Ver
Delegierten der S

Das St
fru. In unserer A
schilderten wir den
16jährigen Martha S
Einlieferung in das
Stöckach (Baden) p



Martha Sch
mann in Stockac
Militärarzt in das St
war, und dort Soldat
nach Einlieferung in
mittel gegeben.
Wie unser Bild
kräftig und gesund
mann habe bei dess
gestellt, daß Martha
hatte. (Daran soll sie
sein.) Dr. Gutmann
„Hilfsarzt“ bei der
es offenbar mit sei
baren zu können, da
Hilfe rufende Mäd
Arztstlokal, auf Zeme
Arznei und genüger
untergebracht sei. E
Ueberführung in ein
durch Sanitäter oder
Die Offenburger Z
bei der Anwesenheit
Tode der Martha Sch
hat und wie groß d
Scopolamin gewesen s
„Tod infolge eitriger
„Der Neue Tag“
der Leichenöffnung e
besondere Professor

Theater auswärts

Mainz
Seit einem halben Jahre besitzt Mainz ein Theater. Im Januar startete die 100. Aufführung seit der Neu-
Im ehemaligen L
Bad Homburg brachte

Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 8. Februar 1947 zum Königsteiner CDU-Treffen zwischen dem 6. und 8. Februar.

Bericht zum gleichen Treffen einen Tag später in: „Die Neue Zeitung“.

oder vorbereitet worden, Deutsche und ausländische Stellen überzeugen sich von der Existenz einer Bewegung, die hinter diesen Attentaten steht, um mit den alten Mitteln die alten Ziele der faschistischen Diktatur erneut zu verwirklichen. Nur mit politischer Blindheit Geschlagene können von „Dummegejungenstücken“ reden oder ein „spontanes Aufflammen“ hinter diesen Aktionen sehen wollen. Unverantwortliche Hitzköpfe hätten sich nicht etwa die Ankläger der Schacht und von Papen, zweier Männer, die auch in der Nazibewegung niemals populär waren, zum Ziel ihrer Bombenwürfe ausgesucht. Diese Aktionen wurden geplant und organisiert wie einmal die Rathenau und Erzberger. Es sollte zu denken geben, daß der Erzbergermörder Tillen sich noch heute weigert die Hintermänner seines Verbrechens zu nennen. Die Resolution bayerischer Gewerkschafter zum Nürnberger Bombentatent hat es klar und deutlich ausgesprochen: hinter den Attentaten stehen dieselben Kreise, die unser schwergeprüftes Volk bisher beherrscht und an Krieg und Diktatur interessiert sind, weil sie daran verdienen. Die Masseninvasion von Großgrundbesitzern und anderen Nutznießern aus der Ostzone hat zweifellos die Gefahr noch verstärkt, ohne daß ernsthafte Schritte dagegen unternommen worden sind.

Eine Streikaktion der MAN-Belegschaft in Nürnberg war nötig, um jetzt, fast zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, vier politisch Belastete aus der Direktion des Unternehmens zu entfernen. Überaus 13 000 Demonstranten marschierten zusammen mit der Krupp-Belegschaft vor dem Essener Rathaus auf, um gegen die Hungersnot in Nordwestdeutschland zu protestieren, für die sie deutsche Politiker wie den Ernährungsbevollmächtigten Schlangenschönungen, einen alten Deutschnationalen, verantwortlich machen. Das heussische Ministerium für politische Befreiung stellte fest, daß führende Beamte der bizonalen Postverwaltung nach ihrer Ubersiedlung nach Frankfurt früher oder später vor einer Spruchkammer erscheinen müssen. Die Eisenbahner-Gewerkschaft teilt mit, daß die Säuberungsbehörde der Militärregierung auf dem Wege über die Zweizonenverwaltung und den Länderrat so lange zurückgehalten wurden, bis die belasteten Spitzenfunktionäre sich in die englische Zone in Sicherheit bringen konnten.

In Württemberg läßt sich ein Abgeordneter in den Untersuchungsausschuß wählen, der über die Minister entscheiden soll, die 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zustimmten — bis sich herausstellt, daß dieser Abgeordnete selbst Hospitant der NSDAP gewesen ist!

Dies sind nur einige Beispiele aus den letzten Tagen, die beweisen, wie stark die antidemokratischen Verschwörer noch in entscheidenden Positionen verankert sind. Es wäre grotesk, die Drahtzieher in Dachstuben und Kellerhöhlen suchen zu wollen. Sie sitzen in aller Öffentlichkeit in den Direktionen und Aemtern als „gute Demokraten“ oder als „unentbehrliche Fachleute“. Jede Sabotage der Kohlenförderung oder des Bahntransportes, der Schuhproduktion oder der Lebensmittelverteilung ist, ihrer Behauptung nach, nicht etwa ein Beweis für die Notwendigkeit einer entschlossenen politischen Säuberung an der Spitze, sondern ein Argument für die „Unentbehrlichkeit“ derjenigen, die als Nutznießer, Helfershelfer oder dienlose Werkzeuge der Hitlerdiktatur für den Ankerpunkt Deutschlands hauptverantwortlich sind. Die Säuberung in den unteren Instanzen aber, die von ihnen mit vollem Bewußtsein durchgeführt wird, sorgt — zusammen mit der Steigerung des Elends — für das Entstehen jener verzweifelten Opposition, aus der sich die Bombenwerfer mit Leichtigkeit rekrutieren lassen.

Der notwendige Säuberungsprozeß an Haupt und Gliedern darf nicht länger hinausgezögert werden. Jedes neue Attentat, jede chauvinistische Rede populistischer Politiker erschwert unsere Lage auf der bevorstehenden Friedenskonferenz noch mehr — als ob diese Sorte „Nationalismus“ die deutsche Nation noch nicht genug zugrunde gerichtet hätte. Aber die Säuberung kann sich nicht auf Verwaltungs- und Polizeimaßnahmen beschränken. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens müssen neue Wege beschritten werden. Mit Begehr stellen wir fest, daß die verantwortlichen Stellen heute noch häufig mit Männern besetzt sind, die vor dem faschistischen Ansturm schon einmal hilflos versagten und heute der eigenen Rechtfertigung zuliebe bestreiten möchten, daß niemals Fehler gemacht worden sind. Es will uns

kleiden. Die Männer der Vergangenheit aber, deren demokratische Haltung sich nur in

Minister Kamm vor den Vorsitzenden und Anklägern der Stuttgarter Spruchkammern

STUTT GART, 7. Februar (Dena). „Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist in seinen Urzügen ein deutsches Gesetz.“ erklärte der württembergische Sonderminister Gottlob Kamm anläßlich der Amtseinführung des neuernannten geschäftsführenden Vorsitzenden der Stuttgarter Spruchkammer, Rechtsanwalt Dr. Richard



(Zeichnung von Harald Bronnle)

Wiedersheim. „General Clay beantragte mich, die Kamm aus „die Entnazifizierung bis zum 31. März 1948 durchzuführen und entsprechende Vorschläge einzubringen. Ich habe diese Vorschläge unterbreitet.“ Das Befreiungsgesetz sei gut, bedrö-

Hier liegt das Problem der Untergrundbewegung, und nirgends sonst.

aber einiger Änderungen. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Minister gegen die Behauptung, er habe den Fall Dr. Reinhold Mayer und Wilhelm Simpfendorfer unterschlagen wollen. „Ich habe mich so verhalten, wie es einem Minister gebührt! Von einem Öffentlichen Ankläger muß ich erwarten, daß er sich mit seinen Ministern in Verbindung setzt, bevor er einen besonderen Fall behandelt.“ Der Öffentliche Ankläger dürfe keine Klage erheben, wenn die Anlage des Befreiungsgesetzes dies nicht vorsehe. „Es kann jedoch Fälle geben, die nicht in der Gesetzesanlage angefaßt sind und trotzdem behandelt werden müssen. Ich habe daher gestern den Spruchkammern die Weisung gegeben, daß solche Fälle vorher mit mir und der Rechtsabteilung des Ministeriums besprochen werden. Die Frage, ob der Parteigenosse von 1933 sich darauf berufen könne, was andere getan haben, verneinte der Minister. Von der Feststellung in den Kontrollratsrichtlinien Nummer 24, nach denen Parteigenossen seit dem 1. Mai 1947 leichter zu bewerten seien als Parteigenossen seit dem 1. Mai 1933, weiche seine Auffassung ab. Dem Parteigenossen von 1933 könne noch zugestanden werden, daß er aus Idealismus der NSDAP beigetreten sei. Wenn man allen Parteigenossen vor 1933 den Idealismus absprechen wolle, werde sich kein Mensch mehr finden, der sich aus Idealismus einer Sache anschließe. Zehn Prozent der Parteigenossen vor 1933 seien Idealisten gewesen, und diese müßten von den anderen getrennt werden, denn gerade die individuelle Behandlung sei ein wichtiger Punkt des Befreiungsgesetzes. Minister Kamm warnte davor, die Entnazifizierung zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen und sagte: „Wenn wir nicht staatspolitisch denken lernen, sind wir dem Untergang geweiht.“ Auf die in den Zeitungen verbreitete Behauptung eingehend, er habe früheren Angehörigen der Stuttgarter Spruchkammern, denen Schiebungen und Abhörungen nachgesagt wurde, eine Bescheinigung ausgestellt, daß sie ordnungsgemäß ausgeschieden seien, erklärte Kamm: „Ich stehe auf dem Standpunkt, wer nicht sauber ist, muß raus, es wird niemand geschützt. Wenn einer sich etwas zuschulden kommen läßt, darf man nicht auf alle schließen.“

CDU-CSU Tagung in Königstein

Arbeitsgemeinschaft beschlossen. Aus dem Frankfurter Landessekretariat der CDU wird uns folgender Bericht übermittelt:

Die Vertreter der Christlich-DEMOKRATISCHEN Union und der Christlich-Sozialen Union aus allen Zonen Deutschlands versammelten sich am 5. und 6. Februar in Königstein im Taunus zu einer Tagung, bei der eine Arbeitsgemeinschaft für ganz Deutschland konstituiert wurde. Diese Arbeitsgemeinschaft wird die ständige Zusammenarbeit der einzelnen Parteioptionen und ihre politische Übereinstimmung sichern.

Einstimmig wurde die Wahl des folgenden vorläufigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft beschlossen: Dr. Konrad Adenauer (Köln), Dr. Friedrich Holzappel (Herford), Prof. Dr. Hugo Hickmann (Dresden), Jakob Kaiser (Berlin), Dr. Erich Köhler (Wiesbaden), Ernst Lemmer (Berlin), Dr. Josef Müller (München), Ulrich Steiner (Laubheim/Württemberg). Zur außenpolitischen Lage wurde mit allen Stimmen folgende Erklärung beschlossen:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Christlich-DEMOKRATISCHEN und Sozialen Union Deutschlands begrüßt es, daß die Mächte den Überzogen von der Weltanarchie zu einem Friedenszustand vorbereiten. Sie bekennen sich zur Unteilbarkeit des Friedens, und sie hoffen auf die Schaffung einer dauerhaften Weltordnung, in der ein freies und friedliches Zusammenleben aller Völker gewährleistet ist. Die Union betrachtet die von der Organisation der Vereinten Nationen verkörpertem Grundsatze als die sittliche Sorge des künftigen Weltfriedens. Nur in ihrem Rahmen kann sich jene echte Gemeinschaft der Europäischen Völker entfalten, die Deutschland in seiner Lage zwischen Ost und West erstrebt. Die Union wird alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen als Grundlage für die Erneuerung von militärischen und nationalen Traditionen. Von dem Inhalt der kommenden Friedensregelung wird in hohem Maße der Erfolg der notwendigen geistigen Erneuerung des deutschen Volkes abhängen. Mit erster Sorge sehen wir, daß weite Kreise unseres Volkes die Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz aufgeben und der Verworfung preisgegeben werden. Gerade in diesem Zusammenhang weisen wir auf das Problem der deutschen Grenzen hin, das mit den Massenwanderungen von Millionen Deutschen eng verbunden ist. Wir sehen die Pflicht zur Wiederherstellung auf uns, aber das deutsche Volk braucht eine gesicherte Ernährungsgrundlage und eine ausreichende industrielle Tätigkeitsmöglichkeit für seine Selbstversorgung und seinen Export, der ihm die Bezahlung der notwendigen Einfuhren ermöglicht. Nur dann wird das deutsche Volk, das nicht zum ständigen Kostenträger der Welt werden will, von seiner Hände Arbeit leben können. Bei der Veränderung geschichtlich gewordener des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gewissenhaft beachtet werden, wenn die Spannungen unter den Völkern endgültig beseitigt werden sollen. In selbstverständlichen Bekenntnis zur organisch gleichberechtigten Einheit Deutschlands lehnen wir jede separatistische Tendenz ab. Wir appellieren an die Weisheit der Supermächte, durch eine weitschauende Politik das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes und den Frieden unseres Erdteils inmitten der neuen Gemeinschaft der Völker zu sichern.“

Zur künftigen Verfassung Deutschlands brachten die Delegierten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sobald wie möglich wiederhergestellt werden muß, und daß hierzu eine gesamtdeutsche Verfassung notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde ein Verfassungsausschuß eingesetzt, der mit der Ausarbeitung der Grundlagen einer deutschen Verfassung beauftragt wurde. Nachdem bereits früher grundsätzliche Einmütigkeit über eine föderalistische Gliederung Deutschlands erzielt worden war, soll jetzt das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn festgelegt und die gegenseitige Zuständigkeit abgegrenzt werden. Der Grundgedanke der Trennung der Gewalten in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung müsse klar durchgeführt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft nahm ferner Stellung zu den Fragen der Entlassung der Kriegsgefangenen und zur Entnazifizierung. In der Abberufung von Dr. Müller als Vorsitzenden des Bizonalen Hauptausschusses der Wirtschaft durch die ausschließlich der SPD angehörigen Wirtschaftsminister erblickt die Arbeitsgemeinschaft einen bedenklichen Versuch, die Herrschaft einer Partei über den Staat zunächst auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wieder anzuführen, zumal ein solches Vorgehen die Gefahr in sich birgt, daß auch auf staatspolitischem Gebiet ähnliche Bestrebungen folgen könnten.

Eine Anfrage der LDP

WIESBADEN, 7. Februar (Eig. Bericht). Die Fraktion der LDP hat an den Ministerpräsidenten eine Anfrage gerichtet, ob Wirtschaftsminister Dr. Koch in dem Fall Dr. Müller auf Weisung des Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, oder nach Direktiven der hiesigen Regierung geußelt hat.

Außerdem interessiert sich die Anfrage dafür, wie es kommt, daß das Kabinett einen Beschluß gefaßt hat, wonach kein Anlaß besteht, das Verhalten des Wirtschaftsministers zu mißbilligen und daß dieser Beschluß als „einstimmig“ ausgegeben wurde, obwohl nach der Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Köhler, anzunehmen war, daß die CDU angehörigen Minister die Auffassung des Kabinetts nicht teilen.

WIESBADEN, 7. Februar (Dena). Die Ablehnung des Fraktionszwanges bei der Abstimmung im Landtag ist, wie am Freitag der Vorsitzende der LDP-Fraktion im hessischen Landtag, August Martin Euler, bekanntgab, in der soeben fertiggestellten Geschäftsordnung enthalten, die sich die Fraktion der LDP im hessischen Landtag gegeben hat. Die Regelung bedeutet eine Konsequenz des von der LDP vertretenen Grundsatzes, daß jeder Abgeordnete persönlich die Verantwortung vor seinen Wählern zu tragen habe, und nur seinem Gewissen unterworfen sei.

WIESBADEN, 7. Februar (Dena). Ein Mittellingsblatt „Freie Jugend“ wird, wie die amerikanische Militärregierung mitteilt, in Kürze monatlich in 2500 Exemplaren an Jugendleiter in Hessen zur Verteilung gelangen.

der bewährten rung wiederlick gewußt, daß) wird. Ich wer etwas davon a wäßig schimp merksam wert ihnen etwas la mir und wenn vielleicht scho Simpfendorfer, propagandistat mis als Haupt Worte mehr d Zu der Ermächtigung. Diese Erklärung fertigung mein hat gar nicht mächtingungsge hat. Vor aller diese Zustimmung land geschöhe. „Hätten wir stärkste Partei naturgemäß eil und bei jeder i erhebt, so wär die so verdann müssen.“

Wie kam e gierung billigt Simpfendorfer, schmaht und i für die Besetit erkennung verc minister wurde Demokratie be Ich glaubwenn ein-au geordneten ge stehen würde. Männer. Das Versuchung g Wahlperiode in Wählern zu fr wählwerden) des Partestim damit untertre so schr durch i herbeiführt v

Mannheim

Mannheim, hiesiger Funkti im Untersucht die Zustimmung la stend erk mer verantwort Erklärung, die renz von Ve Delegierten d

Das

fru. In unsr schiederten wir 16jährigen Ma Einlieferung in Stockach (Bad



Martha

mann in St Militärarzt in d war und dort S nach Einlieferung mittel gegeben.

Wie unse i kräftig und ges man habe be gestellt, daß A hatie. (Daran so srin.) Dr. Gu „Hilfsarzt“ bei e offenbar mit baren zu können Hilfe rufende Arrestlokal, auf Arznel und ge untergebracht se Überführung i durch Sanitäte

Die Offenbar bei der Arwece Tode der Marh hat und wie es Scop-Lamin gew „Tod infolge ei „Der Neue 7 der Leichenöffn besondere Profe

Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 8. Februar 1947 zum Königsteiner CDU-Treffen zwischen dem 6. und 8. Februar.

Bericht zum gleichen Treffen einen Tag später in: „Die Neue Zeitung“.

zogene
irregie
ng der
Wie er
enbahn-
rspätet
ren Be-
egeben
g nach
entzie-
hemali-
Ober-
mm, in
seitens
rhoben

— Am
Verfas-
en ver-
Rede-
Bewe-
eit der
oll sich
a Senat
lie Ge-
chriften
Gesetz-

n

en soll-
en sein.
i erset-
schäfti-
einge-
admini-
tung —
Weiter-
en, die
en. (Die
ich die
st vor-
e.) Die
ng von
Kunst.

ein Gesetz zu werten, sondern eine For-
mulierung der moralischen Verantwortung des
Arztes dar: Er glaube nicht, jemals einen Hin-
weis gegeben zu haben, sich nicht an

schall Erhard M
nischen Militärt
Hälfte der lauf
Zeugen Paul Kö

Arbeitsgemeinschaft CDU — CSU

FRANKFURT, 9. Februar (DNA, NZ)

Auf einer Tagung in Königstein im Taunus am 5. und 6. Februar bildeten die Vertreter der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union aus ganz Deutschland eine Arbeitsgemeinschaft für alle vier Zonen, durch die eine enge Zusammenarbeit gesichert werden soll. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Dr. Konrad Adenauer, Köln; Dr. Friedrich Holzappel, Herford; Professor Heinrich Hickmann, Dresden; Jakob Kaiser, Berlin; Dr. Erich Köhler, Wiesbaden; Ernst Lemmer, Berlin; Dr. Joseph Müller, München; Ulrich Steiner, Lauchheim (Württemberg). In einer Entschließung zur außenpolitischen Lage erklärten die Tagungsteilnehmer, sie hofften auf die Schaffung einer dauerhaften Weltordnung, die ein freies und friedliches Zusammensein aller Völker gewährleisten werde. Die Arbeitsgemeinschaft betrachtet die Organisation der Vereinten Nationen als die sittliche Norm des künftigen Friedens. Die Union werde alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen. In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk die Pflicht der Wiedergutmachung auf sich nehme. Es brauche aber eine gesicherte Ernährungsgrundlage und eine ausreichende industrielle Betätigungsmöglichkeit, die ihm die Bezahlung der notwendigen Einfuhren ermögliche. Nur so werde das deutsche Volk, das nicht zum ständigen „Kostgänger der Welt“ absinken wolle, von seiner Hände Arbeit leben können. Abschließend heißt es, die CDU bekenne sich zur deutschen Einheit und appelliere an die Weisheit der Siegermächte, durch weitschauende Politik das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes und den Frieden inmitten der neuen Völkergemeinschaft zu sichern.

ine
Gene

FRA
Im Hinblick a
weitverbreitete
patriierung gab
rikanischen Trup
T. McNarney, d
von den Ameril
ziptell kein Ve
len zur Rückke
wird, wenn nic
gen. Dies ist d
mit dem Na
haben, bei Krie
ner bei Person
ten bestimmter
oder in der We
der Sowjetarme
gung in der deu
schaft während
weiteres als Z
betrachtet. Hin
den erklärte G
lung in Palästina
zumal 95 v. H.
zu gehen. Der
die Anzahl der
US-Zone im Si
keine Anzeiche
aus Rumänien
schließlich, daß
durchgeführten
schleppte Pers
sorgt werden k
Paul Edward
Zone Deutschl
DP's dafür aus

in den drei westlichen Stadtsektoren wurde von allen Versorgungswegen - auch Strom und Trinkwasser - in die westlichen Stadtbezirke Berlins abgeschnitten, wegen "technischer Störungen", wie offiziell verlautete. Nur der Luftkorridor für die Flugzeuge der West-Alliierten blieb offen.

Deswegen wurde für die nächsten Monate mittels Flugzeugen die Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung und Kohle versorgt. Sogar Industrieanlagen wurden über die "Luftbrücke" ("Berlin Air Lift"), die sich zur größten Luftransportunternehmung in der Geschichte entwickelte, in die Stadt gebracht.

Insbesondere dem beherzten Eingreifen des amerikanischen Militärgouverneurs General Lucius D. Clay war es zu verdanken, dass bis zum 12. Mai 1949, in 462 Tagen mittels 277.000 Flügen 1,8 Millionen Tonnen Hilfsgüter mit den sogenannten "Rosinenbomben" nach Berlin gebracht wurden. Nur wenige Unfälle und die damit verbundenen Absturzstellen zeugen jenseits der Luftbrücken-Denkmale noch heute von dieser Aktion: Zwei Absturzstellen liegen in der Nähe Königsteins in Waldgebieten.

Die westlichen Alliierten hatten die flehenden und mahnenden Worte von Berlins Oberbürgermeister Ernst Reuter (SPD) sehr wohl vernommen, der am 9. September 1948 vor dem zerstörten Reichstagsgebäude bei einer Kundgebung vor 300.000 Menschen an die "Völker der Welt" appelliert hatte:

"Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass Ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt."

Einheitsstaat oder Bundestaat in einer europäischen Staatenföderation

Nachdem der britische Militärgouverneur Sir Brian Robertson im Sommer 1947 erstmals in der britischen Zone angeregt hatte, politische Konzepte für Deutschland zu erarbeiten, legten der Zonenbeirat und die politischen Parteien ihre Richtlinien und Entwürfe für eine deutsche Verfassung vor.

Es zeichnete sich ab, dass die stets nationale und unitaristische SPD für einen starken Einheitsstaat eintreten würde, der seine Verwaltung den Ländern als sogenannte Auftragsverwaltung übertragen würde; dem gegenüber standen Konzepte - aber keine ausgereiften Verfassungsentwürfe - der CDU/CSU für einen föderalen Bundesstaat, der eine noch festzulegende Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern vorsah. Beide Konzepte enthielten Absichtserklärungen, einer europäischen Staatenföderation beitreten zu wollen.

Erst ein Jahr nachdem der britische General Robertson dem Zonenbeirat in Hamburg vorgeschlagen hatte, sich über eine Verfassung im Nachkriegsdeutschland konkrete Gedanken zu machen, war auch bei den Amerikanern der Entschluss gereift, wenigstens den drei westlichen Besatzungszonen eine einheitliche staatliche und wirtschaftliche Ordnung zu geben.

So warben nun Briten und Amerikaner gemeinsam bei den Franzosen für einen deutschen Weststaat, allerdings zunächst mit mäßigem Erfolg: Noch auf der Londoner Sechsmächtekonferenz im Februar/März und April/Juni 1948 zielte das Bemühen des französischen Außenministers Robert Schuman darauf ab, Deutschland nicht als einen Gesamtstaat und auch nicht als einen westdeutschen Teilstaat wiedererstehen zu lassen. Auf französischer Seite war die Furcht vor einem mächtigen Deutschland als Nachbarn schlicht zu groß, hatte sich Deutschland doch bereits in zwei Weltkriegen, nämlich 1914 und 1940 gegen Frankreich gewendet, und auch die Gründung des deutschen Kaiserreiches ausgerechnet im Schloss Versailles im Januar 1871 war nicht vergessen.

Doch im Verlauf der Londoner Verhandlungen und nach einer hitzigen Debatte in der französischen Nationalversammlung verständigten sich die Außenminister von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden und den USA auf die sogenannten "Londoner Empfehlungen", die den Weg zur Arbeit an einer Verfassung für einen westdeutschen Staat freimachten. Die Militärgouverneure und Generäle der drei westlichen Besatzungszonen, Lucius D. Clay (USA), Pierre Koenig (Frankreich) und Sir Brian Robertson (Großbritannien), wurden beauftragt, für die Umsetzung der Londoner Empfehlungen in den drei westlichen Besatzungszonen Sorge zu tragen und die elf Ministerpräsidenten beziehungsweise Regierenden Bürgermeister in den Ländern beziehungsweise Stadtstaaten der drei westlichen Besatzungszonen mit den Beschlüssen vertraut zu machen.

Aus Angst vor einer brüsken Ablehnung durch deutsche Politiker warben der britische und amerikanische Militärgouverneur in ihren jeweiligen Besatzungszonen in verschiedenen Gremien für die Londoner Empfehlungen. In diesem Zusammenhang hatte auch Konrad Adenauer, der CDU-Vorsitzende in der britischen Besatzungszone, frühzeitig genauere Kenntnisse über den Inhalt der "Londoner Empfehlungen" erhalten und diese schon am 10. Juni 1948 deutlich kommentiert.

Konrad Adenauer - Person des öffentlichen Lebens

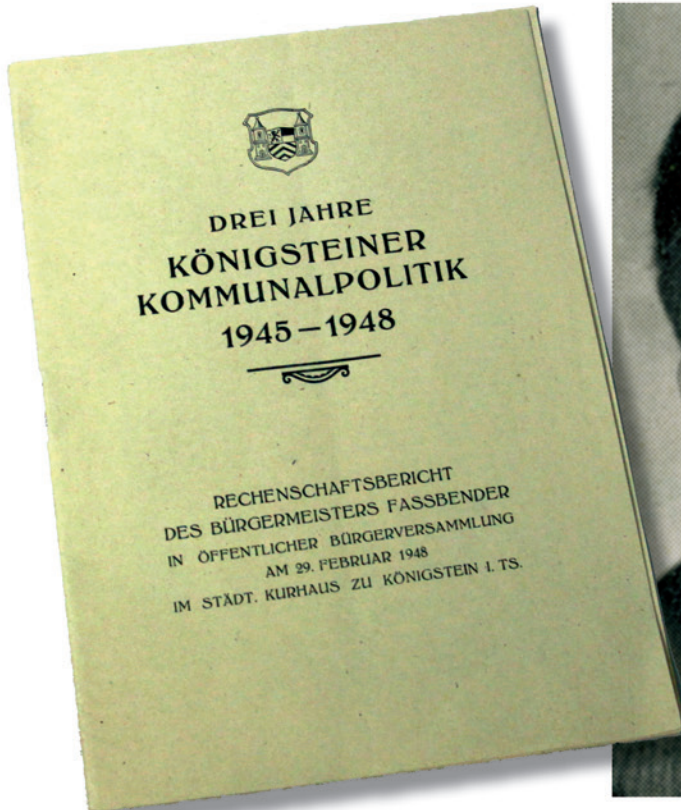
Adenauer, der spätere und erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, war da schon längst kein Unbekannter mehr. Auch wenn "nur" Kölner Oberbürgermeister bis 1933 und nach 1945, war er doch schon in der Weimarer Republik einer der prominentesten Politiker und das wiederholte sich nun ebenfalls im Nachkriegsdeutschland.

Er wusste sich in Szene zu setzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Amerikaner den von den Nazis verfolgten Adenauer zum Oberbürgermeister von Köln berufen. Als die Stadt in Folge der Beschlüsse der Viermächte-Konferenz in Potsdam im Juni 1945 der britischen Besatzungsmacht zugeschlagen worden war, hatte der britische Militärgouverneur für Nordrhein-Westfalen auf Betreiben der SPD Adenauer im Oktober 1945 "wegen Unfähigkeit" aus dem Amt des Oberbürgermeisters entlassen. Im Nordrhein-Westfälischen Landtag hatte es Adenauer nur noch zum Fraktionsvorsitzenden geschafft; Regierungschef war Karl Arnold, ebenfalls von der CDU. Doch in der CDU von Nordrhein-Westfalen und in der Britischen Besatzungszone wurde er zum Vorsitzenden, wodurch er überregional zu einer der bedeutendsten Personen des politischen öffentlichen Lebens wurde.

Adenauers Kommentar zu den Londoner Empfehlungen am 10. Juni 1948

Am 10. Juni 1948 veröffentlichte Konrad Adenauer, unter der Überschrift "Die Empfehlungen von London" einen Zeitungsartikel in der von den Alliierten kontrollierten Tageszeitung "Die Welt".

Der Zeitungsartikel von Adenauer ist deswegen schon sehr ungewöhnlich, weil Adenauer in einem außergewöhnlich scharfen Ton die Londoner Beschlüsse kritisierte. Zunächst stellte er fest, dass die Londoner Beschlüsse Frankreichs Sicherheitsbedürfnis offenbar "nicht genügend entgegenkämen". Tatsächlich hatte sich ja wenige Tage später die Französische Nationalversammlung öffentlich mit den Londoner Beschlüssen befasst und nur mit einem sehr knappen Ergebnis die Ergebnisse von London ratifiziert. Schon im zweiten Absatz stellt Adenauer dann die entscheidende Frage: "Ist alles veröffentlicht, was vereinbart worden ist?" Adenauer hatte "offiziö-



Den Bürgermeister von Königstein Hubert Fassbender (oben) und Konrad Adenauer verband nicht nur über die Tatsache, dass Adenauer in den Nachkriegsjahren bei Fassbender privat übernachtete, eine freundschaftliche Beziehung: Gerade im Jahr 1948 hatte sich Fassbender auch Hoffnungen auf eine Aufwertung Königsteins im Zuge der geplanten neuen Bundeshauptstadt Frankfurt gemacht und dies in seinem Rechenschaftsbericht vom Februar 1948 zum Ausdruck gebracht (links).



sen Erklärungen” den Hinweis entnehmen können, dass das wohl nicht der Fall gewesen war. - Das überrascht aus heutiger Sicht nicht, weil die Aktenlage auch ausweislich der amerikanischen Aktenedition “Foreign relations of United States” Jahre später noch sehr schwierig war, die Londoner Sechsmächtekonferenz zuverlässig zu dokumentieren.

Im Wesentlichen konstatierte Adenauer ohne Umschweife: Was in London “jetzt herausgekommen ist, übersteigt doch die schlimmsten Befürchtungen.”

Entschieden wandte er sich gegen die Idee einer “Internationalen Ruhrbehörde”, ein Thema, das Adenauers Politik später als Präsident des Parlamentarischen Rates und auch noch als Bundeskanzler der frühen Bundesrepublik Deutschland umtreiben sollte. Diese Ruhrbehörde berührte aber eben genau die von Adenauer im Eingang seines Zeitungsartikels erwähnten Sicherheitsinteressen Frankreichs, weil nämlich geplant war, “ein Inspektionssystem zu schaffen, um die Durchführung der beschlossenen Bestimmungen über die Abrüstung und Demilitarisierung zu gewährleisten”.

Deutschland sollte gehindert werden, seine “Industriekapazität nochmals zu Angriffszwecken zu benutzen”, und ferner sollte den deutschen Nachbarländern garantiert werden, “zum allgemeinen wirtschaftlichen Nutzen” zusammenzuarbeiten. So fragte Adenauer:

“Hat die Verteilung der deutschen Produktion noch etwas mit Sicherheit zu tun? Deutschland selbst soll niemals wieder maßgebend sein für die Nutzbarmachung der Schätze seines Bodens und der Arbeitskraft der Deutschen. Kann man sich etwas Rückschrittlicheres als ein derartiges System der Ausbeutung eines Landes vorstellen?”

Und weiter ergänzt er mit drastischen Worten:

“Wie sich die Zwangsarbeit, die tatsächlich über das Ruhrgebiet und damit über ganz Deutschland verhängt werden soll, mit den Zielen des Marshall-Plans verträglich ist, ist nicht ersichtlich. Es ist ein Jammer, daß die Gedanken, die das amerikanische Volk dazu gebracht haben, diesen großzügigen Hilfsplan für die Rettung Europas aufzustellen, durch solche Empfehlungen torpediert werden sollen. Ich glaube, daß gerade die politisch maßgebenden Kreise der Vereinigten Staaten dieses Dokument sehr gründlich studieren und seine Einwirkungen auf die Durchführung des Marshall-Plans untersuchen sollten. Sie würden bestimmt zu dem Ergebnis kommen, daß beides sich nicht miteinander verträglich ist.”

Auch zu den Verfassungsplänen äußerte er sich in seinem teils inkriminierenden Zeitungsartikel: “Daß die zukünftige Verfassung ausdrücklich durch die Militärregierungen genehmigt werden muß, eröffnet keine Aussicht auf Beratung und Verabschiedung einer Verfassung, die von einer wirklich inneren Zustimmung des deutschen Volkes getragen wäre.”

Die Londoner Beschlüsse müssten für alle Deutschen als eine weiterhin andauernde “Einengung der Freiheit” empfunden werden. Langfristig sah Adenauer durchaus den “Zeitpunkt herankommen, an dem den Deutschen nichts anderes übrigbleibt, als durch Verweigerung der Mitarbeit wenigstens ihre Ehre vor der Nachwelt zu retten.”

Welch ein Pessimismus spricht aus diesen Zeilen! Und was für eine patriotische Haltung scheint hier durch? Doch bei genauerem Hinsehen war es keine rigorose Ablehnung und selbstverständlich auch keine uneingeschränkte Zustimmung zu den Londoner Empfehlungen. Adenauer baute vielmehr ein Szenario auf, das er sich für Deutschland nicht wünschte, und das die Alliierten offenbar so auch gar nicht vorgesehen oder geplant hatten. Errichtete er hier gar Potemkinsche Dörfer?

Mit dem Text hatte Adenauer jedenfalls den Zweck verbunden, sich selbst in den Vordergrund



Spätestens ab Sommer 1948 „jagten“ sich die Sitzungen der westdeutschen Ministerpräsidenten, der Gremien des Wirtschaftsrates, der Militärgouverneure und Parteivorsitzenden: Fast alle wurden aufmerksam von der Presse verfolgt, viele waren öffentlich. - Szenen des Sitzungstages 1948: Frankfurt, Koblenz-Rittersturz, Parlamentarischer Rat Bonn.

zu spielen. Warum aber wollte er sich so sehr exkulpieren? Wen wollte er beeindrucken? Die Deutschen? Die Alliierten?

Fest steht, Adenauer kannte im Wesentlichen die Londoner Beschlüsse, die immerhin noch durch die teilnehmenden Staaten ratifiziert werden mussten. Am 14. Juni 1948 hatten die Regierungen von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden ihre Zustimmung erteilt. Sie waren Profiteure der Londoner Beschlüsse, aber an der zukünftigen deutschen Staatsgründung zunächst unbeteiligt; erst mit der Errichtung der Internationalen Ruhrbehörde kämen die Benelux-Staaten mit ins Spiel um den neuen Staat.

Die Landesvorsitzendenkonferenz der CDU in Königstein am 10. Juni 1948

Alles deutet darauf hin, dass Adenauer diesen scharfen Ton in seinem Zeitungsartikel angeschlagen hatte, um sich innerhalb der eigenen Partei zu positionieren. Deren Landesvorsitzende trafen sich an eben jenem 10. Juni 1948 in Königstein, an dem morgens sein Zeitungsartikel in der "Welt" erschienen war. An diesem Tag wählten die versammelten CDU-Landesvorsitzenden ab 10 Uhr - ohne Aussprache, wie Teilnehmer später bestätigten - Adenauer zum "Vorsitzenden der west- und süddeutschen Landesverbände der CDU". Nur der Vorsitzende der bayerischen CSU war nicht zur Tagung gekommen. Ob er freilich die Entscheidung beeinflusst hätte? Adenauer war immerhin als Chef der Nordrhein-Westfälischen CDU und damit zugleich Vorsitzender des mitgliederstärksten Landesverbandes, eine Position, die bis heute in der Bundespolitik der Partei ausschlaggebend sein konnte und auch war.

Von der CDU-Landesvorsitzendenkonferenz in Königstein vom 10. Juni 1948 ist nur ein Kommuniqué erhalten, das die Überschrift trägt "Die CDU und London".

Erkennbar hatte sich bei dieser Erklärung die Handschrift Adenauers durchgesetzt. Ein amerikanischer Besatzungsoffizier konstatierte sogar, dass ohne eine große Aussprache Adenauers Position übernommen worden wäre. Adenauers große Skepsis gegenüber den Plänen für eine Internationale Ruhrbehörde wurde von den CDU-Vorsitzenden uneingeschränkt geteilt. Der Londoner Plan wurde als eine Fortsetzung der Annexion gesehen, die nachhaltig die gesamte Wirtschafts- und Preispolitik in den westdeutschen Ländern beeinflussen würde. So lautete der letzte Satz des Kommuniqués:

"Nach alledem können wir in den Londoner Empfehlungen, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle des Ruhgebiets, keine geeignete Grundlage für die Gründung der zerrütteten deutschen und europäischen Verhältnisse in Wirtschaft und Politik erblicken."

Die ablehnende Stellungnahme der CDU zur Londoner Konferenz und ihren Ergebnissen fand vor allem Zustimmung bei der Ost-CDU, die zu diesem Zeitpunkt längst gleichgeschaltet war und auch schon als ein "verlängerter Arm" Moskaus galt. Der Schulterschluss mit der West-CDU hatte reine Propagandazwecke und gehörte zu den Störmanövern aus Ost-Berlin, um die westdeutsche Staatsbildung zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Es war zweifelsohne ein falsches Signal. Weshalb Adenauer im Einvernehmen mit allen CDU-Landesvorsitzenden darauf Wert legte, dass die CDU in dieser Frage unbedingt mit der SPD zusammen kommen sollte, um den Widerstand gegen die Londoner Beschlüsse zu koordinieren.

Was den meisten Zeitgenossen am 10. Juni 1948 nicht klar war, heute aber natürlich auch zu bedenken ist: Die deutschen Vorbehalte wurden 10 Tage vor der Währungsreform in Westdeutschland formuliert!

Adenauers Wahl zum Vorsitzenden der Landesparteivorsitzenden machte ihn zu einem "starken

Konrad Adenauer erinnert sich

Unmittelbar nachdem die "Londoner Empfehlungen" der Öffentlichkeit übergeben worden waren, traten unter meinem Vorsitz die Vorsitzenden der west- und süddeutschen Landesverbände der CDU in Bad Königstein zu einer Besprechung zusammen, um zu diesen für uns sehr schwerwiegenden Beschlüssen Stellung zu nehmen. Wir gaben am 10. Juni 1948 eine Erklärung ab, die die "Londoner Empfehlungen" zum Teil scharf ablehnte.

Der Vorstand der CDU der britischen Zone hatte bereits vor der Tagung in Königstein eine Entschliebung gefaßt, in der er feststellte, daß die "Londoner Empfehlungen" keine ausreichende Grundlage böten, um der Sache des Friedens und der Freiheit zu dienen. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn auf einer neuen Konferenz, und zwar unter Anhörung auch deutscher Vertreter, neue Grundlagen für den staatlichen Aufbau Deutschlands gefunden würden. Wir ersuchten um Verständnis für unser Verlangen, daß drei Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes bei Verhandlungen über das künftige Schicksal unseres Volkes, das inmitten Europas liege, deutsche Vertreter in verantwortlicher Weise hinzugezogen würden. Wir seien gewillt, unseren Nachbarn und namentlich Frankreich alle Garantien der Sicherheit zu geben, aber nach unserer Auffassung wäre es gut, wenn dies unter unserer Teilnahme an Besprechungen und nicht durch Diktate geschehe. Am Schluß unserer Erklärung sagten wir: "Wir fühlen uns in keiner Weise als Nutznießer einer Zwietracht unter den Großmächten. Wir sind an deren Verständigung nicht minder interessiert als sie selbst. Daher würden wir auch für einen erneuten Versuch der Heranziehung Rußlands zu einer neuen Konferenz dankbar sein."

Die "Londoner Empfehlungen" schienen mir derart schwerwiegende Folgen für das deutsche Volk zu bringen, daß ich glaubte, den Versuch machen zu müssen, eine übereinstimmende Willenserklärung aller deutschen Parteien der drei Westzonen, die KPD ausgenommen, zu diesen Empfehlungen herbeizuführen. Ich wandte mich zunächst in einem Telegramm an Dr. Schumacher als den Vorsitzenden der SPD, um dann, falls auf Seiten der SPD eine prinzipielle Zustimmung zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu erreichen sei, an die anderen Parteien mit der gleichen Bitte heranzutreten. In diesem Telegramm vom 10. Juni 1948 legte ich dar, daß ich die Folgen der "Londoner Empfehlungen" für das deutsche Volk als außerordentlich gefährlich ansähe und glaubte, man müsse alles versuchen, um zu einer gemeinsamen Stellungnahme der deutschen Parteien zu kommen. Ich gab den Teilnehmern der Sitzung der Vorsitzenden der west- und süddeutschen Landesparteien der CDU am 10. Juni 1948 in Königstein im Taunus von der Absendung des Telegramms Kenntnis.

Die Anwesenden erklärten sich einstimmig damit einverstanden. Sie baten mich, alles zu tun, was möglich sei, um zu einer Aussprache mit der SPD in dieser Frage zu kommen. Wir beschlossen, daß, falls die von mir erstrebte Besprechung zustande käme, die Herren Dr. Süsterhenn aus Koblenz und Dr. Schröter aus Kiel mich begleiten sollten.

Aus: Konrad Adenauer. Erinnerungen 1945 ñ 1953. Stuttgart 1965.

Die Empfehlungen von London

Von Konrad Adenauer, Vorsitzendem der CDU in der Britischen Zone

Die Empfehlungen der Londoner Konferenz an die Regierungen sind der Öffentlichkeit übergeben worden. Wir Deutsche müssen sie von unserem Standpunkt aus betrachten. Wir dürfen uns dadurch nicht täuschen lassen, daß in Frankreich Unzufriedenheit hinsichtlich dieser Empfehlungen besteht, weil sie dem Verlangen Frankreichs nach Sicherheit nicht genügend entgegenkämen. Die Empfehlungen sind ein Dokument, das man mehrmals lesen muß. Auch dann bleibt manches unverständlich.

Vor allem eine Frage: Ist alles veröffentlicht, was vereinbart worden ist? Verschiedenen offiziellen Erklärungen könnte man schließen, daß das nicht der Fall ist. Hoffentlich wird man den Ministern anderer Länder eine klare und unzweideutige Antwort auf diese Frage geben.

Man darf die Schwierigkeiten bei den Beratungen infolge der verschiedenen Auffassungen der Teilnehmer keineswegs unterschätzen. Es ist auch klar, daß jeder Kompromiß Mängel aufweist. Jeder Deutsche wird sich darüber klar sein, daß hier eine Einigung schwierig war. Aber was jetzt herausgekommen ist, übersteigt doch die schlimmsten Befürchtungen.

Es ist geplant, für immer, auch für die Zeit nach Abzug der Besatzung, die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes ständig zu kontrollieren und zu verteilen. Es ist geplant, ein Inspektionssystem zu schaffen, um die Durchführung der beschlossenen Bestimmungen über die Abrüstung und Demilitarisierung zu gewährleisten. Es ist weiter beabsichtigt, „Schlüsselgebiete“ dauernd zu besetzen.

Das alles wird begründet aus zwei Gesichtspunkten: einmal um Deutschland daran zu hindern, seine Industriekapazität nochmals zu Angriffszwecken zu benutzen, und ferner um sicherzustellen, daß die Verfügung über die Kohle-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes „künftig und ohne Unterschied den Ländern garantiert sein soll, die zum allgemeinen wirtschaftlichen Nutzen zusammenarbeiten“.

Hat die Verteilung der deutschen Produktion noch etwas mit Sicherheit zu tun? Deutschland selbst soll niemals wieder maßgebend sein für die Nutzbarmachung der Schätze seines Bodens und der Arbeitskraft der Deutschen. Kann man sich etwas Rückschrittlicheres als ein derartiges System der Ausbeutung eines Landes vorstellen? Es findet sich zwar an einer Stelle der Satz, daß die lebenswichtigen Interessen Deutschlands berücksichtigt werden sollten; aber über das, was lebenswichtig, lebensnotwendig ist und was nicht lebensnotwendig ist, hat man eine andere Ansicht, je nachdem, auf welcher Seite man steht. Die Alliierten halten z. B. 1500 bis 1600 Kalorien für allefalls 1800 Kalorien für Deutsche für lebensnotwendig. Für ihre eigenen Lebensbedürfnisse fordern sie dagegen 2800 bis 3000 Kalorien; wir Deutsche haben zu bitteren Erfahrungen gemacht in den vergangenen drei Jahren, um solchen dehnbaren Zusicherungen, bei denen Interessen und Konkurrenten über das Essen zu entscheiden, was für Deutschland lebensnotwendig ist, besonderes Augenmerk zuwenden. Sicher

als gleichberechtigtes Mitglied einer politischen oder wirtschaftlichen Föderation, in der auch die anderen Teilnehmer in gleicher Weise verzichten würden. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß jemals Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnen wird, in dem es einseitig auf wesentliche Souveränitätsrechte verzichtet.

Die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel gehört zu den lebensnotwendigen Souveränitätsrechten eines jeden Volkes. Die Londoner Empfehlungen wollen sie uns für dauernd nehmen. Ich glaube niemals, daß diese Methoden Deutschland dazu bringen werden, einen solchen Zustand als im Einklang befindlich mit einer europäischen Föderation anzusehen. Man scheint wirklich nicht zu verstehen, daß Westeuropa nur gerettet werden kann durch die von innerer Zustimmung getragene und gern geübte Mitarbeit der Deutschen. Wir Deutsche können von den Alliierten irgendwelche Wohltaten nicht beanspruchen. Ich weiß, daß namentlich bei den westlichen Nachbarstaaten Deutschlands noch immer Furcht vor den Deutschen besteht, daß das Verlangen nach Sicherheit dieser Furcht entspricht. Wenn etwas aber sicher ist, so ist es das: Sicherheit wird niemals gewährleistet durch Zwang. Die Sicherheit Europas beruht auf einer wirtschaftlichen und geistigen Verflechtung der Deutschen, die ihnen das Gefühl gibt, gleichberechtigt mit den anderen Völkern für die Wohlfahrt Europas zu arbeiten.

Wie sich die Zwangsarbeit, die tatsächlich über das Ruhrgebiet und damit über ganz Deutschland verhängt werden soll, mit den Zielen des Marshall-Plans verträglich ist, ist nicht ersichtlich. Es ist ein Jammer, daß die Gedanken, die das amerikanische Volk dazu gebracht haben, diesen großzügigen Hilfsplan für die Rettung Europas aufzustellen, durch solche Empfehlungen torpediert werden sollen. Ich glaube, daß gerade die politisch maßgebenden Kreise der Vereinigten Staaten dieses Dokument sehr gründlich studieren und seine Einwirkungen auf die Durchführung des Marshall-Plans untersuchen sollten. Sie würden bestimmt zu dem Ergebnis kommen, daß beides sich nicht miteinander verträglich ist.

Die Bestimmungen über die politische Konstruktion Westdeutschlands sind ohne weiteren Kommentar nicht klar. Daß die zukünftige Verfassung ausdrücklich durch die Militärregierungen genehmigt werden muß, eröffnet keine Aussicht auf Beratung und Verabschiedung einer Verfassung, die von einer wirklich inneren Zustimmung des deutschen Volkes getragen wäre. Ganz unmöglich erscheint auch, daß Änderungen der Ländergrenzen vorgenommen werden sollen, ohne daß die Bevölkerung der Grenzgebiete in freier Abstimmung darüber entscheiden könnte.

Allmählich haben sich die Dinge so entwickelt, daß für alle Deutschen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, die ernste Frage entsteht, ob sie es vor ihrem Gewissen und vor ihrem Volk verantworten können, weiter mitzuarbeiten, wenn immer stärker sich auswirken, den dauernden Einengung der Freiheit. Wenn nicht entschlossen mit dem bisherigen System gebrochen wird, sehen wir nicht den Zeitpunkt herankommen, an dem den Deutschen nichts übrigbleibt, als durch Verweigerung

gen Verführten haben dieses Sympathie sicherheit mit einer leicht aus dem zweiten Exil ekehrten Präsidenten zu dem (uß veranlaßt, es sei nun besser, statt einer Interessengemeinschaft Staaten der nächsten schütz- Grobmächte anzuvertrauen. die die Tschechoslowakei homo- „fremden Fermenten“ gem- zur westslawischen Me- Henleins aber trat Kostüm- im panslawi- als sein- nichteter Vor- Benesch- wenn nicht- iten, so doch rech- eines- en zu erklären- eines- den Eindruck gewinnen- mehr möglich ist, unser- Wege der Demokratie weiter- , dann werde ich mein Amt- n.“

Rücktritt Benesch's war zu erwar- vollzog sich — allzuoft angekün- schon im Ausklingen des Kamp- kleiner Nation um ihre Freiheit- ner Isolation, die persönliche Tra- im tiefen Schatten großer Ereig- verdämmern läßt.

ECHO AUF LONDON

„Times“ vom 8. Juni:
Es genügt, wenn man die hervorra- den Punkte des Abkommens, das- r als einen verwickelten und klug- achten Kompromiß zwischen den- glo-Amerikanern einerseits und den- inossen andererseits — enthält, einer- ifung unterzieht, um zu begreifen, daß- ne erfolgreiche Anwendung noch- el Nachdenken und viel guten Willen- worden wird.

„New York Times“ vom 8. Juni:
Die Londoner Empfehlungen über- utschland sind ein weiterer Meilen- ein in der Entwicklung der alliierten- olitik zur Verwirklichung der Grund- itze der Atlantik-Charta.

Aber die westlichen Alliierten haben- leichtlich eine große Chance verpaßt,- as ganze deutsche Volk für ihre Sache- u gewinnen, indem sie es unterließen,- u betonen, daß die neue deutsche Re- gierung eine echte deutsche Regierung- ür das ganze Land sein solle, selbst- wenn sie vorläufig in ihrem Hoheitsbe- reich beschränkt ist, und daß bis zur- endgültigen Bestimmung der deutschen- Grenzen auf einer Friedenskonferenz- diese Grenzen die von Polen und der- Sowjetunion „annektierten“ deutschen Ost- gebiete einschließen.

FRANKREICH
„Epoque“ vom 9. Juni:
Frankreich ist auch heute noch für- das europäische Gleichgewicht notwen- dig. Eine Politik, an der Frankreich nicht- teilnehmen oder der es sich widersetzen- würde, muß zur Ergebnislosigkeit ver- dammt sein.

„Le Monde“ vom 9. Juni:
Notwendig für die Wirtschaft Frank- reichs und Europas ist eine strenge- Kontrolle über die Ausfuhr von Stahl- und Eisenerzeugnissen aus dem Ruhrge- biet. Im Hinblick auf die französische- Sicherheit ist der wichtigste Punkt jedoch- die Aufrechterhaltung einer dauernden- Kontrolle über den deutschen Inlands- verbrauch an diesen Produkten.

CHUR MEM

DIE BRITISCH-SOWJ

20. Fortsetzung

Briefwechsel mit ihm über st- Fragen waren stets vollkommen r- und endeten, wenn sie zweit ge- wurden, in Lügen und Beleidig- von denen das vorliegende Werk- Beispiele enthalten wird. Nur ein- lang es mir, wie mir schien, ihn z- natürlichen menschlichen Reak- bewegen. Das war im Frühjahr 1- er auf dem Rückflug aus den Ver- Staaten in England zwischenlan-

Wir hatten den anglo-sowj- Vertrag unterzeichnet, und er s- Begriff, den gefährvollen Heim- zutreten. Am Gartener von I- Street, durch das wir aus Grün- Geheimhaltung aus- und eingi- griff ich seinen Arm und wir- einander ins Antlitz. Plötzlich s- tief bewegt. Aus der Maske- bildes trat plötzlich der echte- hervor. Er erwiderte mit dem- Händedruck. Schweigend schüt- einander die Hände. Aber dam- den wir alle zusammen in ein- und es war eine Frage von Le- Tod für uns alle.

Verheerung und Zerstörung h- sein ganzes Leben lang ungel- weder brauten sie sich über- eigenen Haupt zusammen oder- selbst fügte sie anderen zu. I- bin ich am Ende meines Lebens- die fürchterlichen Belastung- zu ertragen hatte, die er ausgeh- besser, niemals geboren zu we- dem Felde der Außenpolitik- Sully, Talleyrand und Metterni- ihrer Gesellschaft willkommen- wenn es ein Jenseits gibt, di- treten einem Bolschewiken e-

Vom Augenblick seiner e- zum Außenminister an verfolgte- eine Politik der Verständig- Deutschland auf Kosten Polen- erte nicht sehr lange, bis die- dies gewahr wurden. Im fra- Geißbuch (über den Ausbruch- ges) findet sich unter dem I- 7. Mai ein bemerkenswertes- des französischen Botschafter- an seine Regierung, in dem- auf Grund geheimer Informati- sicher, daß eine vierte Teil- zur Grundlage einer deutsch- Annäherung ausersiehen sel.

Entstellungen der Ta

Am 8. Mai antwortete d- Regierung endlich auf die- Note vom 16. April. Währe- des britischen Dokuments r- fenlichtet wurde, gab die Ag- eine Erklärung aus, die die- Punkte der britischen Vork- hielt. Das offizielle sowj- „Iswestija“ veröffentlichte z- Tag ein Communiqué des I- die Reutersche Darstellung d- Gegenvorschläge — wonach- union separat jeden einzeln- staat garantieren müsse und- nien sich verpflichte, der So- Hilfe zu kommen, wenn let- ihrer Garantien in einen- ickelt werden sollte“ — r- sachen entsprechende.

Die Sowjetregierung, so

Zu Beginn der CDU-Sitzung am 10. Juni 1948 in Königstein lag den Teilnehmern bereits ein Zeitungsartikel von Konrad Adenauer passend zur Tagesordnung auf dem Tisch.

Mann". Seine Wahl war unstrittig. Doch tatsächlich hatten innerparteiliche Gegner Adenauers den Zusammenschluss der Landesparteivorsitzenden auch deshalb gewünscht, um damit den in der CDU zu mächtig gewordenen CDU-Landesvorsitzenden Adenauer auszubooten. Dieses Manöver war offensichtlich nicht geglückt.

Dass Adenauer sich mit der "Königsteiner Erklärung" vom 10. Juni 1948 durchsetzen konnte, erzürnte insbesondere die CDU-Ministerpräsidenten. So war die "Königsteiner Erklärung" ausschlaggebend für die einstimmige Wahl Adenauers zum Vorsitzenden der CDU-Landesparteien. Ausweislich der Protokolle des 1946 gegründeten Arbeitskreises der CDU und der Landesvorsitzenden hatte Adenauer die Königsteiner Sitzungen eher moderiert als dominiert. Fast ein Jahr lang hat er in dieser Haltung das Geschehen in Königstein begleitet und beobachtet, wohin die anderen Landesverbände sich entwickelten. Nun, wo sich die Alliierten dazu durchgerungen hatten, wenigstens einen westdeutschen Teilstaat zu errichten, kam Adenauer aus der Deckung und war darauf bedacht, sich als Parteivorsitzenden einer gesamt-westdeutschen CDU zu empfehlen. In einem derartigen scharfen Ton wie am 10. Juni 1948 hat sich Adenauer übrigens nie wieder öffentlich gegen die alliierten Siegermächte positioniert. Auch seine Haltung zur Internationalen Ruhrbehörde ist später nicht nur moderater, vielmehr stimmt Adenauer dann - auch in Ermangelung politisch umsetzbarer Alternativen - der Ruhrbehörde und dem Mitwirken deutscher Vertreter ausdrücklich zu. Schon im Januar 1949 hatte Adenauer im Parlamentarischen Rat - und mit ihm übrigens auch die SPD - sich durchaus positiv zur Ruhrbehörde geäußert.

Die drei „Frankfurter Dokumente“

7.7.48
Frankfurt
Dokument I.

Frankfurt 7.7.48

4

DOKUMENT NO I

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militär-Gouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Minister-Präsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach den Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750 000 oder eine ähnliche von den Minister-Präsidenten vorgeschlagene und von den Militär-Gouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.

Die Verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schliesslich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft, und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militär-Gouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassungsgebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

Frankfurt 7.7.48
5

die Grenzen der
immen, welche
Solche Änderungen
tragen und möglichst
Vergleich mit den

är-Gouverneuren
Annahme durch die
tens zur Zeit der
ien Versammlung

g ihre Arbeiten
e notwendigen
en Länder unter-
sodass diese
en Grenzen nicht
Wahlverfahren und
assung festzusetzen.

Regierungsform "föderalistischen Typs"

Am 1. Juli 1948 nahmen die Ministerpräsidenten sowie die Bürgermeister der Stadtstaaten Bremen und Hamburg aus allen drei westlichen Besatzungszonen - der Oberbürgermeister der Stadt Berlin war nicht anwesend - im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte im Frankfurter IG-Farben-Haus die deutschlandpolitischen Entscheidungen der Londoner Sechsmächtekonferenz entgegen.

In den später sogenannten "Frankfurter Dokumenten" wurden die Ministerpräsidenten "ermächtigt", eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte, um für Deutschland eine Verfassung zu erarbeiten. Regierungsform: "Föderalistischer Typ".

Diese Verfassung sollte den beteiligten Ländern genügend Rechte für ein eigenstaatliches Leben überlassen und die "Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten" enthalten. Der Verfassungsentwurf sollte von den Militärgouverneuren genehmigt und zur Ratifizierung mittels eines Referendums den Ministerpräsidenten übergeben werden.

Ferner kündigten die Militärgouverneure in einem zweiten Dokument eine Einbeziehung der Ministerpräsidenten bei der Neugestaltung gewisser Ländergrenzen an.

In einem dritten Dokument schließlich erklärten die Alliierten, zeitnah ein Besatzungsstatut vorzulegen, in dem die Beziehungen zwischen der zukünftigen westdeutschen Regierung und den Militärbehörden geregelt werden würden. Im Besatzungsstatut sollte ein "Mindestmaß der notwendigen Kontrollen" über die Innen- und Außenpolitik des künftigen West-Deutschlands festgelegt werden.

Ein zunächst noch geheim gebliebenes Dokument, das als "Anhang H" der Londoner Beschlüsse bezeichnet worden war, enthielt ganz konkrete Punkte, wie die zukünftige deutsche Verfassung aussehen sollte. Demnach sollte ein Zweikammersystem geschaffen werden, ferner war eine Exekutive mit genau vorgeschriebenen Befugnissen und entsprechend beschränkten Befugnissen der Bundesregierung vorgesehen. Diese Punkte wurden den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates erst Monate später mit einem Memorandum am 22. November 1948 bekannt gegeben.

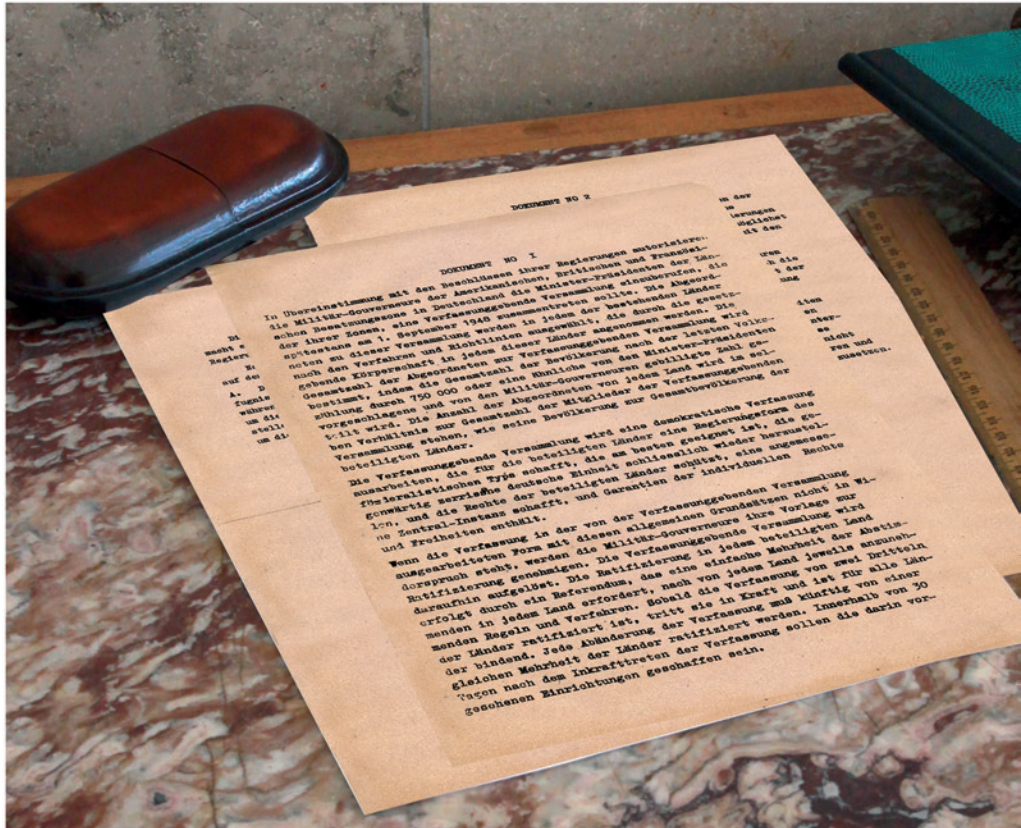
Ohne sich selbst über dieses Ausmaß wirklich im Klaren zu sein, sollte Adenauer also offenbar recht behalten, als er in seinem kritischen Zeitungsartikel vom 10. Juni 1948 fragte: "Ist alles veröffentlicht, was vereinbart worden ist?"

Die Begegnung in Frankfurt zwischen den Ministerpräsidenten und denn alliierten Gouverneuren am 1. Juli 1948 erhielt noch eine besondere Bedeutung. Die Ministerpräsidenten selbst waren es, die erkannten, dass sie nun erstmals über alle drei Besatzungszonen hinweg zusammengekommen waren, und gemeinsam als oberste Repräsentanten Deutschlands bzw. der deutschen Länder auch von den Alliierten anerkannt waren. Gemeinsam würden sie verantwortlich sein für die Gründung eines - wie auch immer gearteten - westdeutschen demokratischen Staates.

Damit war Adenauer ausgebootet. Nun waren es die Ministerpräsidenten, die in der Gesamtheit als Ministerpräsidentenkonferenz die Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands an sich zogen. Doch als diese sich vom 8. bis 10. Juli 1948 im Hotel auf dem "Rittersturz" bei Koblenz trafen, hatte Adenauer am Vorabend die Ministerpräsidenten der CDU/CSU, parkitischerweise natürlich auch in Koblenz, zusammengerufen, um mit ihnen zu beraten. Er selbst war kein Ministerpräsident, sah sich aber verantwortlich, um innerhalb der CDU eine gemeinsame Linie zum weiteren Vorgehen zu beraten.

Fiktive Collage: die „Frankfurter Dokumente“ auf einem Originalmöbel des IG-Farben-Hauses Frankfurt, dem Sitz der amerikanischen Militärregierung.

Die drei alliierten Militärgouverneure Westdeutschlands: General Lucius D. Clay (Vereinigte Staaten von Amerika), General Brian Robertson (Großbritannien) und General Pierre Koenig (Frankreich), von links nach rechts.





1948 waren die Aufräumungsarbeiten in Frankfurt noch in vollem Gange, fehlte es an Übernachtungs- und Tagungsmöglichkeiten. Auch deshalb war Königstein damals eine beliebte und nahe gelegene Ausweich-Adresse.



Die Blockade Berlins durch die sowjetische Besatzungsmacht dominierte im Sommer 1948 die öffentliche Diskussion und bestimmte auch die Inhalte vieler politischer Sitzungen. - Auch Königstein war im Juli 1948 davon direkt betroffen: Ein Versorgungsflugzeug für Berlin der US-amerikanischen Aktion „Berlin Air-Lift“ war am 8. Juli 1948 nahe Königstein abgestürzt. Bild vom Unfallort bei Königstein.

Die SPD traf sich zu einer vergleichbaren Begegnung im "Jagdhof Niederwald" beim Niederwalddenkmal in Rüdesheim.

Die "Koblenzer Beschlüsse" der westdeutschen Ministerpräsidenten

Die Ministerpräsidenten kündigten in ihren "Koblenzer Beschlüssen" vom 10. Juli 1948 an, verhindern zu wollen, "dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates" zu verleihen. Solange Deutschland geteilt war, waren die Ministerpräsidenten nicht bereit, an einer "Verfassung" mitzuwirken, geschweige denn eine Verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen. Stattdessen schlugen sie vor, durch einen parlamentsähnlichen Rat ein provisorisches Grundgesetz ausarbeiten zu lassen. Erst wenn eine Vereinigung der Länder der drei westlichen Besatzungszonen mit den Ländern der sowjetischen Besatzungszone in freier Selbstbestimmung möglich wäre, beabsichtigten sie, durch eine zu konstituierende Nationalversammlung eine Verfassung ausarbeiten zu lassen.

In ihrer offiziellen Stellungnahme zu den "Koblenzer Beschlüssen" erläuterte für die drei Militärgouverneure der britische General Robertson am 20. Juli 1948, dass es sich bei den "Frankfurter Dokumenten" um "Anweisungen" handelte, von denen eigentlich nicht abgewichen werden könnte. Offensichtlich hatte der Begriff "Londoner Empfehlungen" falsche Hoffnungen gemacht, die noch zusätzlich von General Pierre Koenig geschürt worden waren.

Doch Clay machte die Ministerpräsidenten mit den außenpolitischen Folgen vertraut, die ein Scheitern alliierter Verfassungspläne für Westdeutschland mit sich brächten. Er unterstrich ausdrücklich, dass für die derzeitige Teilung Deutschlands die Alliierten die Verantwortung übernehmen. So lehnten die Alliierten die Ausarbeitung eines Grundgesetzes statt einer Verfassung ab. Auch die Ratifizierung durch ein Referendum, also eine Volksabstimmung, die bei den Ministerpräsidenten auf Ablehnung stieß, hielten die Alliierten für unverzichtbar.

Daraufhin lenkten die Ministerpräsidenten nur formal ein, hielten aber im Wesentlichen an den "Koblenzer Beschlüssen" fest, um nun ihrerseits zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland beizutragen. Letztlich hielten sie aber alle zentralen Forderungen aufrecht und setzten sie auch durch. So wurde seitens der Alliierten auf die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung verzichtet und stattdessen "nur" ein "Parlamentarischer Rat" zur Abfassung eines "Grundgesetzes (vorläufige Verfassung)" einberufen. Alles wurde vermieden, den Eindruck zu erwecken, es sollte eine Zweiteilung Deutschlands herbeigeführt werden, und die in den westlichen Besatzungszonen verantwortlichen Ministerpräsidenten würden sich daran gar aktiv beteiligen.

Die CDU-Landesvorsitzenden in Königstein am 22. Juli 1948

Am 22. Juli 1948 kamen die CDU-Landesvorsitzenden unter dem Vorsitz Konrad Adenauers erneut in Königstein zusammen. In einem Pressecommuniqué hatten sie die Beschlüsse der Ministerpräsidenten begrüßt und darauf gedrängt, möglichst schnell "eine politische und wirtschaftliche Konsolidierung in dem Gebiet der Westzone herbeizuführen". Die schnelle Konsolidierung Deutschlands war in der SPD nicht so selbstverständlich. Diesen parteiinternen Dissens zwischen den beiden großen Parteien hob die CDU bei ihren Beratungen in Königstein auch besonders hervor.

Einen bedeutenden Dissens in den eigenen Reihen berieten die CDU-Landesvorsitzenden auf dieser Sitzung ebenfalls: Die CSU hatte offenbar keine Notwendigkeit für die weitere Existenz



Von keinem CDU-Treffen in Königstein ist eine Fotografie bekannt geworden. Das sieht erfreulicherweise zum Treffen am 26. April 1948 in Frankfurt anders aus (von links nach rechts): Friedrich Holzappel, Ulrich Steiner, Bruno Derpinghaus, Ernst



Lemmer, Konrad Adenauer, Jakob Kaiser, Hug Hickmann und Erich Köhler. - Später fehlten die Vertreter der CDU in der sowjetisch besetzten Zone.

Arbeitsgeme
der
Christlich-Demokratischen un
Deutschla
Generalsekre

Ve
24

Bericht über die Tag
Landesvorsitzenden der CDU/

Anwesenheitsliste folgt.

Dr. Adenauer berichtete als Vo
Verhandlungen zu den Frankfurter Dokum
grund, daß es sich bei den Frankfurter
treffenden Londoner Empfehlungen handel
sei, daß der Berliner Standpunkt zur Neu
Während Frau Schröder gebeten habe, Berl
lassen, fordere Stadtrat Reuter angeblich
Berliner Parteien die Einbeziehung Berlin
Dr. Hilpert ergänzte den Bericht Dr. Adenau
des Protokolls der letzten Zusammenkunft d
Militärgouverneuren.

Von den Rüdeshheimer Verhandlungen berichtet
Reuter habe eine möglichst schnelle Einbezie
lung gefordert. Reuter habe behauptet, er sp
für die SPD wie für die CDU und die LDP in Be
und dem deutschen Osten nur zu helfen sei, we
möglichst schnell und dauerhaft konsolidiert w
"Westglacis". Dem zu bildenden Parlamentarisch
Aufgabe die Schaffung einer Verfassung gestell
schränkt auf diese Aufgabe.

...einschaft

...und Christlich-Sozialen Union
lands
retariat

Vertrauliche Information Nr. 5
24. Juli 1948.

...agung der
.../CSU am 22.7.1948 in Königstein.

Vorsitzender kurz über die Koblenzer
...umenten. Er stellte in den Vorder-
...r Dokumenten um die Deutschland be-
...elt. Als zweites wichtiges Faktum
...uordnung sich völlig gewandelt habe.
...rlin aus den Regelungen heraus zu
...ch namens aller demokratischen
...ins in die Westregelung. Minister
...auers. Er verlas wesentliche Teile
...der Ministerpräsidenten mit den
...ete Minister Dr. Hilpert, Stadtrat
...ziehung Berlins in die Westregelung
...spreche in dieser Sache sowohl
...Berlin. Er glaube, daß Berlin
...wenn die Verhältnisse im Westen
...würden, also die Idee eines
...chen Rat müsse als besondere
...lt werden, unter formale Bo-

Fiktive Schreibtisch-Collage des
Protokolls vom 24. Juli 1948 zur
Sitzung des 22. Juli 1948 in Kö-
nigstein.

Vertraulich
Nicht zur Veröffentlichung

Arbeitsgemeinschaft
der
Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union
Deutschlands
Generalsekretariat

Vertrauliche Information Nr. 5
24. Juli 1948.

Bericht über die Tagung der
Landesvorsitzenden der CDU/CSU am 22.7.1948 in Königstein.

Anwesenheitsliste folgt.

Dr. Adenauer berichtete als Vorsitzender kurz über die Koblenzer Verhandlungen zu den Frankfurter Dokumenten. Er stellte in den Vordergrund, daß es sich bei den Frankfurter Dokumenten um die Deutschland betreffenden Londoner Empfehlungen handelt. Als zweites wichtiges Faktum sei, daß der Berliner Standpunkt zur Neuordnung sich völlig gewandelt habe. Während Frau Schröder gebeten habe, Berlin aus den Regelungen lassen, fordere Stadtrat Reuter angeblich namens aller demokratischen Berliner Parteien die Einbeziehung Berlins in die Westregelung. Dr. Hilpert ergänzte den Bericht.

Vertraulich
Nicht zur Veröffentlichung

Arbeitsgemeinschaft
der
Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union
Deutschlands
Generalsekretariat

Vertrauliche Information Nr. 5
24. Juli 1948.

Bericht über die Tagung der
Landesvorsitzenden der CDU/CSU am 22.7.1948 in Königstein.

Anwesenheitsliste folgt.

Dr. Adenauer berichtete als Vorsitzender kurz über die Koblenzer Verhandlungen zu den Frankfurter Dokumenten. Er stellte in den Vordergrund, daß es sich bei den Frankfurter Dokumenten um die Deutschland betreffenden Londoner Empfehlungen handelt. Als zweites wichtiges Faktum sei, daß der Berliner Standpunkt zur Neuordnung sich völlig gewandelt habe. Während Frau Schröder gebeten habe, Berlin aus den Regelungen heraus zu lassen, fordere Stadtrat Reuter angeblich namens aller demokratischen Berliner Parteien die Einbeziehung Berlins in die Westregelung. Minister Dr. Hilpert ergänzte den Bericht Dr. Adenauers. Er verlas wesentliche Teile des Protokolls der letzten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren.

Von den Rüdeshheimer Verhandlungen berichtete Minister Dr. Hilpert, Stadtrat Reuter habe eine möglichst schnelle Einbeziehung Berlins in die Westregelung gefordert. Reuter habe behauptet, er spreche in dieser Sache sowohl für die CDU und die LDP in Berlin. Er glaube, daß Berlin die Verhältnisse im Westen

Die Regierungschefs der drei Westzonen: Brauer (Hamburg), Christian Stock (Pfalz), Hermann Lüdemann (Schlesien)

Ein neuer Schritt

Der staatliche Wiederaufbau der amerikanischen Militärregierung nach der Kapitulation planmäßig wurde, nähert sich jetzt — zweitem gewissen Abschluß: der deutschen Verfassung durch gewesenen und der Einsetzung einer deutschen Entwicklung, die mit den ersten der Nachkriegszeit in der am 20. Januar 1946 begann, verliehen wie sie der damalige amerikanische James F. Byrnes in seiner Stellungnahme des gleichen Jahres vorzeichnete, darab, daß die kommende deutsche nicht für ganz Deutschland zustehen weder bei den Besatzungsmächten bei den deutschen Politikern, sondern Bevölkerung, sondern eindeutige Mitarbeit an der Wiederherstellung verweigert haben. So wurden gehen auf Drei- statt auf Vier, wenn man nicht stehenbleiben. Die staatliche Neuordnung Deutschlands logische Ergänzung in einer k...





Besatzungen. V. r. n. l.: Leo Wohleb (Baden), Hans Ehard (Bayern), Wilhelm Kaisen (Bremen), Max Stock (Hessen), Karl Arnold (Nordrh.-Westf.), Hinrich Kopf (Niedersachsen), Peter Altheimer (Rhl.-Schlesw.-Holst.), Reinhold Maier (Witbg.-Baden), Lorenz Bock (Süd-Witbg.). (* = verdeckt.)

Schritt vorwärts

Wiederaufbau Deutschlands, der von der Regierung bereits neun Monate planmäßig ins Werk gesetzt — zweieinhalb Jahre später — aus: der Ausarbeitung einer durch gewählte Vertreter des Voller deutschen Bundesregierung, den ersten Gemeindevahlen der amerikanischen Zone am verlief zwar nicht genau so, amerikanische Außenminister der Stuttgarter Rede im Herbst rezeichnete; aber die Schuld der deutschen Regierung noch und zuständig sein wird, liegt in den Händen der westlichen Mächten des Westens, noch Kern, noch bei der deutschen Herstellung der deutschen Einigkeit wurde schließlich ein Vorhaben der Vierzonen-Basis notwendig, die Vereinigung Deutschlands findet ihre in einer klaren Abgrenzung der

Befugnisse der kommenden deutschen Bundesregierung einerseits und der Besatzungsmächte andererseits, wie sie wiederholt von deutscher Seite gefordert wurde und wie sie das angekündigte Besatzungsstatut fixieren soll. Auch der Weg von jener allumfassenden Zuständigkeit der Besatzungsorgane, die sich zwangsläufig aus der Lage im Mai 1945 ergab, bis zum kommenden Besatzungsstatut konnte nur langsam beschränkt werden — denn erst mußte eine Vertrauensbasis geschaffen sein. Die alliierten Vorschläge zum Besatzungsstatut, die ein Ergebnis der Londoner Sechsmächte-Konferenz sind, mögen den Deutschen vielleicht nicht weitgehend genug erscheinen. Aber trotz der Machtbefugnisse, die sich die Alliierten vorbehalten haben, bleibt die Tatsache bestehen, daß heute, kaum mehr als drei Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten, mindestens das demokratische westliche Deutschland sich auf dem Wege zu einer eigenen Regierung mit Gesetzgebungs-, Gerichts- und Verwaltungshoheit, das heißt, den wichtigsten innerpolitischen Vollmachten, befindet. Die Alliierten haben die Deutschen aufgefordert, Gegenvorschläge zu machen, um dadurch an einer für alle annehmbaren Fassung des Statuts mitzuarbeiten, wie sie ihnen auch die Ausarbeitung der deutschen Verfassung überlassen haben. Und schließlich haben die westlichen Alliierten aus dem Munde ihrer höchsten Vertreter immer wieder betont, daß nach wie vor die Vereinigung der vier Zonen das Ziel ihrer Deutschlandpolitik ist.



Fiktive Schreibtisch-Collage: Dem Treffen des 22. Juli 1948 in Königstein war ein Treffen der westdeutschen Ministerpräsidenten mit den drei alliierten Militärgouverneuren am 15. Juli 1948 in Frankfurt vorausgegangen: Darüber berichtete sehr ausführlich sogar die Illustrierte „Heute“.

der Landesvorsitzendenkonferenz gesehen. Offenbar wurde Adenauer der CSU zu mächtig. August Haußleiter, stellvertretender Vorsitzender der CSU, schlug deswegen vor, die Konferenzen zumindest mit einem turnusmäßigen Wechsel des Vorsitzenden durchzuführen, wie das Protokoll vermerkt. Der "Schuss aus München" richtete sich offenkundig gegen Adenauer.

Entsprechend fiel die Antwort Adenauers bemerkenswert aus: Er "bat, es ihm zu überlassen, die Angelegenheit in einer Aussprache mit Dr. Müller zu klären." Josef Müller, der "Ochsensepp" genannt, war bayerischer Justizminister und unter anderem mit der "Abwehr der Wehrmacht" während des Zweiten Weltkrieges zu Geheimverhandlungen im Vatikan gewesen. Er war 1947 bis 1952 bayerischer Justizminister und 1945 bis 1949 Landesvorsitzender der CSU. - Vermutlich ist es nie zu dieser Aussprache gekommen.

Adenauer sah neuen Aufgaben entgegen, bei denen das Amt als Vorsitzender der CDU-Landesvorsitzender ein wenig zurücktreten musste. Dieses Amt wurde erst wieder wichtig, als die CDU sich 1950 zur Bundespartei zusammenschloss. Da war er aber schon Bundeskanzler der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland und hatte in der Partei nahezu uneingeschränkte Autorität.

Die Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden in Königstein am 20. August 1948

Noch während auf der Insel Herrenchiemsee der Verfassungskonvent tagte, fand am 20. August 1948 erneut eine Sitzung der CDU-Landesvorsitzenden in Königstein statt. Wieder war die CSU nicht vertreten.

Aufgrund einer vorher getroffenen Vereinbarung wurde die Konferenz vom Präsidenten des Wirtschaftsrates Erich Köhler geleitet. Adenauer ergriff aber als erster das Wort, berichtete, dass der "Parlamentarische Rat" in Bonn tagen werde. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen beabsichtigte, die verschiedenen Fraktionen in Vororten Bonns jeweils geschlossen unterzubringen. Er hätte sich gegen diesen Plan gewandt und eine gemischte Unterbringung vorgeschlagen. Köhler gab zur Überraschung der Teilnehmer bekannt, dass es nicht gelungen war, die CDU/CSU zur stärksten Fraktion im "Parlamentarischen Rat" zu machen. Deswegen überlegte er, mit der Deutschen Partei eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, um den Präsidenten stellen zu können. Verhandlungen mit dem Zentrum hatten keinen Sinn, wie die Erfahrungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen gezeigt hatten. Selbst Ministerpräsident Arnold soll erklärt haben, so Adenauer, die CDU würde in Zukunft keine Verhandlungen mehr mit dem Zentrum führen. Auch Jakob Kaiser wusste zu berichten, dass Verhandlungen mit dem Zentrum für die CDU nicht mehr zumutbar waren.

Auf Anfrage betonte Adenauer, dass, wenn er gut wäre, der Verfassungsentwurf von Herrenchiemsee zur Grundlage der Verhandlungen im "Parlamentarischen Rat" gemacht werden könnte, wenn er schlecht wäre aber nicht. Im übrigen wandte er sich entschieden gegen die Abfassung eines eigenen Verfassungsentwurfes durch die CDU. Adenauer sah, dass es dazu noch zu früh war, solange die verschiedenen Verbände der CDU nicht auf einen gemeinsamen Kurs gebracht waren. Auch hätte es die Grundgesetzarbeit der CDU unnötig gebunden.

Im übrigen hatte Adenauer deutlich gemacht, dass ein zukünftiges Grundgesetz für die Bundesrepublik nur gemeinsam mit der SPD gemacht werden könnte: Wenn jede Partei mit einem eigenen Entwurf käme, so würde sich die Diskussion von vornherein festfahren. Lieber sollte man gemeinsam den Entwurf von Herrenchiemsee als Grundlage anerkennen.

Haußleiter wusste beizusteuern, dass der Entwurf von Herrenchiemsee eine Reihe von alternativen Lösungen vorsähe, die Verhandlungen erleichtern würden. So war nach kurzer Diskussion

kar, dass die CDU-Fraktion im "Parlamentarischen Rat" in Übereinstimmung mit der Parteilung handeln müsste und ein eigener Verfassungsentwurf zunächst nicht eingebracht werden sollte.

Jakob Kaiser hatte vor allem eine Stellungnahme Berlins zur Grundgesetzarbeit erwähnt, der zu entnehmen war, welche Hoffnungen für Berlin mit der wirtschaftlichen und vor allem politischen Konsolidierung Westdeutschlands verbunden waren.

Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee

Bevor der Parlamentarische Rat einberufen wurde, entsandten die Ministerpräsidenten vom 10. bis 23. August 1948 sachverständige Verfassungsjuristen und Verwaltungsexperten auf die Insel Herrenchiemsee in Bayern. Auf diesem "Verfassungskonvent" wurde ein erster umfassender Text für das zukünftige Grundgesetz entworfen. Zwar wurde dieser Entwurf, der ganz im Sinne der Mehrheit der CDU/CSU eine stark föderalistische Verfassung vorsah, später nur als ein Entwurf unter vielen abgetan, doch hatte der Text schließlich mehr als nur Vorbildfunktion. Die Ausschüsse des Parlamentarischen Rates haben nicht nur mehrere Artikel wörtlich übernommen, sondern auch der Aufbau des Grundgesetzes und die gesamte vorläufige Artikelzählung während der Beratungen in Bonn ab dem 1. September 1949 gingen auf diesen Entwurf zurück. So wurde der auf Herrenchiemsee erstellte Text neben der Verfassung des Deutschen Reiches von 11. August 1919 ("Weimarer Verfassung") zu den meistbenutzten beziehungsweise meist zitierten Dokumenten im Parlamentarischen Rat, aus denen schließlich auch die meisten Anleihen für das Grundgesetz nun entnommen wurden.

Dass Adenauer diesen Entwurf als nur einen von vielen Entwürfen abtat, entsprach dann doch nicht der Aufmerksamkeit, die der Herrenchiemseer Entwurf tatsächlich erhielt. Aber als späterer Präsident des Parlamentarischen Rates war ihm daran gelegen, die Autonomie dieses Parlaments zu stärken und so konnte er von sich aus nicht den einen oder anderen Verfassungsentwurf bevorzugen.



Das Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim wurde von den westdeutschen Ministerpräsidenten 1948 und 1949 ebenfalls gerne als Tagungsort genutzt: Postkarten um 1950.

ON HEUTE



„Kein deutsches Obst!“ riefen aus denselben Grund deutsche Verkäufer.



Paul Hoffman, der Administrator des ERP, besuchte verschiedene Farmen rund um Paris, um sich ein Bild von der Lage der französischen Landwirtschaft zu machen.



Überzahl der Oststaaten gab auf der Donau-Pfeiffer die Konferenz zur Ausarbeitung eines westdeutschen Verfassungsentwurf



Auf der Herreninsel im Chiemsee begann unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Anton Pfeiffer die Konferenz zur Ausarbeitung eines westdeutschen Verfassungsentwurf

Das Domjubiläum in Köln

Rund eine halbe Million Menschen beging in Köln die 700-Jährige Grundsteinlegung des Doms. Hohe kirchliche Würdenträger aus mehreren Erdteilen waren erschienen, um den Festlichkeiten beizuwohnen, unter ihnen die Erzbischöfe von Westminster, Prag und Wien. Der Vatikan hatte als päpstlichen Legaten den Kardinal C. Micara entsandt. Führende deutsche Politiker beteiligten sich ebenfalls an den Jubiläumsteilnahmen. Auch die evangelische Kirche war vertreten. ... zelli, der Nefte des ... Leg

Der Verfassungskonvent im Juli 1948 in Herrenchiemsee wurde von der Illustrierten „Heute“ immerhin mit einem Bild berücksichtigt.

VERFASSUNGS-AUSSCHUSS
DER MINISTERPRÄSIDENTEN-KONFERENZ
DER WESTLICHEN BESATZUNGSZONEN

BERICHT

ÜBER DEN VERFASSUNGSKONVENT
AUF HERRENCHEMSEE
VOM 10. BIS 23. AUGUST 1948

RICHARD PFLAUM VERLAG, MÜNCHEN 2

Die Ergebnisse des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee lagen bereits Anfang September 1949 den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates in Bonn vor: Ein etwa 100-seitiger Bericht informierte im Detail.

Der Parlamentarische Rat

Zusammensetzung

Insgesamt wurden 65 Abgeordnete, darunter vier Frauen, in den Parlamentarischen Rat nach Bonn von den Landtagen gewählt. Zu den 65 Abgeordneten aus den westdeutschen Ländern kamen fünf Berliner Vertreter hinzu, die angesichts des Viermächte-Status der Stadt nur als Gäste bzw. Beobachter teilnehmen durften. CDU/CSU und SPD konnten jeweils 27 Abgeordnete entsenden (davon waren 19 CDU- und acht CSU-Abgeordnete), während die FDP mit fünf, Zentrum, Deutsche Partei (DP) und KPD jeweils mit zwei Abgeordneten vertreten waren.

Die Delegierten wurden auf der Grundlage der Zusammensetzung der jeweiligen Landtage gewählt. Die CDU hatte bald festgestellt, dass nach einem einheitlichen Verhältniswahlrecht die CDU die stärkste Fraktion im Parlamentarischen Rat hätte sein müssen. Daraufhin verständigten sich CDU/CSU und SPD darauf, dass die CDU den Präsidenten des Parlamentarischen Rates stellen dürfte und die SPD den Vorsitz im Hauptausschuss erhalten würde.

Der Parlamentspräsident

Das war für die CDU die Gelegenheit, Konrad Adenauer als Präsidenten vorzuschlagen. Man rechnete fest damit, dass der erfahrene Parlamentarier trotz seines Alters diese Aufgabe vortrefflich meistern würde. Zugleich waren auch die einflussreichen Politiker der CDU der Auffassung, dass dieses wohl das letzte politische Amt für den 72-jährigen Mann sein würde. Doch die Rechnung ging nicht auf: Spätestens im Dezember 1948 wurde deutlich, dass Adenauer sein Amt geschickt nutzte und sich nicht auf die Leitung der wenigen Plenarsitzungen beschränkte, sondern vor allem durch seine Verhandlungen mit den alliierten Militärgouverneuren sowohl in der Öffentlichkeit wie auch international große Resonanz als oberster Repräsentant eines neuen demokratischen Westdeutschlands wahrgenommen wurde.

Die Beziehungen zwischen dem Parlamentarischen Rates und den westalliierten Militärregierungen in Deutschland standen unter der Maßgabe, dass die Militärgouverneure den Grundgesetzentwurf genehmigen würden. Deswegen verfolgten die alliierten Westmächte das Geschehen genau und richteten dazu in Bonn eigene Verbindungsbüros ein.

Zu einem ersten Eingreifen der Alliierten kam es am 20. Oktober 1948: Da Präsident Adenauer wegen eines Verkehrsunfalls und seiner bevorstehenden Reise in die Schweiz verhindert war, nahm am 20. Oktober 1948 Vizepräsident Adolf Schönfelder (SPD) die Erklärung der Alliierten vom 19. Oktober 1948 entgegen. Schönfelder hatte aber dann in keinem Gremium des Parlamentarischen Rates auf das Memorandum hingewiesen, um nicht den Eindruck zu erwecken, der Parlamentarische Rat folgte den Vorgaben der Alliierten. Lediglich Hermann Höpker Aschoff (FDP), der Berichterstatter des Finanzausschusses, ging indirekt in seiner Plenarrede am 21. Oktober 1948 auf diese Erklärung ein und versuchte, die alliierten Bedenken zu zerstreuen. Weil Schönfelder bei seiner Informationspflicht offenkundig versagt hatte, setzte Adenauer durch, dass fortan alle Angelegenheiten mit den Alliierten nur noch über ihn oder sein Büro laufen sollten.

Über die geplante Übergabe eines bislang geheimgehaltenen "Anhangs H" zu den Londoner Empfehlungen informierte der britische General Sir Brian Robertson am 18. November 1948 Präsident Adenauer.

Adenauer drängte darauf, allen Anschein zu vermeiden, die Alliierten würden Druck auf den Parlamentarischen Rat ausüben. So wurde vereinbart, dass das Memorandum nicht überreicht,

Väter der Verfassung

Kommentare der 65 Mitglieder des Parlamentarischen Rates / „Die Einheit Deutschlands ist und bleibt unser Ziel“



Dr. Konrad Adenauer (CDU), Präsident des Parlamentarischen Rates: Wir gehen an die Schöpfung eines Grundgesetzes im Interesse des deutschen Volkes, aber auch Europas und der gesamten Welt. Die Einheit Deutschlands ist und bleibt unser Ziel.
Hansheinz Bauer (Bayern, SPD): Die zukünftige deutsche Demokratie wird von Inhalt des Grundgesetzes mindestens so entscheidend geprägt, wie von den Bestimmungen über den Wahlrecht und Parteienwesen.
Dr. Max Baer: Eine Volksversammlung wird es geben, wenn die Grundgesetztriumvirat durch Mängel durchgegriffen werden.



Adolf Blohmeyer (Nordrhein-Westfalen, CDU): Wir müssen im mitteleuropäischen Raum ein Deutschland schaffen, das in seinem organischen Aufbau zum Frieden und zu der von allen ersehnten Möglichkeit kommt, Aufgaben des Friedens zu erfüllen.



Dr. Heinrich von Brentano (Hessen, CDU): Nur in einem Staat mit klaren föderalistischen Aufgaben von unten nach oben wird es möglich sein, alle gesellschaftsformenden und politischen Kräfte bei der politischen Willensbildung nutzbar zu machen.



Johannes Brockmann (Nordrhein-Westfalen, Zentrum): Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß unser Volk in ganz Deutschland so schnell wie möglich durch eine Verfassung wieder festen Boden unter die Füße bekommt, Heimatlands bilden.



Dr. Paul de Chapeaurouge (Hamburg, CDU): Das ist das bedeutendste länderpolitische Instrument, das geeignet ist, unseren gesamten Volk in einer starken politischen Einheit zu führen und können sich zurechtfinden über die Verhältnisse außerhalb ihres Heimatlandes bilden.



Dr. Thomas Dehler (Bayern, FDP): Wir wollen kein „Staatsprogramm“ schreiben, sondern ein starkes politisches Instrument, das geeignet ist, unseren gesamten Volk in einer starken politischen Einheit zu führen und können sich zurechtfinden über die Verhältnisse außerhalb ihres Heimatlandes bilden.



Dr. Georg Diederichs (Niederrhein, SPD): Alle Politik hat ihre letzte Konsequenz in einer gerechten Verteilung der Zuständigkeiten. Solange diese in Bestandszustand und ungelöster Friedensfrage Grenz gezogen sind, gibt es nur ein Provisorium.



Dr. Fritz Eberhard (Württemberg-Baden, SPD): Als Grundgesetz wird unsere Väterlandkarte sein. Es sollte ausdrücklich, daß wir Deutschen einer europäischen Ordnung eingliedern und zu deren Grundgesetz mit mancher Hoheitsrechte verzichten wollen.



Andreas Gark (Schleswig-Holstein, SPD): Der Parlamentarische Rat soll der deutschen Zerstückelung zwischen den drei Westzonen ein Ende setzen, Gebiete die Einheitlichkeit herbeiführen, die an sich für ganz Deutschland angebracht wäre.



Dr. Otto Heinrich Greve (Niederrhein, SPD): Eine der wichtigsten Aufgaben des Rates sehe ich darin, für das Verbleiben der deutschen Republik zu den einzelnen Ländern einen Status zu schaffen, der dem Willen aller Deutschen nach Einheit entspricht.



Rudolf Heiland (Nordrhein-Westfalen, SPD): Wenn wir nicht erkennen, daß eine vollkommene Neuordnung unserer Zusammenleben gefunden werden muß, dann wird die Arbeit in Bonn in den nächsten Jahren getun werden.



Wilhelm Hesse (Niederrhein, FDP): Das deutsche Volk hat sich in Weimar eine Verfassung gegeben, die ihm Freiheit durch Einheit und Einheit durch Freiheit sichern sollte. Zum zweiten Mal zur Mitarbeit berufen, bleibt mein Ziel das gleiche.



Prof. Dr. Theodor Heuß (Württemberg-Baden, DVP): Die Aufgabe von Bonn wird sein, zu dem ewigen Spannungsproblem zwischen Recht und Macht einen Lösungsweg zu schaffen. Die äußere Macht ist verpöht, die moralische muß gewonnen werden.



Dr. Fritz Hoch (Hessen, SPD): Ich hoffe dringend, daß unser Rat zu beschließender Grundgesetz vorläufiger Grundgesetz recht bald von der endgültigen von ganzem deutschen Volk in freier Entscheidung gebilligt werden kann.



Dr. Hermann Hoepker-Ascholl (Nordrhein-Westfalen, FDP): Die Finanzhoheit gehört dem Bund.



Dr. Gerhard Kroll (Bayern, CSU): Ich spreche mich entschieden für die Festlegung des rechtlichen Maßstabes aus, der die Verwirklichung von Bonn die Wiederherstellung der deutschen Freiheit nach einmal überarbeitet wird.



Karl Kuba (Rheinland-Pfalz, SPD): In manchen Ländern Westdeutschlands, insbesondere der Innerrheinischen Zone, besteht sich wirtschaftliche, soziale und politische Fragen gebührt, die nur in einem größeren Wirtschaftsräum zu lösen sind.



Prof. Dr. Wilhelm Lohert (Bayern, CDU): Das Grundgesetz der Parlamentarischen Rat sollte ein einheitliche Zusammenfassung aller Bundesländer verbunden mit der Erhaltung lebensfähiger Einzelheiten des deutschen Bundes.



Dr. Robert Lehr (Nordrhein-Westfalen, CDU): Die Zusammenfassung des zweiten Kammer und ihre Befugnisse sind entscheidende Kernpunkte des Verfassungsproblems. Wahlrecht und zweite Kammer werden das politische Leben werden das politische Leben gestalten.



Lambert Lessing (Nordrhein-Westfalen, CSU): Wir haben die Aufgabe, von den Westzonen aus die Voraussetzung für die Sicherheit in Deutschland zu schaffen und dabei die berechtigten Wünsche der Länder Rechnung zu tragen.



Dr. Fritz Löwenthal (Nordrhein-Westfalen, SPD): Möge das vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz bald von einer Verfassung ersetzt werden, die sich das ganze deutsche Volk einig in seinen Wünschen in Freiheit zu geben vermag.



Friedrich Mader (Südwestfalen, SPD): Als Angehöriger eines Grenzlandes habe ich ein erhebliches Interesse daran, daß Süddeutschland in die größere Konzeption eines Südweststaates eintritt.



Dr. Wilhelm Mücke (Bayern, SPD): Die Verwirklichung Hamburgs Bescheid gegenüber ganz Deutschland und nicht gegenüber einem einzelnen Land. Darum ergibt sich, daß wir nicht die ganze Verantwortung für dieses oder jenes Land allein tragen.



Dr. Friederike Nadig (Nordrhein-Westfalen, SPD): Im Parlamentarischen Rat ist die deutsche Frau selbstständig und zu gering vertreten. Das Grundgesetz muß über den Willen der Staatsbürger, die überwiegend Frauen sind, widerständig sein.



Hugo Pann (Nordrhein-Westfalen, FDP): London-Frankfurt-Bonn, das ist der Weg der Spaltung Deutschlands. Deutsche Politiker bestreiten sich als Teilnehmer der nationalen Einheit. Wir wollen eine demokratische Republik und einen gesunden Staat.



Dr. Anton Pfeiffer (Bayern, CSU): Ich vertraue auf das harmonische Zusammenwirken aller moralischen und politischen Kräfte des deutschen Volkes in einem wohlgeordneten Bundesstaat. Durch Mitarbeit aller wird der Bund ein Leben gewinnen.



Max Reimann (Nordrhein-Westfalen, CDU): Ich meine, die Grundgedanken sollten dem deutschen Volk (insgesamt) gebildet werden zu einer gemeinsamen Nationenverfassung. Das hat in Bonn eintritt nicht dem Willen des deutschen Volkes.



Heinrich Rönneberg (Niederrhein, CDU): Mein Hauptanliegen ist die Lösung des Problems der Landwirtschaft und dem Fühlungsproblem. Seit über 30 Jahren arbeite ich im politischen Leben und möchte das jetzt mitmachen am Wiederaufbau Deutschlands.



Hermann Ruppe (Nordrhein-Westfalen, SPD): Das Grundgesetz darf nicht das Ergebnis von Kompromissen in den einzelnen Provinzkomplexen sein. Aus der unerlässlichen Zusammenarbeit der einzelnen Provinzen müssen sich über die notwendigen Maßnahmen einig werden.



Adolf Schabert (Bayern, SPD): Die Verwirklichung Hamburgs Bescheid gegenüber ganz Deutschland und nicht gegenüber einem einzelnen Land. Darum ergibt sich, daß wir nicht die ganze Verantwortung für dieses oder jenes Land allein tragen.



Josef Schrage (Niederrhein, CDU): Im Bewußtsein, daß das Verfassungswerk eine Einheit werden bringt auf dem Wege der gemeinsamen, gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Väter, und das gesamte Volk aus ihrem Herzen dem Grundgesetz zustimmen.



Dr. Carl Schwanitz (Schleswig-Holstein, CDU): Als Mitglied des Wahlkreises Schleswig-Holstein wünsche ich, daß es uns gelingen möge, die Verfassung zu erfüllen, die endlich dem deutschen Volk den Aufbau einer selbstständigen Demokratie ermöglicht.



Dr. Josef Schwabert (Bayern, CSU): Der Föderalismus ist keine bayerische Besonderheit, er ist ein deutsches Problem. Es hat keinen Sinn, sich in den bayerischen Schranken zu verriegeln. Das gesamte deutsche Volk hat den Willen, die Einheit zu erreichen.



Dr. Hans Christoph Schöner (Niederrhein, FDP): Die Grundgedanken sollten dem deutschen Volk (insgesamt) gebildet werden zu einer gemeinsamen Nationenverfassung. Das hat in Bonn eintritt nicht dem Willen des deutschen Volkes.



Dr. Eugen Schmidt (Bayern, CSU): Ich bin so unglücklich unglücklich, daß ich in der unvollständigen Verfassung nicht nur persönliche, sondern auch politische Nachteile sehe. Es ist meine Aufgabe, mich für die Interessen der Bevölkerung der verschiedenen Länder einzusetzen.



Josef Seifried (Bayern, SPD): Es geht um die Interessen Bayerns der Bevölkerung. Bayern hat sich durch die Verwirklichung der Verfassung zu einem deutschen Bundesland werden. Aus der unerlässlichen Zusammenarbeit der einzelnen Provinzen müssen sich über die notwendigen Maßnahmen einig werden.

„Die Neue Zeitung“ berichtete am 25. September 1949 ausführlich über den Parlamentarischen Rat in Bonn und stellte alle Abgeordneten mit Porträtbild und -text vor.



sondern lediglich vorgelesen werden sollte, damit es von einem deutschen Stenographen mitgeschrieben werden könnte.

Als die Alliierten Adenauer dennoch den Text überreichen wollten, weigerte sich dieser, das Dokument entgegenzunehmen. Erst auf Drohung der Alliierten, umgehend das Memorandum der Presse zuzuspielen, nahm Adenauer den Text entgegen. Das Memorandum vom 22. November 1948 enthielt wenig Überraschendes und kam den Positionen der CDU/CSU-Fraktion sehr entgegen.

Die "Frankfurter Affäre"

Adenauer hatte mit General Robertson eben schon am 18. November 1948 vereinbart, mit allen drei Militärgouverneuren zusammenzukommen. Adenauer trug deswegen zumeist in interfraktionellen Besprechungen, im Ältestenrat und in privaten Gesprächen diese Idee vor, wobei er nicht deutlich genug machte, ob nun die Alliierten oder er selbst um das Gespräch nachgesucht hatten. Jedenfalls wollte Adenauer einer Brückierung des Parlamentarischen Rates durch eine mögliche Ablehnung des Grundgesetzes durch die Alliierten entgegenwirken, indem er die Militärgouverneure frühzeitig gesprächsweise in die Arbeit am Grundgesetz einbezog.

Am 16./17. Dezember 1948 kam es zu gemeinsamen Besprechungen einer Delegation des Parlamentarischen Rates und den Militärgouverneuren in Frankfurt, an die wohl von allen Seiten hohe Erwartungen geknüpft worden waren. In seiner Ansprache am 16. Dezember 1948 hatte Adenauer u.a. auf die auch den Besatzungsmächten hinlänglich bekannten Meinungsunterschiede zwischen SPD und CDU/CSU in den Bereichen kulturelle Fragen, Länderkammer und Finanzverwaltung hingewiesen. Wohl aus Enttäuschung über den Verlauf des Gesprächs, in dem die Militärgouverneure wider Erwarten keinerlei Angaben zum geplanten Besatzungsstatut machten, und vor allem aufgrund einer unglücklich formulierten Pressemeldung, der zufolge Adenauer die Militärgouverneure zu den strittigen Punkten um Auskunft gebeten hätte, kam es zu schon am 16. Dezember 1948 durch Mitglieder von SPD, FDP und DP zu einem heftigen Vorwurf gegenüber Adenauer als Präsidenten des Parlamentarischen Rates: Er hätte die Militärgouverneure zu Schiedsrichtern in den kontrovers diskutierten Fragen anrufen wollen und die Besprechung genutzt, die Positionen der CDU/CSU, die im Bereich Länderkammer und Landesfinanzverwaltung mit den Forderungen der Alliierten übereinstimmten, bestätigen zu lassen.

Seitens der SPD wurde Adenauer als Delegationsleiter, jedoch nicht als Präsident, das Misstrauen ausgesprochen, gegen das sich Adenauer noch vor Beginn der Weihnachtsferien in einer Pressekonferenz zur Wehr setzte. Der daraufhin entbrannte Streit, in den sich neben der SPD auch die FDP und die KPD einbrachten, legte bis Anfang Januar 1949 die gesamte Grundgesetzarbeit im Parlamentarischen Rat lahm. Die politischen Gegner beabsichtigten offensichtlich, Adenauer als maßgeblichen Politiker in der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland von vornherein zu diskreditieren; doch dies gelang nicht.

Die Suche nach einem Kompromiss und das Veto der Alliierten

Mit der Einberufung des interfraktionellen Fünferausschusses am 26. Januar 1949 war ein Gremium eingerichtet worden, in das von den Fraktionen bevollmächtigte Politiker die notwendigen Einigungen in den offenen Fragen herbeiführen sollten. Den Vorsitz übernahm Adenauer selbst. Die Ergebnisse wurden vom 8. bis 10. Februar 1949 als dritte Lesung im Hauptausschuss

beraten und danach den Alliierten zugesandt. Erst am 2. März 1949 hatten die Militärgouverneure mitgeteilt, dass die bisherige Fassung des Grundgesetzes nicht ihre Zustimmung fand, weil der von ihnen geforderte Föderalismus zu wenig Berücksichtigung gefunden hatte.

Am 3. März 1949 wurde deswegen der interfraktionelle Siebenausschuss als eine Erweiterung des Fünferausschusses einberufen. Der vom Siebenausschuss vorgelegte Grundgesetzentwurf, der insbesondere einige von den Alliierten falsch übersetzte Begriffe neu fasste, wurde am 25. März 1949 von den alliierten Verbindungsoffizieren abgelehnt. Diese hatten nicht einmal mehr die Militärgouverneure von dem neuen Grundgesetzentwurf amtlich in Kenntnis gesetzt, weil der neue Entwurf deren Forderungen immer noch nicht berücksichtigte.

Angesicht dieser Ablehnung geriet auch die Sitzung der Ministerpräsidenten in Königstein im "Haus der Länder" am 24. März 1949 ein wenig in Vergessenheit. Ohnehin hatten sich die Ministerpräsidenten dort lediglich über den Sachstand der Arbeit im Bonner "Parlamentarischen Rat" informiert, der mit der alliierten Ablehnung vom 25. März 1949 obsolet geworden war. Adenauer war in Königstein dieses Mal nicht dabei gewesen. Er ahnte, dass die Alliierten die Arbeit des Parlamentarischen Rates ablehnen würden und war nicht bereit "gute Miene zum bösen Spiel" zu machen.

Die Ablehnung des 25. März 1949 führte zur Resignation bei den Abgeordneten in Bonn und den Parlamentarischen Rat als Ganzes in eine schwere Krise. Erst die nach Washington für Anfang April einberufene Außenministerkonferenz der alliierten Siegermächte ließ hoffen, dass von dort ein Signal kommen könnte, das den Weg zu einem erfolgreichen Abschluss der Grundgesetzarbeit ebnen würde. Ohne eine Rücknahme der alliierten Forderungen war das aus Sicht der Abgeordneten allerdings nicht möglich.

Dem Ende der Grundgesetzarbeit entgegen

Gleich zu Beginn der am 5. April 1949 eröffneten Konferenz in Washington verständigten sich die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA auf eine Mitteilung an den Parlamentarischen Rat, in der sie ihr "Vertrauen" zum Ausdruck brachten, dass der Parlamentarische Rat den Empfehlungen der Militärgouverneure die nötige Beachtung schenken würde. Dieser Mitteilung folgte schon am 10. April 1949 die Übermittlung des ursprünglich schon für Ende 1948 angekündigten Besatzungsstatuts; darin war die Kontrollfunktion der Alliierten umschrieben, die eine Einschränkung der Souveränität der zukünftigen Bundesrepublik bedeutete.

Trotz der Mitteilung der Außenminister schien die Lage im Parlamentarischen Rat nur wenig entspannt, zumal den Abgeordneten nicht klar war, ob diese Mitteilung eine Ermahnung oder gar Drohung war, den Empfehlungen der Militärgouverneure zu folgen, oder eher als ein Vertrauensbeweis an die Parlamentarier anzusehen war.

Zum dritten Mal während der gesamten Verhandlungen des "Parlamentarischen Rates" kam es in Frankfurt am 14. April 1949 zu einer offiziellen Begegnung zwischen den Militärgouverneuren und einer Delegation von Bonner Abgeordneten unter der Leitung Adenauers. Das Besatzungsstatut vom 10. April 1949 wurde endlich vorgelegt und ausführlich diskutiert.

Militärgouverneure taktieren

Am Ende der offiziellen Verhandlungen vom 14. April 1949 informierte der britische Militärgouverneur Robertson - im Einvernehmen mit seinem amerikanischen Kollegen Lucius D. Clay



Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates
in der Bonner Pädagogischen Akademie im Januar 1949



Arbeitsitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates im Januar 1949 in Bonn.

- einige SPD-Abgeordnete, darunter Carlo Schmid, über den Inhalt einer weiteren Mitteilung der Außenminister der drei Westmächte. Darin drückten die Außenminister ihr Wohlwollen gegenüber der bisherigen Grundgesetzarbeit des "Parlamentarischen Rates" aus und gaben den Weg zum Abschluss der Grundgesetzarbeit frei. Den Veröffentlichungstermin dieser Mitteilung überließen die Außenminister ihren Militärgouverneuren. Solange die Mitteilung nicht offiziell bekannt war, konnte die SPD ihren Inhalt also für ihre parteipolitischen Interessen nutzen. Tatsächlich ging die SPD in einer Parteitage resolution auf ihrem "Kleinen Parteitag" in Hannover unerwartet weit hinter die Beschlüsse des interfraktionellen Fünferausschusses vom Februar 1949 zurück und forderte - neben dem Verzicht auf die Grundrechte - eine von den Besatzungsmächten unbeeinträchtigte Entschlussfreiheit des "Parlamentarischen Rates". Dieser sollte dem Bund zur Erfüllung seiner Aufgabe die notwendigen Mittel und Möglichkeiten schaffen; d.h., dass die Alliierten den Weg zu einer Bundesfinanzverwaltung frei geben sollten. In einem eigenen sog. "verkürzten" Grundgesetzentwurf legte die SPD in den nächsten Tagen ihr Konzept für die Erhaltung einer unitaristischen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung vor. Sollten die zur Bedingung gemachten Forderungen nicht erfüllt werden, drohte die SPD mit einer Ablehnung des Grundgesetzes.

Nach Veröffentlichung der Resolution der SPD veröffentlichten die Alliierten am 22. April 1949 die bereits am 5. April 1949 von den Außenministern verabschiedete und am 14. April 1949 der SPD zur Kenntnis gebrachte Mitteilung, in der sie ihr Wohlwollen über die bisherige Grundgesetzarbeit zum Ausdruck brachten. Nun machte die SPD die Öffentlichkeit glauben, dass nur aufgrund ihrer harten und kompromisslosen Haltung die Alliierten nachgegeben hätten. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher verschwieg, dass durch Schmid und Menzel vermutlich der gesamte SPD-Parteivorstand, wenigstens aber er selbst über die Mitteilung der westalliierten Außenminister ausreichend informiert war. Erst Anfang Mai 1949 wurde bekannt, dass Mitglieder der SPD schon vor dem Parteitag in Hannover über den Inhalt des Memorandums in Kenntnis gesetzt worden war. Adenauer nahm das Zusammenspiel von Britischer Besatzungspolitik und SPD-Interessen später im Wahlkampf zum ersten Deutschen Bundestag auf. - Von SPD-nahestehenden Historikern und Historikerinnen wird das taktische Zusammenspiel zwischen Briten und der SPD in der Schlussphase der Grundgesetzarbeit erst gar nicht thematisiert. Auch die britischen Geheimdossiers vom April 1949, die schon 1989 publiziert worden sind, werden ignoriert.

Letzte Verhandlungen mit den Alliierten

Die Mitteilung der Außenminister vom 22. April 1949 läutete die letzte Etappe zum Abschluss des Grundgesetzes ein. Die Militärgouverneure baten umgehend eine Delegation des Parlamentarischen Rates unter der Leitung des Präsidenten Adenauer nach Frankfurt zu erneuten Gesprächen. Am 25. April 1949 wurden in einer mehrere Stunden andauernden Sitzung in Frankfurt die bislang von den Alliierten abgelehnten Artikel des Grundgesetzentwurfes diskutiert. Die Alliierten hatten noch immer Einwände gegen die zu weit reichenden Befugnisse der Bundesregierung und gegen die umfassenden Bundesvollmachten über den Finanzausgleich zwischen den Ländern. Mehrfach verließen die Militärgouverneure und ihre Offiziere die Versammlung, um den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates die Gelegenheit zu geben, auf interfraktionellem Weg eine Einigung herbeizuführen, die dann auch von den Militärgouverneuren akzeptiert werden konnte.



H. IHR BLÖDEN GÄNSE
Gustaf Gründgens (siehe „Theater“)

DEUTSCHLAND

Fünf Minuten nach zwölf

Zu dem Unglück in Bonn

Am 5. Mai brachte UP-Korrespondent Touren. Er kablette aus Robertsons Deberitschaft, den westdeutschen Staat auf Eis zu legen (vgl. Panorama des letzten reitz sollte er aufgetaut werden, falls es Bei den Bonner Provisorialräten wirkte diese Nachricht wie Rhizopus. Es brachte sie im Laufschritt an die Plenartische. Die schnelle Gangart war nicht vorgesehen. Zwei Tage Hauptausschuß sollten den Kompromiß-Erbwurf, plenarreif machen. Nach arbeitsfreiem Wochenende war Plenarumsatz, Reihenfolge: Bundesrat, Ueberleitungsausschuß, Wahlrecht, Schlußspitze, Grundgesetz: drei bis vier Tage lang. Während der Hauptausschuß ahnungslos DP-Seebohms 31 Anträge durch die Adenauers Attache Blankenhorn und der Generalsekretär des Parlamentarischen Rates, Kai Köster, die UP-Meldung. Wahr oder nicht wahr, Warnschuß oder Betraite: Bonn reagierte mit Torschluß. Nacharbeit für den Hauptausschuß, bei der es ziemlich durcheinander ging, Abstimmungsumhülle drehte, recherchierten Hopler-Abschiff stimmte verschnellert für die Abschaffung der Todesstrafe. Er war auch hinterher noch dagegen. Adenauer amputierte Helene Wessel. Er schnitt ihr die Antragsbegründungen und Protesterklärungen zum Elterrecht weg.

tionell umgeschmissen. Neue Reihenfolge: Ueberleitungsausschuß, Grundgesetz, Wahlrecht, Bundesrat. Ausschußvorsitzender Professor von Mangoldt durfte 40 Maschinenselten Manuskript Zeit- und Lustmagnet DP-Seebohm meinte: „Wer soll sich das Zeug denn jetzt noch Reimann („Wen interessiert denn der Quatsch jetzt noch“). Als die CSU mit Reichsbahn-Sonderzug Wandlängler 14 Nein-Stimmen zum Schluß der Abstimmung aus. Die CSU enttäuschte. Zwei Stimmen für das Grundgesetz, die Franken-Schlör und Mayr-Franken-Mayr spielte schon immer schwarze Stimmengänge im Finanzausschuß Fall gebracht. Auch den anderen CSU-Verneinern war es nicht wohl bei ihrer Antwort. Ihr Sprecher Josef Schwalber hatte Tränen verkündete. Und Pfeiffers Stimme war klein und leuchtig bei seinem Nein. Der historische Treppenswitz von Bonn wie das Veto aus dem Zentrum. Das stand ein Turm für das Elterrecht“, nach dem die CDU bereits umgefallen war. Trotz Kardinalsbrief und Pützchen-Konferenz. Im Pützchen hatte Prälat Böhrer die CDU das Zentrum ausgeschickt, weil es nicht fest genug für das Elterrecht stiehe. Die Erklärungen zur Abstimmung waren so zahlreich und so lang, daß Adenauer nur mit Mühe die Schlußabstimmung vor 24 Uhr hinbiegen konnte, damit das Grundgesetz das Datum des Kapitulations-Jahrestages 8. Mai trage. Das brach wiederum DP-Heile das Genick. Er hatte sich eine schöne Rede zurechtgelegt, die den Parlamentarischen



Im Laufschrift an die Tische: Sitzende Grundgesetz-Verneiner KP-Beimann, KP-Benne

über das ebenso klinglos abgestimmt wurde, wie über eine scheltelbige Bagatelle. Am Morgen danach blieb nur noch das Polizeiwesen abzustimmen. Der Antrag Zinn war so kompliziert, daß ihn niemand recht verstand, weder die Abstimmer noch die Zuhörer. Er wurde angenommen. Dann räumte der Hauptausschuß den Saal und das Nachmittagsplenum zog ein. Vorher wurde der Fahrplan Interfrak-

Rat ermahnte, „nicht länger auf dem verderblichen Weg des Zentralismus voranzuschreiten“, der Deutschland ins Unglück führe. Als er seine Rede fünf Minuten nach 12 sprach, war sie nicht mehr aktuell. Konrad Adenauer fragte indigniert: „Warum erzählen Sie uns das jetzt noch, fünf Minuten nach der Abstimmung?“ Wilhelm Heile antwortete: „Ich habe acht Monate lang geschwiegen... zu dem Unglück in Bonn.“

„DER SPIEGEL“, Donnerstag, 12. Mai 1949

Über die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 berichtete „Der Spiegel“ ausführlich vier Tage später.



Blick in die feierlich ausgestaltete 12. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 23. Mai 1949 in der Pädagogischen Akademie in Bonn: Der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer unterzeichnet die Urschrift des Grundgesetzes.

Unten: Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949.



GRUNDGESETZ
FÜR DIE
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

Den Vorschlag Adenauers, erst einmal nach Bonn zurückzukehren, um dort weiter zu verhandeln, lehnten die Militärgouverneure entschieden ab, weil das den Abschluss der Grundgesetzarbeit nur weiter verzögert hätte. Inzwischen waren aber nun bei den Parlamentariern neue Differenzen aufgetreten, insbesondere in der Frage der Konfessionsschule, eine Angelegenheit, aus der sich die Alliierten zwar heraushalten wollten, die aber unbedingt noch in der Frankfurter Besprechung am 25. April 1949 geklärt werden musste. Nach langwierigen Verhandlungen wurde eine Einigung herbeigeführt. Die Militärgouverneure gaben ihr grundsätzliches Placet zum Abschluss der Arbeiten des Parlamentarischen Rates.

Nun konnte mit der vierten Lesung im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates und mit der zweiten und dritten Lesung im Plenum begonnen werden. Auch die vom "Deutschen Volksrat" in der sowjetischen Besatzungszone unterbreiteten Vorschläge zum sofortigen Stopp der Grundgesetzarbeit und zur Einladung zu gesamtdeutschen Besprechungen zwecks Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands konnten kaum den festen Willen der Abgeordneten des Parlamentarischen Rates beeinträchtigen, das Grundgesetz noch am 8. Mai 1949 um 23.57 Uhr, dem vierten Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, zu verabschieden. Es war insbesondere Adenauers Wunsch gewesen, diesen Tag neu und positiv zu besetzen. Tatsächlich hätte in der unmittelbaren Nachkriegszeit wohl kaum ein sinnfälligeres Datum angestrebt werden können, um den westlichen Großmächten den Willen des deutschen Volkes zu demonstrieren, sich verantwortungsvoll am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu beteiligen, und aller Welt zu demonstrieren, dass Deutschland bereit war, aktiv an dem Zusammenwachsen eines neuen Europa mitzuwirken. Es ist nur ein Aperçu, dass Adenauer, der wusste, dass eine Verfassungsurkunde mit dem Datum ihrer Unterzeichnung und Verkündung zitiert wird, später, bei Versendung von Faksimileausgaben des Grundgesetzes betonte: "Zur Erinnerung an die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949...".

Mit 53:12 Stimmen wurde das Grundgesetz also am 8. Mai 1949 wenige Minuten vor Tagesende angenommen. Sechs Abgeordnete der CSU und die jeweils zwei Abgeordneten von DP, Zentrum und KPD lehnten es ab. Die CSU vermisste bei dem Grundgesetzentwurf grundlegende föderalistische Vorgaben und ebenfalls ein Bekenntnis zur christlichen Staatsauffassung. Die sechs CSU-Politiker erklärten aber mit allem Nachdruck, dass sie sich trotz aller Einwände gegen das Grundgesetz "dem neuen Staat und Gesamtdeutschland aus tiefstem Empfinden verpflichtet fühlen". Auch das Zentrum und die DP hatten im Einklang mit der evangelischen und katholischen Kirche u.a. eine stärkere Berücksichtigung des Elternrechts gewünscht. Nach ihrer Obstruktionspolitik hatte die KPD aus ihrer Sicht folgerichtig schließlich ebenfalls das Grundgesetz abgelehnt.

Schon vor Aufnahme der Verhandlungen zum Grundgesetz im Parlamentarischen Rat stand fest, dass die Militärgouverneure den Grundgesetzentwurf genehmigen mussten. Als die Arbeit des Parlamentarischen Rates mit der dritten Lesung des Grundgesetzentwurfs im Plenum am 8. Mai 1949 abgeschlossen war, taten nun die Militärgouverneure vor der unmittelbar bevorstehenden Abberufung von General Clay alles, um die Genehmigung zügig vorzunehmen. Denn für Mai/Juni 1949 war eine Konferenz der Außenminister von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA in Paris geplant. Über diese wurden seit längerer Zeit Gerüchte verbreitet, denen zufolge befürchtet werden konnte, dass die vier Siegermächte Entscheidungen fällen würden, die alle bisherigen Pläne zur Errichtung einer Regierung in Westdeutschland ändern

oder verzögern könnten. Die Alliierten entschieden deswegen sehr kurzfristig, für den 12. Mai eine Delegation des Parlamentarischen Rates nach Frankfurt einzuladen, um die Genehmigung des Entwurfes des Grundgesetzes offiziell bekanntzugeben.

Am 12. Mai 1949 endete zugleich die Berlin-Blockade, so dass der Tag der Grundgesetzgenehmigung kaum sinnfälliger hätte gewählt werden können. In dieser Sitzung in Frankfurt übergab Robertson im Namen der Militärgouverneure Adenauer ein Schreiben, in dem zwar noch einmal einige Einschränkungen des Grundgesetzes benannt waren, aber dennoch die Vollmacht zur Ratifizierung des Grundgesetzes übertragen wurde. Immerhin bestanden die Alliierten nun nicht mehr - wie noch in den "Frankfurter Dokumenten" - auf die Zustimmung der Länder durch ein Referendum. So wurde vom 18. bis 21. Mai 1949 das Grundgesetz in den Landtagen angenommen, ganz so, wie die Ministerpräsidenten es schon in ihren "Koblenzer Beschlüssen" gefordert hatten. Lediglich der Bayerische Landtag lehnte aus den gleichen Gründen wie die CSU-Abgeordneten im Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 das Grundgesetz ab, räumte jedoch eine Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes in Bayern ein, wenn das Grundgesetz in zwei Dritteln der deutschen Länder anerkannt werden würde.

Am Nachmittag des 23. Mai 1949 wurde in den Tagungsräumen des Parlamentarischen Rates unter Teilnahme einer großen Zahl von Ehrengästen im Rahmen der 12. Sitzung des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz ausgefertigt, d.h. unterschrieben, und verkündet. Das Grundgesetz trat um Mitternacht vom 23. auf den 24. Mai 1949 in Kraft. Die Arbeit des Parlamentarischen Rates war nach fast neun Monaten, viel länger als ursprünglich erwartet, erfolgreich beendet.

Königstein

Königstein spielte für das Grundgesetz keine herausragende Rolle, allerdings 1948 und 1949 für die Organisation der westdeutschen CDU als Bundespartei. Auch die Ministerpräsidentenkonferenz im "Haus der Länder" am 24. März 1949 war eine "Konferenz für das Grundgesetz" gewesen, aber befasste sich nicht mit dessen Inhalten.

Aufgrund der ungezählten und auch noch nicht einzeln erfassten Sitzungen und Tagungen im "Haus der Länder" Villa Rothschild der verschiedensten Gruppierungen aus dem Wirtschaftsrat und den Landesregierungen, erinnert sei z.B. an die Konferenz der Ministerpräsidenten vom 30. August 1950, gehört Königstein dank der Villa Rothschild doch zu den Städten Westdeutschlands, die mit dem Grundgesetz und vor allem der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland eng verwoben sind. Daran haben auch die Treffen der westdeutschen CDU einen hohen Anteil.

Teilnehmerliste der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. März 1949 im „Haus der Länder“ Villa Rothschild.

- 2 -

Lfd. Nr.	Name	Amtsbezeichnung	
25	Dr. Heuss	Professor	W
26	Dr. Menzel	Innenminister	B
27	Bergner	Landrat z.D.	H
28	Zinn	Staatsminister	H
29	Dr. Brill	Staatssekretär	H
30	Dr. Diederichs	Abg.d.Parl.Rates	Ni
31	Dr. Becker	Mitgl.d.Parl.Rates	B
32	Schwend	Direktor	Bad
33	Spiecker	Minister	
34	Dr. Lauffor	Staatssekretär	Ni
35	Dr. Hansen		Ham
36	W. Brentano	Botschafterat a.D.	Bad
37	Dr. Dankworths	Min.Rat	Ni
38	Dr. Katzenberger	Min.Dgt.	Nor
39	Rakette	Büroleiter	Bür
40	Habedank	Stenograf	Hea

Königstein, den 24. März 1949 104

Teilnehmerliste
der Ministerpräsidentenkonferenz am 24. März 1949
in Königstein

Lfd. Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Land	Anschrift
1	Stock	Min. Präsident	Hessen	Wiesbaden
2	Dr. Ehard	Min. Präsident	Bayern	München
3	Arnold	Min. Präsident	Nordrh. Westf.	Düsseldorf
4	Kopf	Min. Präsident	Niederrh.	Hannover
5	Brauer	Bürgermeister	Hamburg	Hamburg
6	Dr. Schühly	Innenminister	Baden	Freiburg
7	Gebh. Müller	Staatspräsident	Württbg.-Hohenzollern	Tübingen
8	Altmeyer	Min. Präsident	Rheinland-Pfalz	Koblenz
9	Dr. Boyerle	Stollv. Min. Präs.	Württ. Baden	Stuttgart
10	Lüdemann	Min. Präsident	Schleswig-Holstein	Kiel
11	Kaisen	Senatspräsident	Bremen	Bremen
12	Suhr	Stadtverord. Vors.	Berlin	Berlin
13	Worz <i>Dr.</i>	Legationsrat	Hessen <i>NAM</i>	Wiesbaden
14	Mittendorff	Bevollmächtigter	Bremen	Frankfurt
15	Pohle	"	Schleswig-Holstein	Frankfurt
16	Dr. Klaiber	Ministerialrat	Württemberg - Baden	
17	Dr. Süsterhenn	Kultusminister	Rheinland-Pfalz	Koblenz
18	Donndorf	Oberreg. Rat	Wü.-Hohenz.	Tübingen
19	Goldschmidt	Pressereferat v. Min. Präs. Stock	Hessen	Wiesbaden
20	Stoffen	Innenminister	Rheinl. Pfalz	Koblenz
21	Ulrich	"	Württemberg-Baden	
22	Dr. Katz	Justizminister	Schleswig-Holstein	
23	Dr. Haas	Staatsrat	Bremen	
24	Dr. Pfeiffer	Staatsminister	Bayern	München

DEUTSCHE ZEITUNG

ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

PREIS 20 PFENNIG

ABEND, DEN 12. MÄRZ 1949

Bonner Politiker zunächst ratlos

Alliierter Standpunkt unabänderlich



Nordatlantikpakt teilnehmen, verlassen nach einer Anwesenheit im State Department. Von links nach rechts: O. Reuchlin, der kanadische Botschafter Henri Bonnet, der belgische Botschafter Hugué Le Gallais. (Photo: HEUTE)

Bonn (NZ). — Die Besprechungen zwischen den alliierten Verbindungsstäben, ihren Finanzexperten und dem interfraktionellen Siebener-Ausschuß des Parlamentarischen Rates wurden am 10. März nach zweitägiger Dauer vorläufig beendet. Sie hatten den Zweck, die Auffassungen der Alliierten zum Grundgesetz, die in dem am 2. März überreichten Memorandum enthalten sind, näher zu erläutern. Es war nicht die Aufgabe der alliierten Verbindungsstäbe, über Modifizierungen zu verhandeln, sie hatten nur zu interpretieren.

Man hat in politischen Kreisen in Bonn den Eindruck, als ob nach den Gesprächen der letzten Tage auf deutscher Seite eine ziemliche Ratlosigkeit, besonders in der Frage des Finanzausgleichs, herrscht, obwohl die Lage am Nachmittag des 10. März als „aufgelockerter“ bezeichnet wurde. Es wird gesagt, die Alliierten hätten alle deutschen Vorschläge auf Änderung der Grundsätze des Memorandums als nicht diskutabel bezeichnet und es den Deutschen überlassen, an Hand der gegebenen Erläuterungen und im Rahmen der Formulierungen zu finden, die die alliierten Verbindungs-

gouverneuren über den Verlauf der Gespräche berichten, so daß nach deutscher Auffassung die Möglichkeit besteht, daß bei der für Mitte nächster Woche vorgesehenen erneuten Führungnahme in Bonn eine Stellungnahme der Gouverneure auf Grund der ersten Gespräche in Bonn vorliegen wird.

Daß die Gespräche in Bonn teilweise äußerst schwierig waren, wird sogar von deutscher Seite auch als die Schuld des Parlamentarischen Rates bezeichnet. Ein großer Teil der Abgeordneten vertritt heute den Standpunkt, man habe im Laufe der Monate in Bonn offenbar

Bonn bedeutet nicht volle Souveränität

Washington (DENA). — „Als der Parlamentarische Rat in Bonn zusammentrat, haben die Westmächte keinen Zweifel darüber gelassen, daß Westdeutschland unter den gegenwärtigen

Die inhaltlichen Differenzen zwischen den alliierten Militärregierungen und dem Parlamentarischen Rat führten im März 1949 zu einer Krise, während der die Fortführung der Arbeiten am Grundgesetz zeitweilig in Frage stand: Berichterstattung. — Diese Situation führte zu einer Ministerpräsidentenkonferenz am 24. März 1949 in Königstein.

Sowjetische Gefahr in Österreich

Österreichische Regierung verfügt über ausreichende Polizeikräfte

österreichischen Innenminister Oskar Helmer / Von Alfred Joachim Fischer

zentrum. Heute wird es von den Sowjets ausgebeutet, würde aber bei Zustandekommen eines Kompromisses zur gemischt österreichisch-sowjetischen Gesellschaft werden.

Einzelne Kommunisten, mit denen ich über den Werkschutz sprach, behaupteten, er existiere überhaupt nicht mehr und sei nur während der besetzten, chaotischen Besatzungszeit notwendig.

auch gegen das Vorhandensein solcher Absichten. Schon einmal erwiesen sich Gerüchte über einen geplanten Staatsstreich des früheren Chefs der Staatspolizei, Dr. Heinrich Dürmayer, als vollkommen haltlos.

Zum Schluß des Interviews versichert Innenminister Helmer nochmals: „Solange ein Putsch, woher er auch immer kommen möge,

sagt die Erklärung, keine Herabsetzung der Bedeutung der Bonner Beratungen und ihrer Ergebnisse.

Wie groß der Unterschied sei zwischen absoluter Herrschaft einer Besatzungsmacht mit Hilfe deutscher Marionetten und der Bereitschaft der Westmächte, einer deutschen Regierung das Höchstmaß an Regierungs- und Verwaltungsmacht zuzugestehen, zeige die Entwicklung in Ostdeutschland in unbarmherzig klarem Licht.

Der Kritik der Militärgouverneure liege nicht das Bestreben einer größeren Beschränkung deutscher Autorität zugrunde, sondern lediglich der Wunsch, die neue deutsche demokratische Verfassung so gestaltet zu sehen, daß sie lebens-

Länderchefs für Weiterarbeit

Bonn soll Verfassung beschleunigen

Frankfurt (NZ). — Die Ministerpräsidenten der elf Länder Westdeutschlands traten am 24. März in Königstein zu einer Konferenz zusammen, auf der sie zu den Fragen Stellungnahmen, die durch das Bonner Grundgesetz aufgeworfen sind. Die Ministerpräsidenten empfahlen, wie die „Neue Zeitung“ erfährt, eine Empfehlung an den Parlamentarischen Rat, im Sinne der bisher geleisteten Arbeit ihre Tätigkeit beschleunigt zu Ende zu führen.

Die Empfehlung ist als eine Rückenstärkung für die Haltung der Ratsmitglieder in Bonn gegenüber Einwänden der Militärregierung gedacht. Ein offizielles Kommuniqué ist nicht ausgegeben worden. Wie verlautet, haben sich die Ministerpräsidenten einmütig für eine solche Empfehlung ausgesprochen. Damit sind, so erfuhr die „Neue Zeitung“, alle Tendenzen ab-

gewiesen, die darauf abzielten, angesichts der sich versteifenden politischen Lage die Arbeiten in Bonn etwa ganz abzubrechen.

Der hessische Justizminister August Zinn (SPD) erläuterte die Entscheidung dahingehend, „daß die jetzt noch bestehenden Differenzen zwischen den Ansichten des Parlamentarischen Rates und den Militärregierungen zu gering sind, als daß es den Militärgouverneuren schwer fallen könnte, die Auffassungen des Siebener-Ausschusses des Parlamentarischen Rates zu billigen.“

In der Frage der Ländergrenzen bitten die Ministerpräsidenten die Militärgouverneure, dem bereits am 11. Oktober 1948 übergebenen Antrag auf Volksabstimmung über die Grenzen der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zuzustimmen.

Die Länderchefs faßten folgende Entschlie-
bung zum Bundeswahlrecht: 1. Die Ministerpräsidenten halten es für zweckmäßig, für das ganze Bundesgebiet ein einheitliches Wahlrecht für den Volkstag zu schaffen. 2. Sie richten daher an den Parlamentarischen Rat die Bitte, auf Grund erneuter Beratungen ein Wahlgesetz zu verabschieden, das — mit mindestens zwei Dritteln Mehrheit beschlossener — der Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes gewiß ist. 3. Den Militärgouverneuren unterbreiten die Ministerpräsidenten die Bitte, ein so vom Parlamentarischen Rat beschlossenes Wahlgesetz zu genehmigen.

Zur gleichen Zeit tagten in Königstein die Finanz- und Kultusminister der beiden Zonen. Die Beratungen führten zum Abschluß eines Staatsabkommens zwischen den Ländern, das in den Westzonen, zu deren Finanzierung die Kraft der einzelnen Länder nicht ausreicht, aus einer gemeinsamen Kasse finanziell zu stützen.

Die Länder haben einmütig ihre Bereitschaft zu einer solchen Kollektivhilfe ausgesprochen, jedoch bedarf ihre Zusage noch der Zustimmung der Länderparlamente. Es handelt sich für 1949 um etwa 19 Millionen Mark. Für die Max-Planck-Gesellschaft werden allein 11,5 Millionen Mark aufgewandt werden, für das Germani-
um in Nürnberg, für das Deutsche Institut für Welt-
forschung in München, für das Deutsche Institut für Welt-
forschung in Kiel und andere insgesamt 5,3 Millionen Mark. Die Institute sollen auf die Mittel-
zuweisung für die Dauer von fünf Jahren rech-
nen können.

Berichterstattung über die Ministerpräsidentenkonferenz und das Ministertreffen vom 24. März 1949 in Königstein in: „Die Neue Zeitung“ vom 26. März 1949.



Fiktive Schreibtisch-Collage zur
Ministerpräsidentenkonferenz
am 24. März 1949 in König-
stein: Stenografische Mitschrift
und Protokoll.

... die BM
Sechzehn
wachte das
dem Dornrös
Sokolowski-
fahrt der vie
Instruktionen
durch den f
Seydoux, saßen die Quartett
an gemeinsamem Tisch.

Sokolowski saß mit dem Lächeln eines
moralischen Siegers im Wagenfond. Som-
merlich-weiß gekleidet kam er direkt von
seinem luxuriösen Besitz in Babelsberg.
Passanten blickten auf das große Schau-
spiel vierfältiger Macht. Schweigend.

Letzte Perle

An französischen Kaminen

Jeden Morgen um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr versammelt
sich ein Trupp Arbeiter in schwarz-
gefärbtem Ami-Drillich am Nordausgang
des Frankfurter Hauptbahnhofs. Ein LKW
verschwindet dann mit ihnen im weiten
Taunus.

Die Flüchtlinge in den Behelfsheimen
auf dem Grundstück Falkensteiner Straße 1
in Königstein (Taunus) haben sich allmäh-
lich an den Lärm gewöhnt, den die
Schwarzbedrillichten machen: Ratterndes
Stakkato der Preßluftschlämmer dröhnt seit
Wochen durch den Rothschildischen Park.

Hinter dessen hohen Toren wird seit
November 1947 gewühlt. „Oberbauleitung
Zweizonenaktion, Bauleitung Königstein“
steht auf den Umbau-Plänen für die Villa
Rothschild. Der Zweizonen-Länderrat, die
Ländervertretung beim früheren Sommersitz
der ehemals 400 Millionen Goldmark
schweren Freifrau Mathilde Goldschmid-
Rothschild als letzte Perle in die Kette der
Frankfurter Gästehäuser einreihen.

Umgeben vom kurörtlichen Grün der
40 Morgen Rothschildischen Parkes werden
die deutschen Politiker in der Sommer-
frischen-Ruhe des 400 Meter hohen Pfaffen-
steins westdeutsche Rumpfpolitik machen
können.

Sie können dabei gute Nachbarschaft
pflegen. Bis zu General Clays „Victory
Guest House“ sind es nur Schritte über die
Straße. Und bis zum Schönberger Gäste-
haus der Stadt Frankfurt, bei den bizonalen

6

Mathilde aus alten fran-
sien gekauft, sind in woc-
wieder hergerichtet worde-

Noch haust im ersten
betten ein Teil der Baua-
werden dort die Gäste
wohnen. 16 Zimmer mit
Telefon und Radio werden
siven Benutzung bereitstehe-

Neben den Arbeiterquarti-
Ing. Flos als Bauleiter zusar-
Frankfurter Innenarchitek-
sein Hauptquartier. Ueber-
werke haben seine Männer
„vermanschte“ (Flos) Louis
tektur der zweistöckigen Ro-
gesteckt. Anfang der neunzig-
nötigte man für ihren Bau
Jahre.

Auf 350 000 Deutsche Mark
Kostenvoranschlag für die Arb-
Villa in der Zeit nach der Wäh-
Teppiche, Badewannen, Steine,
waren allerdings bereits vor-
angeschafft worden.

Mit solchen Informationen is-
derrat nicht sonderlich freigebig-
ger, Generalsekretär des Länd-
es sich bei der Bauleitung au-
ausgebeten, daß Reporter von i-
abgefertigt würden. Der Korr-
einer amerikanischen Nachricht-
mußte eine halbe Stunde fernmür-
porterdiplomatie treiben, bevor e-
Unterlagen bekam. Noch währen-
telefonierte, rief eine mysteriöse
dazwischen: „Und das Volk bezahl-
es kommt doch alles an die Oeffentl-
Träger ließ untersuchen.

Die Sache sei noch nicht spruchre-
er, und die Ministerpräsidenten
selber noch nichts von der ihnen
stehenden Ueberraschung.



Der Ausbau der Villa Rothschild in Königstein zum „Haus der Länder“ zog sich bis in den Herbst 1948 hin: Darüber berichtete ausführlich „Der Spiegel“ am 4. September 1948.

in französischen St...
in wochenlanger Arbeit
worden.

ersten Stock auf Feld-
Bauarbeiter. Später
Gäste des Länderrates
r mit je zwei Betten,
werden zu ihrer exklu-
sitstehen.

quartieren hat Dipl.-
r zusammen mit dem
chitekten Diefenbach
Ueber 16 000 Tage-
änner bisher in die
Louis-Seize-Archi-
gen Rothschild-Villa
neunziger Jahre be-
n Bau über sieben

Mark lautet der
die Arbeiten an der
r Währungsreform.
Steine, Fliesen usw.
s vor der Reform

nen ist der Län-
eigebig. Dr. Trö-
Länderrates, hat
ung ausdrücklich
von ihm selbst
Korrespondent
richtenagentur
ernmündlich Re-
vor er genaue
während Träger
teriöse Stimme
bezahlt — aber
effentlichkeit!“

ruchreif, meint
enten wüßten
ihnen bevor-

Russen das we... in poli-
den letzten Schikanen mö... er für die
tur aus. Den Russen gefiel seine Arbeit und... Theater nach
sie wollten ihn mitnehmen. Flos dagegen... Architek-
zog es vor, an der Bizone mitzubauen.

Feinde des Ismus

Forellen-Gespräche

Tübingen“ ist augenblicklich in den
deutschen Partei-Hauptquartieren das
Stichwort für außerplanmäßige Beratun-
gen. Die Parteien Deutschlands sind in
Gefahr, ihren Nachwuchs zu verlieren. Im
idyllischen Tübingen saß in der zweiten
Augusthälfte ein interner Kreis von Po-
litikern zusammen, etwa 30 junge Deutsche
aus allen vier Zonen. Berlin, in den ver-
schiedenen Auffassungen über Demokratie
praktisch geschult, war besonders gut ver-
treten.

Die Türen des Weinhauses Forelle waren
schalldicht. Wer mit direkten Fragen kam,
sah kalte Schultern.

Die Namen der Teilnehmer sollten ge-
heim bleiben. Sie stammten aus allen
demokratischen Parteien, von der Deut-
schen Partei bis zur SPD. Aber sie pilger-
ten nicht auf der parteiamtlichen Linie,
sondern machten Seitensprünge mit recht
ernsthafter Kritik am eigenen Partel-
gefüge.

Es begann in kleinen Diskussionskreisen
in Berlin und München, Hamburg und
Köln. Dort trafen sich politisch inter-
essierte junge Menschen über Parteihür-
den hinweg. Bald zeigte es sich, daß zwi-
schen ihnen mehr Gemeinsames als
Trennendes war.

*) Opel hatte kurz nach Anbruch jener Tage
die Rothschild-Villa erworben.

I
R
L
I
k
d
d
ro
ko
ve
Zi
bi
we
de
sch
Ab
arb
gro
Z
sag
der
stü
sien
staa
müs
nich
ein
steh
We
bildu
initia
„DER

Oktober 1948

Die Ländervertretung

Repräsentations- und C



Gästehaus des Länderrats in Königstein

Die Vorbereitungen der Stadt Frankfurt für die Aufgabe einer provisorischen Hauptstadt der Vereinigten Westzonen sind auf den verschiedensten Gebieten mit Umsicht und erheblichen Kosten getroffen worden. Die Länder selber haben finanziell recht gewichtige Garantien für die notwendigen Arbeiten übernommen. Zur Fertigstellung der Siedlungen für die Beamten der Bizone wurde erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Wohnungsbaugesellschaft gegründet, der jetzt, wie berichtet, 18 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, während für einen späteren Bauabschnitt noch etwa 10 Millionen Mark erforderlich werden.

Neben diesem Siedlungsprogramm läuft ein zweites mehr repräsentatives Bauprogramm, der Bau von Gästehäusern für die Länder. In den letzten Monaten hat die Frankfurter Aufbau AG in verschiedenen Gegenden der Stadt, am Rand des Stadtwaldes, in den Anlagen und am Main respektable Häuser wieder auf- und ausgebaut, die als eine Art Standquartier der Länder der westlichen Zonen gedacht sind.

Die Bauarbeiten, für die bekannte Architekten verantwortlich zeichnen, können bei den meisten Häusern in kurzer Zeit abgeschlossen werden. Am weitesten fortgeschritten ist das „Bayernhaus“ in der Humber-

Zuchthaus für Autodieb

Am Freitag wurde von der Frankfurter Strafkammer der Ingenieur Johann Mitlehner, der wegen zehn Autodiebstählen angeklagt war, zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem wurde gegen ihn die Polizeiaufsicht verhängt. Der Handelsvertreter Hans-Joachim Wegener erhielt wegen Hehlerei in drei Fällen neun Monate Gefängnis, und die Käufer der gestohlenen Wagen wurden, da ihnen ein Verstoß nachgewiesen wurde, ebenfalls zu Gefängnis verurteilt.

Spiegelbergen

Der erste Schnee

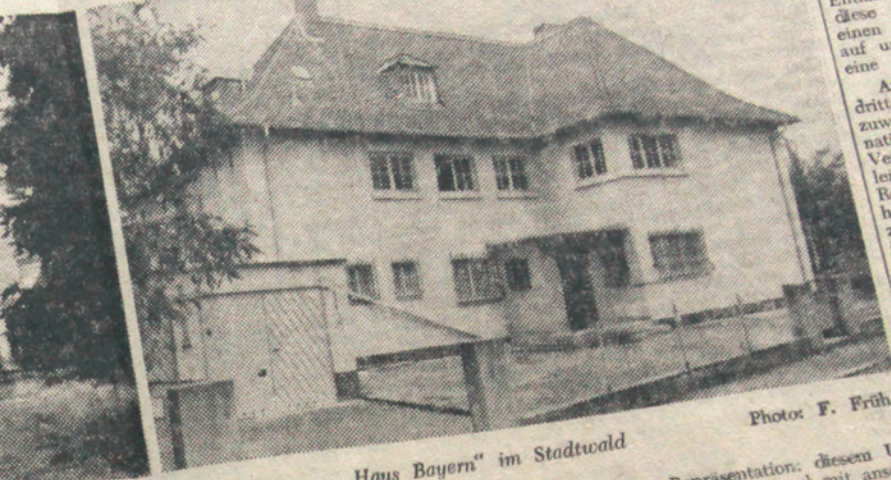
Am Donnerstag kam es in unseren Taunus, Vogelsberg, Spessart und Hünshergiebigen Schneefällen, die zeitweise herunter reichten. Der Kleine Feldberg meldet am Donnerstag früh bei einer Schneehöhe von 15 Zentimeter.

48
48
FESTFEIER
DEUTSCHEN
SAMLUNG
KIRCHE
AM MAIN

Die Töpferin Volkwaise Hanscheergiebigen Schneefällen, die zeitweise herunter reichten. Der Kleine Feldberg meldet am Donnerstag früh bei einer Schneehöhe von 15 Zentimeter.

Die Töpferin Volkwaise Hanscheergiebigen Schneefällen, die zeitweise herunter reichten. Der Kleine Feldberg meldet am Donnerstag früh bei einer Schneehöhe von 15 Zentimeter.

Entwürfe in Frankfurt und Gästehäuser im Entstehen



„Haus Bayern“ im Stadtwald

Photos: F. Früh

... im Stadtwald, in der Nähe der Heimat-
Hier wird in den nächsten Tagen bereits die
e Delegation beim Länderrat einziehen. Es sind
für den Ministerpräsidenten und verschiedene
vorgesehen. Während die Villa des Bayernhauses
sachlich, ohne erkennbaren äußeren Aufwand
ist, bietet die Innenausstattung doch genügend
; vor allem die antiken Möbel der Repräsen-
räume sowie die Büros der führenden Männer
räume sowie die Büros der führenden Männer
achtstücke antiker Möbelfertigung.
nächster Nachbarschaft des Bayernhauses, eben-
am Rande des Stadtwaldes, geht das Haus Opel
Vollendung entgegen, in das die Delegation der
Hamburg einzieht. Der großzügigen architekto-
nen Planung der Villa entsprechen die weiten im-
Empfangsräume, Konferenzzimmer und der
tergarten des Hauses.

... dem sehr repräsentativen Palais, Schaumainkai 53,
der Stadt gehört und das durch den Krieg stark
stört war, zieht die Delegation von Schlos-
stein ein. Das Haus Fürstenbergerstraße 21 wird für
Stadt Bremen gerichtet, für Württemberg-Baden ist
s große Haus Bockenheimer Anlage 13 mit etwa 80
räumen vorgesehen, im Haus Grüneburgweg 105 wird
Nordrhein-Westfalen untergebracht, die Häuser Fürsten-
bergerstraße 45 und Hamannstraße 12 bezieht die De-
legation aus Niedersachsen.

Das Sommerpalais der Rothschilds in Königstein wird
zum Gästehaus des Länderrats hergerichtet.
Dieses weiträumige und prunkvolle Palais, im franzö-
sischen Stil mit auserlesenem Geschmack erbaut, wird
wieder stilgerecht erneuert. Die alten Kamine bleiben
zwar erhalten, ihre ursprüngliche Aufgabe übernimmt
indessen eine moderne Heizung. Die Arbeiten sind hier
nahezu abgeschlossen; die prächtigen Stuckarbeiten in
französischem Barock und die kostbaren Füllungen wur-
den wieder pfleglich und stilgerecht erneuert. Die
Sitzungs- und Gesellschaftsräume im Louis-seize-Stil
tragen den Schmuck alter Facetten Spiegel und feinsten
Ornamente, die stilvoll ergänzt worden sind; im Krieg
hatten sie durch den hier einquartierten Rüstungsbetrieb
... Der Speisesaal weist reiche Familie einge-
... Rothschilden wurden mit Radio

... sie dienen aber auch der Repräsentation; diesem Um-
stand ist in allen Fällen durch große und mit ansehn-
lichem Komfort ausgestattete Empfangs- und Gesell-
schaftsräume Rechnung getragen.

Der Grad der Zerstörung der verschiedenen Häuser
war recht unterschiedlich; dementsprechend schwanken
die Wiederherstellungskosten der einzelnen Objekte
zwischen 12 000 und 60 000 Mark. Insgesamt werden
für den Ausbau der Länderhäuser rund 200 000 Mark
aufgewendet.

Arbeitsgemeinschaft / der Wandervereine

Von den 53 Zweigvereinen des Taunusbundes haben
knapp 30 ihre Vereinsarbeit wieder in Gang gebracht.
Diese Zweigvereine, die einmal einen Höchstbestand
von über 5000 Mitgliedern hatten, sind bemüht, die
Ziele des Verbandes getreu den alten Satzungen wieder
zu verwirklichen. So werden die regelmäßigen Monats-
wanderungen mit der dreizehnten Pflichtwanderung set-
der aufgenommen. Ueber den Wanderbetrieb setzen
Bund die Pflege und den Schutz der Natur sowie
und Heimatkunde. Diesem Ziel dienen
Fachleuten, mit denen ebenfalls wieder
den ist. Die Pflege und Instandhaltung
Türme, Bänke und Hütten,
Wanderwege sind in Angriff
Um den Schwierigkeiten
ders den finanziellen
vereine alle in ab
begegnen, wu
furter Gebie
dem Taun
Odenwa
Höhe
hören.
mit den
Unter dem
Dr. Blaum, dem Vorsitzenden Bankdirekto
ding-Kelsterbach und dem Geschäftsführe
rich-Frankfurt hält der Taunusbund den
der Liebe zur Natur mit ihren unzerstörbar
heiten inmitten einer Welt kultureller und
Trümmer hoch, als Quelle der Erholung un
spannung.

Tagung landwirtschaftlicher Beru
Lehrerinnen

Von Kammer zu Kammer Der unzufriedene

Im Juli 1947 hatte sic
rat Dr. Rudolf Schenk
vor einer Frankfurter S
Er war 1933 der NSDAF
Fördernden Mitglieder
Kammer stufte ihn mit
Gruppe der Mitläufer
Berufungsverhandlung
Entlasteten einrichte
diese Entscheidung,
einen passiven Wid
auf und verwies d
eine Kammer der

Am Donnerstag
dritten Male vor e
zuweisen, daß e
nationalsozialistis
Verordnung unb
leitung in Mißk
Reiches bei d
habe, obwohl
zum Westwall
für Juden ver
ausländischer
und in sei
Sender abh
Oberregi
Beweisaufr
der als M
die Kam
läufer di
gen geb
Klagesch
Gruppe
weil d
voraus
handl
dieser

Am 29. Oktober 1948 berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über den Fortgang der Einrichtung der Gästehäuser der westdeutschen Länder in Frankfurt und Umgebung, darunter auch das „Haus der Länder“ Villa Rothschild in Königstein.

Die Entschliessungen der Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz im „Haus der Länder“ in Königstein am 24. März 1949 zeigen deutlich, dass dort keine Inhalte des Grundgesetzes Thema waren, wohl aber organisatorische und politische Themen rund um die Entstehung des Grundgesetzes und der Bundesrepublik Deutschland. Bilder: Verkleinerte Ansichten der Entschliessungen vom 24. März 1949.

Liste der Entschliessungen

I. Grundgesetz:

Die Ministerpräsidenten haben von den Berichten über die Arbeiten des Parlamentarischen Rates Kenntnis genommen.

Sie betonen erneut die Notwendigkeit, vorerst in den drei westlichen Besatzungszonen zu einer staatlichen Ordnung zu kommen, die eine demokratische und föderalistische Grundlage für eine gemeinsame Regierung und eine angemessene Zentralgewalt der in einen Bundesstaat zu vereinigenden Länder schafft.

Die Ministerpräsidenten weisen darauf hin, dass die sich bereits über Monate hinziehenden Verhandlungen in Bonn zu einem schnellen Abschluss gebracht werden müssen. Der Schwebezustand birgt verhängnisvolle Gefahren für den Wiederaufbau in sich und gefährdet die Verwirklichung des Marshallplanes.

Der Parlamentarische Rat hat mit grosser Mehrheit die Grundlage einer Einigung geschaffen. Die bestehenden Differenzpunkte scheinen nicht dergestalt zu sein, dass nicht ein schneller und befriedigender Abschluss erreicht werden könnte.

II. Bundeswahlrecht:

1. Die Ministerpräsidenten halten es für zweckmässig, für das ganze Bundesgebiet ein einheitliches Wahlrecht für den Volkstag zu schaffen.

2. Sie richten daher an den Parlamentarischen Rat die Bitte, aufgrund erneuter Beratungen ein Wahlgesetz zu verabschieden, das, mit mindestens 2/3 Mehrheit beschlossen, der Zustimmung der grossen Mehrheit des Volkes gewiss ist.

3. Den Militärgouverneuren unterbreiten die Ministerpräsidenten die Bitte, ein so vom Parlamentarischen Rat beschlossenes Wahlgesetz zu genehmigen.

Die Mini
die Arbe
genomme
Sie bet
den dre
Ordnun
stisch
angem
verei

Die l
sich
in F
müssen
Gefahren für den Wied
Verwirklichung des Marshallplanes.

Der Parlamentarische Rat hat mit grosser Mehrheit die Grundlage einer Einigung geschaffen. Die bestehenden Differenzpunkte scheinen nicht dergestalt zu sein, dass nicht ein schneller und befriedigender Abschluss erreicht werden könnte.

Königstein, den 24.3.1949

ngt daran fest, dass
he Notwendigkeit ist.
Rat übertragenen Auf-
ehbaren Rückschlag
s dem durch die tdale
stand in einen Stand
rwärts zu schreiten,

einleitenden Mass-
fühlen sich die
glich auf diese
wartung auszu-
nter nüchterner Wür-
etzungen für die von
ang und Verwirklichung

24.März 1949

Maschinenschriftliches
Protokoll
der CDU-Sitzung
in Königstein
vom 22. Juli 1948

Im Verhältnis zum Original um ca. 10 Prozent verkleinert.

Vertraulich!
Nicht zur Veröffentlichung.

Arbeitsgemeinschaft
der
Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union
Deutschlands
Generalsekretariat

Vertrauliche Information Nr. 5
24. Juli 1948.

Bericht über die Tagung der
Landesvorsitzenden der CDU/CSU am 22.7.1948 in Königstein.

Anwesenheitsliste folgt.

Dr. Adenauer berichtete als Vorsitzender kurz über die Koblenzer Verhandlungen zu den Frankfurter Dokumenten. Er stellte in den Vordergrund, daß es sich bei den Frankfurter Dokumenten um die Deutschland betreffenden Londoner Empfehlungen handelt. Als zweites wichtiges Faktum sei, daß der Berliner Standpunkt zur Neuordnung sich völlig gewandelt habe. Während Frau Schröder gebeten habe, Berlin aus den Regelungen heraus zu lassen, fordere Stadtrat Reuter angeblich namens aller demokratischen Berliner Parteien die Einbeziehung Berlins in die Westregelung. Minister Dr. Hilpert ergänzte den Bericht Dr. Adenauers. Er verlas wesentliche Teile des Protokolls der letzten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren.

Von den Rüdeshheimer Verhandlungen berichtete Minister Dr. Hilpert, Stadtrat Reuter habe eine möglichst schnelle Einbeziehung Berlins in die Westregelung gefordert. Reuter habe behauptet, er spreche in dieser Sache sowohl für die SPD wie für die CDU und die LDP in Berlin. Er glaube, daß Berlin und dem deutschen Osten nur zu helfen sei, wenn die Verhältnisse im Westen möglichst schnell und dauerhaft konsolidiert würden, also die Idee eines "Westglacis". Dem zu bildenden Parlamentarischen Rat müsse als besondere Aufgabe die Schaffung einer Verfassung gestellt werden, unter formale Beschränkung auf diese Aufgabe. Das schließe die Lösung anderer Aufgaben nicht aus, belaste aber den Rat auch nicht unnötig. Abweichend von den Koblenzer Beschlüssen werde das zu schaffende Grundgesetz nun auch offiziell als "vorläufige Verfassung" bezeichnet werden, da die Militärgouverneure das als Bedingung stellen. Um das Plebiszit werde man vermutlich nicht herumkommen. Er halte es aber nach wie vor für unzweckmäßig, da nur eine geringe Beteiligung zu erwarten sei, der nationalistischen Agitation Vor- schub geleistet werde und man die Gefahr eines negativen Ergebnisses ins Auge fassen müsse. Die Koppelung einer Wahl zur Verfassungsgebenden Ver- sammlung mit dem Plebiszit sei besonders unzweckmäßig, da hiermit die Ge- fahr eines erheblichen Mandatsgewinnes nationalistischer Parteien gege- ben sei. Daher müsse darauf hingearbeitet werden, daß die Verfassung

24.7.1948

von den Landtagen bestätigt werde. Die Amerikaner seien zwar grundsätzlich für das Plebiszit, aber ihre eigene Verfassung sei von den Bundesstaaten ratifiziert worden. Eine Beschleunigung der staatsrechtlichen Neuordnung im Westen sei unumgänglich notwendig, da Finanztransaktionen großen Stils und andere Dinge in der französischen Zone auf die Absicht der Franzosen hindeuten, die Zone noch kurz vor Toresschluß soweit wie möglich auszupowern.

Das Dokument Nr.2 stelle für die CDU die größte Belastungsprobe dar. Bei der südwestdeutschen Länderabgrenzung seien sich die CDU-Leute selbst nicht einig, und es bestehe die Gefahr einer Zersplitterung. Die Franzosen benutzten die Neuabgrenzung auch als ein Mittel zu dem Versuch, ihre Zone zu erweitern und den französischen Einfluß auf dem rechten Rheinufer zu vergrößern. Die beste Lösung in der Angelegenheit der Ländergrenzen sei die abwartende Taktik. Zwar sei man sich grundsätzlich über die Notwendigkeit der Umgrenzung einig, aber sie sei in kurzer Frist nicht zu schaffen.

An dieser Stelle entwickelte sich eine partei-interne Debatte um die Frage, ob die Ministerpräsidenten und Minister die Pflicht haben, bei politischen Entscheidungen den Rat der Partei einzuholen. C.Schröder forderte, daß die Parteileitung bei allen wichtigen Entscheidungen von den Ministern zugezogen werde. Minister Dr.Hilpert bestritt, daß die Minister den Parteien verantwortlich seien, sie seien bestensfalls den Fraktionen verantwortlich. Die Minister seien daneben CDU-Leute mit Grundsatzbewahrung, denen man die Freiheit der Entscheidung belassen müsse. Rex forderte ein Statut der Abgrenzung der Zuständigkeiten in der Partei. Es wurde ferner die Frage aufgeworfen, ob bei der Wahl der Ministerpräsidenten vorausgesehen worden sei, daß sie einmal außenpolitisch aktiv werden müßten.

Allgemein war die Forderung, den Berliner Landesverband und Jakob Kaiser grundsätzlich zu den Beratungen der Landesvorsitzenden einzuladen. Dem Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft wurde aufgegeben, in Zukunft so zu verfahren. Es wurde ein Protestschreiben des Landesverbandes Berlin verlesen, in dem er sich über die Nichteinladung nach Koblenz beschwert. Dr.Adenauer stellte richtig, daß es sich damals um eine Einladung des Ministerpräsidenten Altmeier gehandelt habe, bei der Berlin lediglich aus Versehen übergangen worden sei. Das Schreiben sei durch den vorhergehenden Beschluß als erledigt zu betrachten.

24.7.1948.

Regierungspräsident Dr. Zimmer schilderte die französischen Bestrebungen auf Angliederung der Pfalz an das Saargebiet und wies auf einen Artikel des Rheinischen Merkur zur Ländergrenzung in der französischen Zone hin, der eine erhebliche Unruhe in die Bevölkerung getragen habe. Bezgl. der Länderabgrenzung habe der Landesverband Rheinland-Pfalz sich dahin entschieden, das Land Rheinland-Pfalz als eine politische Realität zu betrachten, und man werde die überkommenen Aufgaben solange lösen, bis das gesamt-deutsche Haus gebaut sei. Dr. Zimmer wies auf die parteipolitisch nicht wünschenswerte Folge hin, daß bei i zu schnellen Zusammenschlüssen im Südwesten mindestens ein CDU-Ministerpräsident in diesen entscheidenden Monaten ausfalle, wodurch wir gegenüber der SPD ins Hintertreffen geraten.

Der Vertreter der CSU, Haussleiter, erklärte in einer Organisationsdebatte, die CSU sei nicht bereit, an einer Konferenz der Landesvorsitzenden als einem neuen organisatorischen Institut teilzunehmen. Man habe die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, und in diesem lockeren Gremium, das man absichtlich so locker gelassen habe, könne die CSU allein mitarbeiten. Man möge auf die besonderen bayerischen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Als Kompromiß schlug Haussleiter vor, die Konferenzen der Ministerpräsidenten zumindest mit einem turnusmäßigen Wechsel des Vorsitzenden durchzuführen. Dr. Adenauer bat, es ihm zu überlassen, die Angelegenheit in einer Aussprache mit Dr. Josef Müller zu klären.

In einer längeren Aussprache wurde dann beraten über die verschiedenen politischen und technischen Modalitäten für die Bildung des Parlamentarischen Rates. Man wurde sich darüber klar, daß durch das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft von den einzelnen Landesverbänden Vorschläge für die in den Rat zu entsendenden Persönlichkeiten eingeholt werden sollen, die mit Erläuterungen über die besondere politische und fachliche Kapazität der betreffenden Kandidaten versehen sein sollen. Hieraus wäre Material zu gewinnen für eine möglichst ausgeglichene und aller Anforderungen gerecht werdende Besetzung des Rates, das durch Verhandlungen unter den Landesverbänden konkretisiert werden soll. In der nächsten Konferenz der Landesvorsitzenden soll darüber an Hand des eingegangenen Materials beraten werden.

Von grundsätzlicher Bedeutung war die Frage der Heranziehung Berliner Vertreter und Vertreter der Ostvertriebenen bzw. der Bevölkerung der unter russischer oder polnischer Besatzung stehenden Gebiete. Dr. Gerecke

24. 8. 1948.

griff die Entschließung des Zonenbeirates der britischen Zone wieder auf, wonach durch Wahl geeignete Personen aus den besetzten und abgetrennten deutschen Ostgebieten gewissermaßen symbolisch der westliche Parlamentarische Rat zu einem gesamt-deutschen Gremium komplettiert werden solle. Man wurde sich aber an Hand grundsätzlicher Ausführungen Dr. von Brentano's darüber klar, zwischen einer sauberen westlichen oder einer verschwommenen gesamt-deutschen Lösung sich zu entscheiden. Eine echte gesamt-deutsche Lösung sei unter den gegebenen Umständen nicht zu realisieren, daher müsse man sich für die saubere westliche Lösung entscheiden unter grundsätzlicher Betonung ihres provisorischen Charakters und der festen Absicht, sie im Augenblick der Möglichkeit einer echten gesamt-deutschen Lösung zu Gunsten dieser untergehen zu lassen. Das hindere nicht daran, im ordnungsmäßigen Wahlverfahren Vertreter der Ostgebiete, die im Westen ansässig sind, in den Parlamentarischen Rat zu delegieren. Grundsätzlich komme es darauf an, die Verhältnisse in den Westzonen zu konsolidieren, um von einer festen Basis aus nach dem Osten wirken zu können.

Zum Abschluß wurde mit allem Ernst die Demontage-Frage erneut angeschnitten. Die Vertreter der französischen Zone machten Mitteilung über eine neue Demontagewelle, die Fabriken der reinen Verbrauchsgüterindustrie betreffe. Die Absicht der Auspowerng und der Vernichtung von Konkurrenz sei unverkennbar. Die Franzosen versuchten darüber hinaus, durch Drohung mit der Demontage andere Betriebe zu veranlassen, qualifizierte Mehrheiten ausländischen Kapitals hereinzunehmen, was zu einer unerträglichen Überfremdung der deutschen Wirtschaft führen würde. Mit der Kapitalüberfremdung der Badischen Anilin- & Sodafabrik suchten sich die Franzosen das lebenswichtige Schlüsselwerk für die Phenol-Erzeugung anzueignen. Vertreter der amerikanischen Zone verwiesen auf das System, in der britischen Zone Schlüsselwerke, in der amerikanischen Spezialfabriken und in der französische Zone Gebrauchsgüterfabriken aus dem deutschen Wirtschaftskörper herauszuschneiden. Minister Dr. Strickrodt erklärte, die Kosten für die Demontage müßten auf Sonderanweisung der Militärregierungen aus den Länderhaushalten gezahlt werden. Das neue Etatsjahr werde beispielsweise Niedersachsen mit 100 Millionen D-Mark für solche Kosten belasten bei einem Gesamtetat von 1.500 Millionen DM. Unter dem Eindruck dieser Tatsachen wurden erneut Schritte seitens der Parteileitung bei den Besatzungsmächten beschlossen.

Über die Tagung wurde ein Pressecommuniqué herausgegeben.

24.7.1948.

Übergangshilfe für Parteien in Hessen.

Zur Gewähr^{leistung} der Fortführung der Arbeiten der politischen Parteien nach der Währungsreform wurde auf Vorschlag und Veranlassung Dr. Werner Hilpert's den für das Land Hessen zugelassenen Parteien eine einmalige Übergangshilfe bereitgestellt. Diese Hilfe ist unter Zugrundeliegung der Wählerzahl bei den Kreistags- und Stadtratswahlen vom 25.4.1948 ermittelt worden, wobei je Kopf des Wählers ein Betrag von 5 DMfg. (frühere Stimmzettelgebühr) eingesetzt worden ist. Die Übergangshilfe wurde als Kredit auf die Dauer von 3 Monaten gegen einen Zinssatz von 5% gewährt.

H. Hilpert

Maschinenschriftliches
Protokoll
der CDU-Sitzung
in Königstein
vom 20. August 1948

Im Verhältnis zum Original um ca. 10 Prozent verkleinert.

M 1/48 14 Dorpmingerhaus 35

**ARBEITSGEMEINSCHAFT DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN
UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS**

GENERALSEKRETARIAT

FERNRUUF: 75924/77178 - BANKKONTO: HESSISCHE BANK, FRANKFURT AM MAIN NR. 125739 - POSTSCHECKKONTO: FFM. NR. 39967

(16) FRANKFURT A. M.
Bettinastraße 64

Kg. 25/8 48

Vertraulich
Nicht zur Veröffentlichung

Protokoll über die Konferenz des
Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der
Landesverbände am 20. August 1948 in Königstein/Ts.

Zugleich vertrauliche Information Nr. 8

Anwesenheitsliste liegt bei.

Auf Grund einer vorher getroffenen Vereinbarung wurde die Konferenz vom Präsidenten des Wirtschaftsrates Dr. K ö h l e r geleitet.

Dr. Zimmer beantragte, in Verbindung mit den Beratungen über den Parlamentarischen Rat auch die Frage einer gesamtdeutschen Organisation der CDU zu besprechen. Die Konferenz stimmte zu.
Parlamentarischer Rat.

Dr. A d e n a u e r berichtete, dass der Parlamentarische Rat in Bonn tagen werde. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen beabsichtige, die verschiedenen Fraktionen in Vororten Bonn's jeweils geschlossen unterzubringen. Er habe sich gegen diesen Plan gewandt und eine gemischte Unterbringung vorgeschlagen.

Der Vertreter des Generalsekretärs berichtete über den Stand der Arbeiten des Generalsekretariats zur Vorbereitung des Parlamentarischen Rates im Sinne der vertraulichen Informationen Nr. 7

Dr. K ö h l e r gab der Überraschung der Versammlung Ausdruck, dass es nicht gelungen sei, die CDU/CSU zur stärksten Fraktion im Parlamentarischen Rat zu machen. Es müsse versucht werden, durch eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschen Partei zumindest zu erreichen, dass die CDU den Präsidenten stelle.

A. H a u s s l e i t e r stellte in Aussicht, dass Bayern seine Abgeordneten zum Parlamentarischen Rat statt wie vorgesehen im Verhältnis 6:4, im Verhältnis 7:3 zugunsten der CSU wählen werde.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Dr. Adenauer, Verhandlungen mit dem Zentrum hätten keinen Sinn, wie die Behandlung der Sozialisierungsfrage im Lande Nordrhein-Westfalen gezeigt habe. Selbst Ministerpräsident A r n o l d und Abgeordneter A l b e r s haben erklärt, sie würden in Zukunft keine Verhandlungen mehr mit dem Zentrum führen. Das Zentrum versuche, die CDU aufzusplitteln. Solange Dr. S p i e c k e r das Zentrum führe, seien Verhandlungen aussichtslos.

Jakob K a i s e r erklärte, Verhandlungen mit dem Zentrum seien für die CDU nicht mehr zumutbar. Die Parteiführung müsse vor die Öffentlichkeit treten und die Hintergründe der Zentrums politik klar aufzeigen.

Dr. Köhler schlug vor, zunächst folgende Punkte zu behandeln:

1. Errichtung einer Geschäftsstelle für den Parlamentarischen Rat und ihre personelle Besetzung.
2. Klärung der Frage des Fraktionsvorsitzenden.
3. Eventuell die Frage des Präsidenten.
4. Soll die CDU/CSU mit den ausgearbeiteten Verfassungsvorschlägen vor den Parlamentarischen Rat treten?
5. Wie stellt man sich die Zusammenarbeit mit der FDP vor?

Dr. Adenauer weist auf die Möglichkeit hin, dass die Arbeit des Parlamentarischen Rates je nach Ausgang der Moskauer Verhandlungen hinausgezögert werden könne. Er empfahl, die Frage der ständigen Stellvertreter eingehend zu prüfen und nach Möglichkeit ihre Wahl dort, wo dies noch nicht geschehen sei, doch noch durchzusetzen. Aus einer Verhandlung mit Prof. F r i e d r i c h sei für ihn klar geworden, dass die Alliierten der Wahl von Stellvertretern nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehen. Ferner habe Prof. Friedrich erklärt, dass vom Augenblick des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates das Gremium der Ministerpräsidenten keine Funktionen mehr haben werde.

Auf eine Frage Prof. Friedrichs habe Dr. Adenauer geantwortet, man würde, wenn er gut sei, den Verfassungsentwurf von Herrenchiemsee zur Grundlage von Verhandlungen machen können, wenn er schlecht sei aber nicht. Dr. Adenauer empfahl sodann, der Vorlage des Ministerpräsidenten näher zu treten und nicht sofort mit einem eigenen Entwurf in den Parlamentarischen Rat zu gehen.

Dr. L e n z schlug vor, falls keine Stellvertreter zugelassen würden, unserer Fraktion für die Verfassungsverhandlungen ein Gremium von Sachverständigen zur Verfügung zu stellen.

Karl S c h r ö t e r erklärte, nach einer Auskunft des SPD-Ministers K a t z werde die SPD mit einem fertigen Verfassungsentwurf in den Parlamentarischen Rat gehen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, die Fraktionen in den Ländern zu veranlassen, überall dort, wo dies noch nicht geschehen sei, sich für die Wahl von Stellvertretern einzusetzen.

In der Aussprache über die kommende Verfassung erklärte Dr. A d e n a u e r, die Verfassung müsse gemeinsam mit der SPD gemacht werden. Komme jede Partei mit einem eigenen Entwurf, so würde sich die Diskussion von vornherein festfahren. Man müsse auf die SPD einwirken, von einem eigenen Entwurf Abstand zu nehmen und den gemeinsamen Entwurf von Herrenchiemsee als Grundlage anzuerkennen.

A. H a u s s l e i t e r wies darauf hin, dass der Entwurf von Herrenchiemsee eine Reihe von alternativen Lösungen vorsehe, die eine Verhandlung erleichtern würden. Auf einen eigenen Entwurf der CDU könne aber nicht verzichtet werden.

Dr. L e n z empfahl, der Verfassungsausschuss möge den Herrenchiemseer Entwurf durcharbeiten und mit einer eingehenden Stellungnahme versehen an die Fraktion des Parlamentarischen Rates geben.

Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass die Fraktion im Parlamentarischen Rat in Übereinstimmung mit der Parteileitung handeln muss. Ein eigener Verfassungsentwurf soll zunächst nicht eingebracht werden. Es soll versucht werden, sich mit der SPD auf den Herrenchiemseer Entwurf zu einigen. Der Verfassungsausschuss soll diesen Entwurf prüfen und, durch die Düsseldorfer Beschlüsse ergänzt, an die Fraktion geben.

Dr. L e n z wurde beauftragt, mit den SPD-Vertretern in Herrenchiemsee im Sinne einer gemeinsamen Vorlage des Herrenchiemseer Entwurf zu verhandeln.

Jakob K a i s e r berichtete über die Stellungnahme Berlins zum Parlamentarischen Rat. Die Beteiligung Berlins sei ein Politikum von grösster Wichtigkeit. Die Westalliierten hätten erklärt, eine Beteiligung Berlins sei eine deutsche Angelegenheit. Daraufhin werde die Stadtverordnetenversammlung Berlin zwei SPD-Vertreter, einen CDU-Vertreter und entweder einen Vertreter der SED oder der LDP entsenden. Der Parlamentarische Rat müsse dann beschliessen, ob die Berliner Vertreter als Mitglieder nur mit beratender oder auch mit beschliessender Stimme teilnehmen können. Auf einen Einwurf, ein SPD-Vertreter sei nicht erwünscht, antwortete Jakob Kaiser, die Zustimmung Karlshorsts zur Entsendung eines SED-Vertreters sei eine politische Entscheidung von grösster Tragweite, aus der auf die Stellung der Russen zum Parlamentarischen Rat zu schliessen sei.

Die Konferenz war der Auffassung, der Parlamentarische Rat müsse die Stellung der Berliner Vertreter entscheiden. Die Ministerpräsidenten dürften in dieser Frage nicht nach aussen in Erscheinung treten.

Organisationsfragen

Dr. Z i m m e r forderte, die Organisation der CDU/CSU straffer zu gestalten. Als Gründe nannte er:

1. Den anderen politischen Faktoren in Deutschland müsse die CDU/CSU geschlossen als Partei gegenübertreten.
2. Ein geschlossenes Auftreten der CDU/CSU würde günstig und nachdrücklich auf die deutsche Öffentlichkeit wirken.
3. Für die künftige Führung der CDU/CSU sei ein kleines politisches Gremium entschieden notwendig, das auch die Verbindung zu den CDU/CSU-Fraktionen sichere.
4. Eine geschlossene Stellungnahme der Partei sei auch notwendig gegenüber dem Auslande.

Die deutschen Parteien kämen immer mehr in Fühlung mit dem Ausland, und es sei wünschenswert, dass gegenüber der Öffentlichkeit in den Fragen der Auslandsbeziehungen eine einheitliche Willensmeinung der Partei zum Ausdruck komme.

Zur Konkretisierung seiner Vorschläge empfahl Dr. Z i m m e r die Bildung eines dreiköpfigen Ausschusses, der den Auftrag erhalten soll, der Arbeitsgemeinschaft entsprechende Organisationsvorschläge zu machen. Die künftige Organisation müsse allen politischen Erfordernissen Rechnung tragen. In ihrer Struktur müsse sie sich dem föderalistischen Aufbau Deutschlands anpassen. Die Zuständigkeit der Führung werde sich danach richten, wie die gesamtdeutsche Frage gelöst werde. Die Institution der Landesorganisationen müsse er-

halten bleiben für die Aufgaben der jeweiligen Landespolitik. Von grundlegender Wichtigkeit sei es, der CDU/CSU eine Schlagkraft zu geben, die der Grösse der Partei entspreche.

Bürgermeister H e u r i c h erklärte eine einheitliche Führung für notwendig. Ihr bisheriges Fehlen sei ein Mangel, den sich eine grosse Partei nicht leisten könne. Das politische Leben in Deutschland müsse im Sinne der CDU/CSU neu organisiert und gegliedert werden. Das erfordere eine zielklare Politik der Partei, an der es bisher gemangelt habe. Die verantwortlichen Persönlichkeiten müssten gegenseitig Konzessionen machen.

A. H a u s s l e i t e r erklärte, auch den Bayern sei der Appell zur Zusammenarbeit aus dem Herzen gesprochen. Die CSU habe aber gegenüber den starken partikularistischen Strömungen in Bayern einerseits und dem Zentralismus der SPD andererseits besondere politische Schwierigkeiten zu überwinden. Die CSU dürfe dem Partikularismus nicht die Chance geben, sie als zentralistisch zu bekämpfen. Man müsse also einen Weg suchen zur organischen Zusammenarbeit, die den bayrischen Verhältnissen Rechnung trage.

H a u s s l e i t e r weist auf die Gefahr des "bayrischen Gaullismus" hin. Die CSU trete für eine Zusammenarbeit in konstruktivster Form ein, plädiere aber für besondere Vorsicht in der Organisationsform. Im Parteiaufbau der CDU/CSU müsse ein echter Föderalismus herrschen.

S c h a r n b e r g und R e t t e traten ebenso wie Dr. A d a n a u e r für eine schnelle Lösung der Organisationsfragen ein.

Dr. von B r e n t a n o schlug die Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden mit zwei Beisitzern wenigstens für die drei Westzonen vor.

Dr. V o c k e l wies darauf hin, dass die innere Bejahung des Volkes zur Union schwächer geworden sei. Es sei eine starke politische Führung notwendig, um die Union für die Jugend anziehungskräftig zu machen. Sie habe bis jetzt den Eindruck, als ob die führenden Männer der Union nicht einig seien. Diese müssten aber zusammenfinden. Die föderale Auffassung in der Organisation sei berechtigt, aber eine harmonische Abstimmung mit dem führenden politischen Gremium sei unbedingt notwendig. Dieses müsse auch enge Fühlung halten mit dem Wirtschaftsrat und dem Parlamentarischen Rat.

Dr. V o c k e l schlug zum Schluss die Einberufung einer gesamtdeutschen Tagung zur Formulierung der grossen geistigen Grundlagen der Union und zur Schaffung moderner Organisationsformen vor.

Minister A n d r é empfahl, die CDU der drei Westzonen organisatorisch zusammenzuschliessen und mit der CSU eine feste Arbeitsgemeinschaft zu schaffen.

Dr. von P r i t t w i t z und G a f f r o n sah den Hauptmangel darin, dass der CDU der Mannschaftsgeist fehle. Er bat, keinen Beschluss über die Straffung der Organisation zu fassen, aber ein Instrument zu schaffen zur Hebung des Mannschaftsgeistes in der CDU-Führung.

Mehrere Redner traten in der Aussprache im Sinne Dr. Z i m m e r s für die Schaffung eines Organisationsbeirates ein.

Auf eine Frage Dr. A d e n a u e r s äusserte sich Jakob K a i s e r ausführlich über das Verhltnis der Partei zur Ostzone.

Jakob K a i s e r erklärte, das Fehlen einer echten Union in geistiger Hinsicht werde zur Zeit niemandem so deutlich wie Berlin. In der Berliner Frage sei uns die SPD mit ihrer Aktion "Rettet Berlin" eindeutig überlegen gewesen. Diesen Vorteil verdanke sie ihrer inneren Geschlossenheit. Berlin sei darauf angewiesen, dass eine fest geschlossene Union ihm geistige und organisatorische Hilfe bringe. Im Westen rechne man vielfach mit Verlusten der CDU. Das brauche nicht zu sein, wenn die CDU sich zusammenreisse und sich neu formiere. Die Münchner Kundgebung habe bewiesen, dass auch die Bayern für den gesamtdeutschen Gedanken zu haben seien. Die Union dürfe nicht unter Bayern leiden. Auf einer grossen Deutschlandtagung der Union müsse eine Synthese der sozial-radikalen Ideen mit den konservativen Gedanken gefunden werden. - Mit der Ostzonen-CDU könne die westliche CDU-Organisation nicht mehr in alter Form verkehren. 95 % unserer Mitglieder in der Ostzone stimmen nicht mit der Führung überein, die sich dem russischen Willen gebeugt hat. Die starke Haltung unserer Mitglieder in der Ostzone verpflichte auch die gesamte Partei zu einer klaren politischen Haltung.

Dr. K ö h l e r fasste die bisherige Aussprache wie folgt zusammen:

1. Die CSU habe nichts gegen eine organisatorische Neuordnung grundsätzlich, einzuwenden. Sie wünsche nur eine Form, die die besonderen Gegebenheiten in Bayern berücksichtige. Das bedeute, dass die Arbeitsgemeinschaft beibehalten werden muss. Wie weit ausserhalb Bayerns sich die CDU einheitlich zusammenfasse, sei eine interne Angelegenheit, die die Öffentlichkeit nichts angehe.
2. Die Konferenz wünsche eine Kommission, die organisatorische Vorschläge machen soll.
3. Die Konferenz wünsche eine enge Verbindung zwischen der Partei und den Fraktionen der öffentlichen Körperschaften.
4. Die Konferenz wünsche eine rechtzeitige gedankliche Vorbereitung der kommenden Wahlkämpfe, die nicht unter der Parole der Verfassung, sondern unter der Parole der Wirtschaftspolitik und des Lastenausgleichs geführt werden.

Dr. A d e n a u e r forderte von den Abgeordneten des Wirtschaftsrates die Bereitstellung gründlichen Materials zur Vorbereitung des Wahlkampfes.

Dr. Holzapfel erläuterte im einzelnen die Schwierigkeiten der Fraktion im Wirtschaftsrat. Er forderte, dass der Fraktion in Wirtschaftsrat wie im Parlamentarischen Rat ein politischer Beauftragter der Parteileitung zugeordnet werde, wie es etwa die SPD mit dem Abgeordneten Kriegermann beim Wirtschaftsrat getan habe.

Dr. H o l z a p f e l forderte weiter eine einheitliche politische Willensbildung bei der Arbeitsgemeinschaft.

Nach der Mittagspause übernahm auf allgemeinen Wunsch Dr. Z i m m e r den Vorsitz.

Die Verhandlungen begannen mit dem Beschluss

ein fünfköpfiges Gremium zur Formulierung von Vorschlägen für die organisatorische Neuordnung zu wählen.

Die Wahl fiel auf die Herren Dr. von B r e n t a n a, August H a u s l e i t e r, Dr. L e n z, S c h a r n b e r g und Dr. Z i m m e r.

Der Ausschuss soll der Arbeitsgemeinschaft und den Vorsitzenden bis zum 15. September schriftlich ausgelegte Vorschläge überreichen.

Die Vorschläge sollen in einer vermutlich am 20. September zuhaltenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft beraten werden.

Die Teilnehmer der Konferenz verpflichteten sich, in keine öffentliche Diskussion über die Neuorganisation und über die heutigen Beratungen einzutreten.

Bezüglich der Verbindung der Partei mit der Fraktion des Parlamentarischen Rates wurde beschlossen, diese Frage bis nach der Konstituierung der Fraktion zu vertagen.

Es entspann sich eine Diskussion über die Frage, wie das Verhältnis der Arbeitsgemeinschaft bzw., der Landesverbände der Westzonen mit der Ostzone gestaltet werden soll. Jakob Kaiser trat für einen Abbruch der Beziehungen ein, solange der Unrechtszustand in der Ostzone andauere.

Ernst Lemmer, Dr. von Prittwitz, Dr. Adenauer und Dr. von Brentano plädierten dafür, nur die Verbindung zu den offenkundigen Überläufern abzubrechen, dagegen die Verbindung zu denen aufrechtzuerhalten, die aufrecht und mutig die Gedanken der Union in der Ostzone verteidigen.

Es wurde beschlossen, diese Frage von dem soeben gewählten Ausschuss klären zu lassen.

Karl Schröter berichtete über das neue Bodenreformgesetz in Schleswig-Holstein, und erbat eine Entschliessung dazu, die im Schlussabsatz des beiliegenden Communiqué enthalten ist.

Dr. Lenz erstattete einen Bericht über seinen Besuch in Herrenchiemsee. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen,

in der Frage der Verfassung abzuwarten und erst im geeigneten Augenblick im Parlamentarischen Rat die Initiative zu ergreifen durch Überreichung eines eigenen Entwurfes oder eines Katalogs mit den Grundformen der CDU zur Verfassung.

In der Frage des Lastenausgleichs wurde beschlossen, dem Ausschuss für Lastenausgleich der Arbeitsgemeinschaft aufzugeben, seine Arbeiten nach Erhalt der Zahlenunterlagen vom Verwaltungsamt für Finanzen zu beschleunigen.

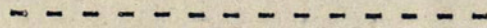
Den Landesverbänden wurde empfohlen, den Lastenausgleichsausschüssen in den Ländern die Veröffentlichung eigener Stellungnahmen zu untersagen.

Über die Tagung wurde das beiliegende Communiqué ausgegeben.

Nach Abschluss der Konferenz trat der Ausschuss zur Klärung organisatorischer Fragen zu einer kurzen Besprechung zusammen. Die Mitglieder tauschten ihre Gedanken über das anzuwendende Arbeitsprogramm aus und beschlossen, am 27. August, vormittags 9 Uhr, im Generalsekretariat zur ersten Beratung zusammenzutreten.

Communiqué

Die Königsteiner Konferenz.



Eine Konferenz des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU gemeinsam mit den Landesvorsitzenden tagte am 20. August 1948 in Königstein i.Ts., diesmal unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Erich K ö h l e r als Vertreter des gastgebenden Landes. Vertreten waren alle Landesverbände der drei Westzonen sowie der Landesverband Berlin, ferner die Ostzone durch Jakob K a i s e r und Ernst L e m m e r.

Zur Beratung standen die schwebenden politischen Fragen. Es wurde festgestellt, dass in der CDU/CSU sowohl über die Stellung der Partei zum Parlamentarischen Rat wie über die Aufgaben der künftigen Fraktion der CDU/CSU im Parlamentarischen Rat volle Einmütigkeit besteht.

Man kam überein, aus praktischen Erwägungen die CDU-Fraktionen der Länder, in denen dies noch nicht geschehen ist, zu veranlassen, neben den ordentlichen Mitgliedern zum Parlamentarischen Rat auch ständige Stellvertreter wählen zu lassen.

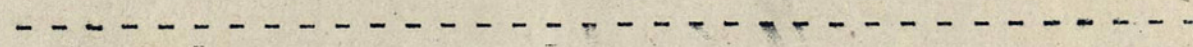
Die Hinzuziehung von Vertretern Berlins zum Parlamentarischen Rat wurde lebhaft begrüßt. Die Konferenz verband damit ein klares Bekenntnis zum Kampf der Berliner Bevölkerung für Freiheit und Recht unter besonderer Würdigung des entschlossenen Einstehens des Landesverbandes Berlin der Union unter Führung ihres Vorsitzenden Dr. Walther S c h r e i b e r.

Der Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft für Lastenausgleich erhielt den Auftrag, seine Arbeiten nach Eingang des vom Verwaltungsrat für Wirtschaft angeforderten Materials tunlichst zu beschleunigen.

Die SPD in Schleswig-Holstein hat durch ein Sondergesetz die in ihrer Wirkung entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden nach sowjetischem Muster im Landtag beschlossen. Sie hat durch diese partikularistische Sonderregelung gleichzeitig in weitem Umfang den gemeinsamen deutschen Lastenausgleich vorweggenommen und gefährdet. Die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU und die Landesvorsitzenden der CDU/CSU stellten sich hinter die CDU-Schlewig-Holsteins, die mit Schärfe die Übernahme von Ostzonen-Methoden in den Westen ablehnt.

Anwesenheitsliste
zur Sitzung des

Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der Landes-
verbände der CDU/CSU am 20. August 1948 in Königstein/Ts.



- 1. Dr. A d e n a u e r, Konrad, Rhöndorf/Rh., Zenningsweg 8a, Tel. 867
Honnef
- 2. S c h r ö t e r, Carl, Kiel, Schillerstrasse 11
- 3. H a u s s l e i t e r, August, München, Paul Heyse Strasse 2, Tel. 50916
- 4. Dr. von P r i t t w i t z und Gaffron, Friedrich, Tutzing Tel. 401
- 5. Dr. Z i m m e r, Alois, Montabaur, Burg, Tel. 426 Tel. 401
- 6. H e r m a n s, Hubert, Koblenz-Lützel, Blumenstr. 3, Tel. 181
- 7. B l a n k e n h o r n, Herbert, Köln-Marienburg, Robert Heuserstr. 24
- 8. L e m m e r, Ernst, Berlin-Kleinmachnow, Hohe Kiefer 13
- 9. S a g n e r, Fred, Berlin-Tempelhof, Bayernring 20, Tel. 664638
- 10. K r u e g e r, Werner, Köln-Marienburg, Robert-Heuser-Str. 24
- 11. S c h a r n b e r g, Hugo, Hamburg, Warburgstrasse 44
- 12. L e n s i n g, Lambert, Dortmund, Postgasse 4
- 13. R e x, Emil, Bremen, Beethovenstrasse 19 a
- 14. Dr. K ö h l e r, Erich, Wiesbaden, Rosselstrasse 18
- 15. Dr. H o l z a p f e l, Friedrich, Herford, Goebenstrasse 14
- 16. Dr. V o c k e l, Heinrich, Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstr. 15
- 17. K a i s e r, Jakob, Berlin-Charlottenburg, Reichstr. 4, T. 872989
- 18. Dr. L e n z, Otto, Berlin-Dahlem, Hüttenstrasse 28
- 19. A r n d g e n, Josef, Wiesbaden, Kapellenstr. 3
- 20. Dr. von B r e n t a n o, Heinrich, Darmstadt, Landwehrstr. 6
- 21. Dr. S t r a u s s, Walter, Frankfurt/M., Börsenstrasse 2
- 22. Dr. P e r s o n, Karl, Freiburg, Lerchenstrasse 19
- 23. D i c h t e l, Anton, Freiburg, Bärenweg 12
- 24. H e u r i c h, Fridolin, Karlsruhe i.B., Neckarstrasse 46
- 25. A n d r é, Josef, Stuttgart, Kielmeyerstrasse 4
- 26. Dr. H i l p e r t, Werner, Wiesbaden, Finanzministerium
- 27. L u b b e r s, Heinz, Frankfurt/M., Bettinastrasse 64 Tel. 75924

Bildnachweise:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin: Seiten 29, 92 - 105; Bildarchiv des Neuen Königsteiner Kreises e.V.: Seiten 6 - 8, 12/13, 16, 17, 21, 22 - 26, 28, 30 - 51, 56 - 69, 75, 77, 82-89, Bilder auf Titel; Bundesarchiv Koblenz: Seiten 81, 90; dpa-picture-alliance: Seiten 54/55; Martin Keutner, Königstein: Seite 28; Krönke-Historia Königstein: Seiten 9, 10/11, 16, 21, 52; John Provan, Kelkheim: Seiten 72/73, 76/77.

